



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Kommunen im Koalitionsvertrag von Union und SPD:

Hoffnungsvolle Ansätze

Union und SPD haben sich auf einen Koalitionsvertrag für die Bildung einer neuen Bundesregierung geeinigt. CSU-Parteivorsitzender und Verhandlungsführer Horst Seehofer zeigte sich „hochzufrieden“ mit den Koalitionsverhandlungen: „Wir haben eine ganze Menge Gutes für die Menschen in unserem Land vor. So werden wir die Spaltung und Polarisierung in unserem Land überwinden.“ Inhaltlich konnte die Christlich-Soziale Union zentrale Wahlversprechen wie eine faktische Asyl-Obergrenze, deutlich mehr Polizisten, eine verbesserte Mütterrente, die Abschaffung des Soli und die Einführung eines Baukindergelds durchsetzen.

In dem vorliegenden Koalitionsvertrag sieht der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter (Deggendorf) Licht und Schatten. „In den Bereichen Gesundheit, Zuwanderung, Digitalisierung, Breitband, eGovernment und vielen weiteren sehen wir den Koalitionsvertrag mit ‚kommunaler‘ Tinte gedruckt. Das ist ein Durchbruch!“, so Bernreiter. Gleichzeitig kritisierte er, dass sich die Koalitionsparteien in anderen Bereichen, etwa bei der Eingliederungshilfe, nicht zu den Kommunen bekennen.

Auskömmliche Krankenhausfinanzierung

Seit Jahren kämpfte er mit Berlin um eine auskömmliche Krankenhausfinanzierung. Im Koalitionsvertrag stehe nun, dass Personalkosten ab jetzt in einem eigenen Verfahren neben den Fallpauschalen berücksichtigt werden sollen. Offen sei allerdings, ob dies zu einem vollständigen Ausgleich führt. Zudem gebe es eine andere existenzgefährdende Entwicklung für die medizinische Versorgung in der Fläche, für die es dringend einer Lösung bedarf. Die Rede ist von „Personaluntergrenzen“, die seit 1. Januar gelten. „Vielfach wird hier speziell ausgebildetes Fachpersonal gefordert, das gar nicht auf dem Markt ist. Das würde dann durch die Hintertür das Aus für viele Fachabteilungen in der Fläche bedeuten“, so Bernreiter.

Im Breitbandbereich soll der flächendeckende Ausbau mit Gigabit-Netzen bis zum Jahr 2025

kommen, bestehende Funklöcher und weiße Flecken beim Mobilfunk zügig geschlossen und unter anderem in schwer zu versorgenden Gebieten nationales Roaming erlaubt werden.

Flächendeckende Gigabit-Netze bis zum Jahr 2025

„Hier ist der von uns vor der Wahl geforderte Schub endlich da! Leider ist aber offen geblieben, wer die Funklöcher und weißen Flecken schließen soll. Hier sollte die Verantwortlichkeit klar bei den Mobilfunkbetreibern liegen, die sich nicht auf dichter besiedelte Gebiete beschränken dürfen“, so der Landkreistagschef.

Stattdessen wurde zudem der zentralen Forderung des Bayerischen Landkreistags nach Er-

Bayerischer Städtetag:

Für vernünftige Konzepte für das digitale Klassenzimmer und eine gute Ganztagsbetreuung plädiert der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl. Seiner Auffassung nach trägt der Freistaat eine Mitverantwortung bei der dauerhaften Finanzierung einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur an Schulen.

Dabei geht es nach Gribls Ansicht nicht nur um die Anschaffung von Laptops, Tablets, interaktiven Whiteboards und Smartboards, sondern um die Einbettung in ein pädagogisches Gesamtkonzept, das auch Standards für die technische Ausstattung und die Systembetreuung umfassen muss. Benötigt werde ein Konzept mit einem Zeitplan und Zielvorgaben, damit Kinder an allen Schulen in allen Regionen Bayerns gleiche Chancen erhalten.



Den Flächenverbrauch maßvoll begrenzen will die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag. Den Grünen-Gesetzentwurf lehnt die Regierungspartei mehrheitlich ab. Unser Bild zeigt (v. l.): Hans Maier, Erwin Huber und Dr. Uwe Brandl (vgl. Bericht auf Seite 2). □

3. Bayerisches InfrastrukturForum in Nürnberg:

Tagungsort Heimatministerium

Das neu errichtete Bayerische Heimatministerium in Nürnberg ist Veranstaltungsort für das 3. Bayerische InfrastrukturForum der Bayerischen GemeindeZeitung am 8. März 2018.

Die Gäste erwartet ein vielseitiges Programm, in dem es neben den Zielvorstellungen der Staatsregierung bezüglich der Heimatstrategie auch um die Bedeutung der Infrastruktur für die Entwicklung Bayerns geht. Die Änderung der Flächennutzung wird in Bezug gesetzt zu Zuwanderung und Urbanisierung. Selbstverständlich werden Energie(-wende)themen und Verkehrs- und Mobilitätsthemen beleuchtet; es geht um die Wasserversorgung und um bezahlbares Wohnen sowie Finanzierungsfragen vielfältiger Infrastrukturaufgaben.

Information und Anmeldung unter:
www.bayerisches-infrastrukturforum.de
Aus Sicherheitsgründen erhalten nur angemeldete Besucher Zutritt zum Ministerium.

stattung der flüchtlingsbedingten Mehrkosten bei den Kosten der Unterkunft für Flüchtlinge über 2018 hinaus. Bis 2021 entlastet der Bund Länder und Kommunen bei den Flüchtlingskosten (Integrationspauschale, Kosten der Unterkunft, Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge) in den Jahren bis 2021 mit insgesamt 8 Mrd. Euro.

Begrenzung des Familiennachzugs

Das Festhalten an der Begrenzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzbedürftige ist aus Sicht des Präsidenten ein Signal, auf das viele Menschen gewartet hätten.

Auch die Unterstützung bei der digitalen Schule ist Bernreiter zufolge grundsätzlich zu be-

grüßen. Allerdings seien 5 Mrd. Euro gestreckt auf fünf Jahre bei Weitem nicht ausreichend.

Bessere Ansätze für Arbeitslose

Positiv werden zudem bessere Ansätze für Arbeitslose und deren Angehörige bewertet. Durch Verbesserungen im sog. SGB II-Bereich kann künftig die komplette Familie in den Blick genommen werden. „Das in Bayern bereits im Einsatz befindliche Konzept CURA ist ein Vorläufer eines solchen Regelinstruments und bestätigt die hohe Wirksamkeit eines solchen ganzheitlichen Ansatzes. „Bislang war dieses Projekt auf kreisfreie Städte beschränkt. Die Ausweitung auf die Land-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Freistaat eilt beim Tourismus von Rekord zu Rekord:

Der Mythos Bayern wirkt

**Ilse Aigner: Aber der Erfolg ist kein Selbstläufer
Zahlreiche Wünsche und Anregungen der Branche**

Bayern eilt als Tourismusland von Rekord zu Rekord. Mit Stolz und Genugtuung verkündete Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner in der Jahrespressekonferenz Tourismus, dass der Freistaat zum sechsten Mal in Folge bei der Tourismusbilanz ein Rekordergebnis erzielt habe, was die Ministerin mit der Bemerkung kommentierte, „mir gehen langsam die Superlative aus“. Und im laufenden Jahr dürfe Bayern vermutlich kaum schlechter abschneiden, denn es gibt zwei Jubiläen zu feiern, die natürlich touristisch genutzt werden und den Mythos Bayern pflegen sollen: „200 Jahre Verfassungsstaat“ und „100 Jahre Freistaat“.

Die „hervorragende Jahresbilanz für 2017 weist aus, dass die Zahl der Gästeankünfte um 4,9 % auf 37,3 Mio. und die Zahl der Gästeübernachtungen um 3,7 % auf 94,4 Mio. zugenommen hat. „Damit“, so Aigner, „haben wir die magische Zahl von 90 Mio. Übernachtungen, die wir im

Vorjahr angesprochen haben, deutlich hinter uns gelassen. Besonders erfreulich sei, dass der gesamte Freistaat seinen Anteil daran habe und Stadt und Land gleichermaßen profitierten. Alle vier Tourismusregionen hätten sich sehr gut entwickelt. (Fortsetzung auf Seite 6)

Kommunalforum Alpenraum am 15. März in Kundl:

Von der analogen zur digitalen Gemeinde

Die Digitalisierung stellt die Kommunen vor große Herausforderungen. Zukunftstrends, E-Government-Potenziale und kommunales Infrastrukturmanagement beleuchten Experten beim 6. Kommunalforum Alpenraum am 15. März 2018 im Lindner-Innovationszentrum in Kundl in Tirol.

Im Kommunalforum Alpenraum treffen sich die Repräsentanten des Bayerischen Gemeindetags, des Österreichischen Gemeindebunds, des Tiroler Gemeindeverbands, des Südtiroler Gemeindenverbands und Forum Land. Initiator der Veranstaltung ist der Tiroler Fahrzeugherstellere Lindner.

Vorgestellt werden die Ergebnisse des kommunalen Digitalisierungsbarometers. Dabei wird aufgezeigt, was die Gemeinden in puncto Digitalisierung bereits leisten und wo Nachholbedarf besteht.

Partner nehmen kostenlos teil

Mitglieder der Kooperationspartner sowie **Vertreter aus bayerischen, österreichischen und italienischen Kommunen und Behörden nehmen kostenlos teil.** Weitere Frühbuche bezahlen 85 Euro, danach beträgt die Teilnahmegebühr 155 Euro.

Programm und Anmeldung:
www.kommunalforum-alpenraum.eu



Hierzulande treibt die Frage, wie weit die Geschlechterneutralität in der Sprache getrieben werden soll, mitunter seltsame Blüten. Eine interessante Beobachtung macht der Bürgermeister dagegen bei seiner Tochter: Junge Frauen legen offenbar immer häufiger keinen Wert auf das ewige Gendern. Seite 15

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Flächenverbrauch begrenzen	2
Finanzmittel für Wohnungsbau auf Höchststand	2
Status quo kommunaler Entwicklungshilfe	3
Bayerischer Eine Welt-Preis 2018.	3
GZ-Kolumne Stefan Rößle:	
Maßnahmen zum Flächen sparen.	3
Gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Freistaat.	6
Sorge um Entwicklungen bei Bodenaushub und Bauschutt	6
Breitband • EDV • IT • Mobilkommunikation	7 - 12
Kommunale Umweltthemen	13
Aus den bayerischen Kommunen.	14 - 16

Flächenverbrauch begrenzen

CSU präsentiert Maßnahmenpaket im Landtag — Grünen-Gesetzentwurf abgelehnt

Sowohl CSU, als auch SPD und Freie Wähler lehnen den Gesetzentwurf der Grünen und das Volksbegehren gegen den Flächenfraß ab. Alle drei Parteien haben in der vergangenen Woche im Wirtschaftsausschuss des Landtags den Gesetzentwurf zurückgewiesen mit dem die Grünen den Flächenverbrauch in Bayern auf fünf Hektar pro Tag halbieren wollen. Gleichzeitig hat die CSU einen Antrag mit einem Anreizpaket zum Flächensparen im Ausschuss vorgelegt. In diesem 20-Punkte Paket, das mit den zuständigen Landesministerien abgestimmt wurde, geht es vor allem um Information und Beratung, intensiviertes Flächenmanagement und die Nutzung von Innenentwicklungspotenzialen.

Der Ausschussvorsitzende, Erwin Huber(CSU), sieht den Antrag seiner Fraktion als Gegenkonzept zum Gesetzentwurf und dem Volksbegehren der Grünen.

Er enthalte hinsichtlich des Flächenverbrauchs keine ausdrückliche Obergrenze. Eine Begrenzung würde nicht nur ein Problem für die großen Städte wie München oder Nürnberg darstellen, sondern vor allem den ländlichen Raum in seinen Entwicklungsmöglichkeiten besonders einschränken.

Denn so dürfte eine Kommune mit 2.500 Einwohnern pro Jahr nur noch 3.500 Quadratmeter Fläche für neue Siedlungen, Gewerbeflächen oder Verkehrsprojekte verbrauchen. Dies sei absurd, meinte Huber. Denn einerseits wolle man den ländlichen Raum stärken, indem man ihm neue Entwicklungsmöglichkeiten biete, andererseits werde er dieser Möglichkeiten beraubt. Der ländliche Raum könne sich nur entwickeln, wenn man neue Arbeitsplätze, modernen Wohnraum und eine zeitgemäße Infrastruktur schaffe.

Mehr in die Höhe bauen

Daher enthalte der CSU-Antrag u.a. den Vorschlag, auch in kleineren Städten in die Höhe zu bauen und Parkflächen von Möbelhäusern und Baumärkten in Tiefgaragen oder Parkdecks unterzubringen und nicht mehr durch Ausweisung großer Freiflächen. Das Anreizpaket setze klar auf Verdichtung im Innenbereich durch flächensparen- de Bebauung und Schließung von Baulücken. Außerdem gehe es um die Revitalisierung von nutzbaren Brachen. Um den Flächenverbrauch zu reduzieren müsse der Staat jedoch kräftig investieren, erklärte der CSU-Wirtschaftsexperte.

„Grüner Schnellschuss“

Auch die SPD lehnt den Gesetzentwurf der Grünen und das Volksbegehren ab. Landtagsvizepräsidentin Inge Aures (SPD) bezeichnete den Grünen-Vorstoß als „Schnellschuss“ mit dem sie vollendete Tatsachen schaffen wolle. Sie sprach sich dafür aus, die Expertenanhörung abzuwarten, die ihr Fraktionskollege Florian von Brunn im

Umweltausschuss beantragt habe. Erst danach solle der Landtag entscheiden, mit welchen Maßnahmen man den „Flächenfraß“ verringern könne. Von Brunn schloss sich der Kritik an. Es genüge nicht, den extrem hohen Flächenverbrauch zu beklagen. Seine Partei wolle vor allem wirksame Instrumente dagegen entwickeln und einsetzen. Dafür sei die Expertenanhörung hilfreich. Die wirtschaftspolitische Sprecherin der SPD, Annette Karl, bezeichnete das Anreizpaket der CSU als „Absichtserklärung ohne konkrete Vorgaben“.

Im Vorfeld erntete das Volksbegehren der Grünen bereits massive Kritik von Parteichefin Natascha Kohnen und dem Fürther Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung, der auch Vorsitzender der sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Bayern ist. Beide hatten die SPD-Mitglieder vor dem Volksbegehren gewarnt. Sie warfen den Grünen vor, sie hätten dies im politischen Alleingang gestartet um damit Wahlkampf zu betreiben. Für dieses wichtige Thema sei ein breites gesellschaftliches Bündnis notwendig.

Grüne fordern Obergrenze

Grünen-Fraktionschef und Initiator des Volksbegehrens, Ludwig Hartmann, wies die Vorwürfe der anderen Parteien zurück. Es sei unredlich zu behaupten, das Volksbegehren würde den Kommunen die Entwicklungsmöglichkeiten abschneiden. Fünf Hektar am Tag reichen völlig

aus, um den Bedarf an neuem Bauland zu decken. Man müsse nur intelligent planen und bauen. Die bisher u.a. von der SPD präsentierten Instrumente seien stets wirkungslos verpufft. Daher sei eine Obergrenze unerlässlich, sagte Hartmann. Sein Parteikollege und Wirtschaftsexperte Martin Stümpfig, übte vor allem Kritik an dem Anreizpaket im CSU-Antrag. Hierbei handele es sich um einen „Aufguss längst vorhandener und erfolgloser Maßnahmen zum Flächensparen“.

Gemeindetag klar gegen Volksbegehren

In diesem Zusammenhang hat sich der Vorsitzende des Bayerischen Gemeindetags, der Abensberger Bürgermeister Dr. Uwe Brandl (CSU), klar gegen das Volksbegehren ausgesprochen. Allein das Wort „Flächenfraß“ sei für ihn ein Kampfbegriff und passe nicht. Auch er wolle den Flächenverbrauch reduzieren und begrenzen, jedoch zusammen mit den Kommunen und nicht gegen sie. Brandl forderte Instrumente für die Kommunen, um vorhandene unbebaute Flächen nutzen und so dem Verdichtungsgebot im Innenbereich nachkommen zu können. Die Gemeinden müssten die Möglichkeit haben, die Eigentümer brachliegender Flächen zu veranlassen diese selbst zu bebauen oder sie an die Kommune zu veräußern.

Auch in kleineren Städten müsse man künftig drei- oder vier- statt wie bisher nur maximal zweigeschossig bauen können. Wie auch Wirtschaftsexperte Huber setzt der Gemeindetagspräsident auf ein umfassendes Maßnahmenbündel. **rm**

Finanzmittel für Wohnungsbau auf Höchststand

Bauminister Herrmann verhindert EU-Sanierungsquote

Die Fördermittel für den Wohnungsbau in Bayern sollen in diesem Jahr um mehr als 65 Millionen Euro auf 685 Millionen Euro angehoben werden. Dies sieht der Nachtragshaushalt 2018 der Obersten Baubehörde vor, den jüngst der Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags abgesegnet hat. Innen- und Bauminister Joachim Herrmann begrüßte diese Entscheidung ausdrücklich.

Für Herrmann entwickelt sich damit der im Oktober 2015 beschlossene Wohnungspakt Bayern immer mehr zur „Erfolgsgeschichte“. So könne der Freistaat noch mehr Wohnungen fördern. Bereits 2017 seien die Finanzmittel für den Wohnungsbau mit insgesamt 618 Millionen Euro so hoch wie zuletzt Anfang der 1990er Jahre gewesen. Er wolle das Erfolgsmodell weiter fortführen und künftig noch mehr Wohnungen bauen und bauen lassen, sagte der Minister. Dies gelinge jedoch nur durch stetiges Weiterfördern. Das Bauen müsse noch attraktiver gemacht und willigen Bauherren dürften keine Steine in den Weg gelegt werden. Immer höhere Standards seien hier nicht förderlich. Derzeit befinde sich die Zahl der genehmigten Wohnungen in Bayern im Gegensatz zum Bundestrend auf einem hohen Stand.

Eine weitere Chance sieht Herrmann auch in der Anhebung der Einkommenshöchstgrenzen bei der Förderung. So könnten künftig auch Familien mit einem etwas höheren Einkommen als bisher unterstützt werden und in Bayern noch mehr Haushalte von der Wohnraumförderung profitieren. Hierzu laufe momentan jedoch noch ein Gesetzgebungsverfahren. Abschließend forderte Herrmann Bayerns Städte und Gemeinden auf, weiterhin neues Wohnbauland auszuweisen.

In diesem Zusammenhang kann der Bauminister auf eine erfolgreiche Intervention in Brüssel gegen neue Auflagen beim privaten Wohnungsbau sowie teure EU-Auflagen bei der energetischen Sanierung von öffentlichen Gebäuden verweisen. Wie Herrmann mitteilte, habe er hier eine Sanierungsquote verhindern können. Eine derartige Verpflichtung hätte z.B. bei Schulen, Krankenhäusern und Sozialwohnungen eine gravierende finanzielle Belastung für die Kommunen bedeutet. Vor allem für finanzschwache Gemeinden in strukturschwachen Gebieten wäre dies eine völlig unverhältnismäßige Belastung gewesen. Zudem hätte sich dies auch auf den Wohnungsbestand der Kommunen und deren städtische Tochterunternehmen ausgewirkt. Darüber hinaus wären die kommunalen Wohnungsunternehmen gezwungen, einen höheren Anteil ihrer Finanzmittel für Sanierungsmaßnahmen aufzuwenden. Dies wiederum hätte sich negativ auf die Neubauaktivitäten der Gemeinden ausgewirkt. **rm**

Kindeswohl im Blick ...

(Fortsetzung von Seite 1)
stattung an Schulen und Einführung des digitalen Klassenzimmers, 35 Millionen Euro für Fachunterrichtsräume an beruflichen Schulen, 27 Millionen Euro für Ausbildungsseminare und Seminarschulen). Nach Auffassung des Bayerischen Städtetags hat es der Freistaat bislang versäumt, das digitale Klassenzimmer in Förderrichtlinien zu definieren. Die kommunalen Spitzenverbände erwarten, dass Bayern dafür einen Rahmen vorgibt und seine finanzielle Mitverantwortung durch Änderung des Schulfinanzierungsgesetzes umsetzt.

Gribl: „Bevor wir über Medienentwicklungspläne und Förderprogramme sprechen, muss für die Praxis an Schulen Klarheit über Standards und Schnittstellen herrschen. Ein befristetes Anschubprogramm zur Digitalisierung von Klassenzimmern kann nur ein erster Schritt sein, da die Ausstattung wegen des technologischen Fortschritts und der begrenzten Lebensdauer der Geräte eine Daueraufgabe ist. So ist die IT-Systembetreuung eine aufwändige Angelegenheit, die auf Dauer geschultes Personal benötigt. Das kostet Geld.“

Mit Blick auf das Vorhaben von Bund und Ländern, einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter zu schaffen, meinte Gribl: „Dieser Anspruch weckt bei Eltern nachvollziehbare Erwartungen, die sich allerdings in der Praxis nur schwer erfüllen lassen.“ Der Bayerische Städtetag hält es für unzureichend, dass die Schaffung von Ganztagsangeboten allein im Rahmen der kommunalen Jugendhilfe über das Sozialgesetzbuch VIII stattfinden soll. Das in Verantwortung der Länder stehende Schulsystem müsse bei der Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern einen wichtigen

Beitrag leisten. Dafür seien Ganztagsschulen auszubauen.

Dabei ist es nach Gribls Worten „mit einer Mittagsbetreuung und Angeboten zur Jugendhilfe am Nachmittag allein nicht getan“. Es brauche eine konzeptionelle Grundlage für eine gute pädagogische Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern durch die Schulen und ergänzende Jugendhilfeangebote.“ Für die Praxis werfe dies Fragen auf wie: Welche Räume sind nötig? Müssen Schulen erweitert werden? Braucht es einen Umbau von Klassenzimmern oder den Neubau von Horten? Welches Personal muss eingestellt werden? Wie lässt sich das System Schule mit dem System Jugendhilfe verzahnen? Wie lassen sich verbindliche Ganztagschule und offene Ganztagschule (in staatlicher Verantwortung) sowie Kombi-Modelle in gemeinsamer Verantwortung und Horte als Angebote der Kinder- und Jugendhilfe (in kommunaler Verantwortung) organisieren und finanzieren? Wie wirken Lehrer und Erzieher zusammen? Was geschieht in Ferienzeiten? Und: Wer organisiert das Angebot an den einzelnen Schulen?

Personal- und Raummangel

Gribl: „Die größten Probleme der Städte bei der Einführung eines Ganztagsanspruchs für Grundschulkindern ergeben sich in der Praxis aus dem Mangel an Raum und Personal. Ein weiteres Problem liegt in der Finanzierung: Bund und Land müssen die Finanzierung dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe sicherstellen.“

Stichwort Straßenausbaubeiträge: „Die Debatten um eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge haben vereinzelt die Illusion genährt, dass der Straßenausbau für Bürger nichts mehr kostet. Es führt aber nichts um die Tatsache herum:

Der Straßenausbau benötigt eine sichere Finanzierung. Werden die Kosten nicht mehr anteilig über Straßenausbaubeiträge von Grundstückseigentümern mit getragen, wird dies über den allgemeinen Steuertopf finanziert. Wenn die Eigentümer nicht mehr für den Sonderverteil mit herangezogen werden, zahlen letztlich alle Bürger“, betonte der Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags, Bernd Buckenhofer.

Wenn der Landtag die Straßenausbaubeiträge abschafft, müssen laut Buckenhofer zunächst Kommunen, die bislang die Beiträge gemäß Kommunalabgabengesetz erhoben haben, einen vollständigen finanziellen Ausgleich ihrer Einnahmeausfälle erhalten. Zudem sei ein System zu schaffen, mit dem der Freistaat sich an den Straßenausbaukosten in den Städten und Gemeinden angemessen beteiligt. Gelingen das nicht ausreichend, wäre der Landtag verantwortlich für möglicherweise notwendig werdende Grundsteuererhöhungen zur Finanzierung des Straßenausbaus.

Finanzielle Kompensation

Buckenhofer zufolge steckt bei der finanziellen Kompensation der Teufel im Detail. Die Kommunen benötigten konkrete Antworten auf eine Fülle an Fragen: Welcher Stichtag gilt für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge? Wie wird mit laufenden Planungsmaßnahmen, aktuellen Bauprojekten und deren Abrechnung verfahren? Wie ist zum Beispiel zu verfahren, wenn eine Stadt im Januar 2018 einen Bescheid verschickt hat? Was geschieht, wenn ein Bauprojekt abgeschlossen worden ist, aber noch keine Abrechnung erfolgt ist und noch keine Bescheide verschickt wurden? Was macht eine Stadt, wenn sie schon für einen abgeschlossenen Teilabschnitt eines Bauprojekts einen Bescheid verschickt hat, die Endabrechnung

aber noch nicht? In diesem Zusammenhang ist nach Buckenhofers Überzeugung nicht auszuschließen, „dass die Abschaffung der als ungerecht empfundenen Straßenausbaubeiträge neue Ungerechtigkeitsgefühle auslöst“.

Aktuelle Zahlen zum Gesamtaufkommen der ausstehenden Straßenausbaubeiträge in Bayern für bereits beschlossene und auf den Weg gebrachte Ausbaumaßnahmen liegen noch nicht vor. Derzeit läuft dazu eine Umfrage des bayerischen Innenministeriums bei Städten und Gemeinden.

Wie Buckenhofer darlegte, „muss der Freistaat den Kommunen in einem ersten Schritt sämtliche Beitragseinnahmen für laufende Straßenausbaumaßnahmen erstatten, die in den Haushalten veranschlagt sind“. Für die Zukunft müssten ihnen verstetigte Mittel für den Straßenausbau zur Verfügung stehen. Bei der Mittelausstattung dürfe man nicht auf die bisherigen Ist-Einnahmen abstellen, weil in den nächsten Jahren insbesondere die in den 1960er und 1970er Jahren gebauten Straßen zur Erneuerung anstehen.

„Da Eigentümer nach der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge keine eigenen Beiträge mehr leisten müssen, können Wünsche von Anliegern wachsen: Sie werden Druck auf die Rathäuser ausüben, um einen schnellen Ausbau oder eine vorzeitige Erneuerung der Straßen vor der eigenen Haustür zu erreichen. Zahl und Kosten der Straßenausbauten werden künftig steigen. Dem muss durch eine angemessene und dynamische staatliche Mittelausstattung Rechnung getragen werden“, hob der Geschäftsführer hervor. Städte und Gemeinden benötigten jetzt Klarheit über den Stichtag, ab dem die Beitragserhebung nicht mehr zulässig ist. Alle daraus resultierenden Einnahmeausfälle seien vom Freistaat in vollem Umfang zu erstatten. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Dieward
945010 Beutelsbach
am 19.2.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Wolfgang Kistner
90617 Puschenorf
am 3.3.

Bürgermeister Michael Raith
82276 Adelshofen
am 18.2.

Bürgermeister Josef Jahner
83349 Palling
am 26.2.

Bürgermeister Ludwig Reger
92444 Rötz
am 28.2.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Schifferer
94152 Neuhaus a. Inn
am 7.3.

Bürgermeister Alfred Lengler
86565 Gachenbach
am 7.3.

Bürgermeister Gerhard Eichner
91468 Gutenstetten
am 21.2.

Bürgermeister Georg Steinhöfer
94154 Neukirchen vorm Wald
am 26.2.

Bürgermeister
Konrad Schickaneder
84104 Rudelzhausen
am 28.2.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Monika Maier
84155 Bodenkirchen
am 2.3.

Landrat Dr. Roland Weigert
86633 Neuburg a. d. Donau
am 5.3.

Bürgermeister
Uwe Gerlsbeck
85414 Kirchdorf a. d. Amper
am 17.2.

Bürgermeister Markus Loth
82362 Weilheim
am 22.2.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Landrat Armin Kroder
91205 Lauf a. d. Pegnitz
am 6.3.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Andreas Horsche
84095 Furth
am 24.2.

Bürgermeister Joachim Konrad
87452 Altusried
am 28.2.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

GZ-Umfrage im Freistaat:

Status quo kommunaler Entwicklungshilfe

Projekte – Potenziale – Verbesserungsvorschläge

Fluchtursachen entgegenzuwirken und Bleibeperspektiven für die Menschen vor Ort zu schaffen, zählt fraglos zu den wichtigsten aktuellen Herausforderungen für Politik und Gesellschaft in Deutschland. Initiativen gibt es unzählige und das macht Hoffnung. Dass aber auch Kommunen ihren Beitrag zur Entwicklungsarbeit leisten können, ist noch wenig bekannt. Wie es um die Situation im Freistaat bestellt ist, darüber gaben 45 Kommunen im Rahmen einer von der Bayerischen Gemeindezeitung durchgeführten Fragebogenaktion Auskunft. Dabei stellte sich heraus, dass mehr als die Hälfte dieser Gemeinden, Städte und Landkreise Beratungsbedarf hat.

Für so manche Kommune mag diese Umfrage nun ein Anstoß dafür sein, sich dem Thema verstärkt zu widmen. Auf Wunsch werden dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) deshalb Ergebnisse und Kontaktdaten zur Verfügung gestellt.

Koordinierungsstellen für Helferkreise

Zum Zeitpunkt der Fragebogenaktion konnten lediglich 14 Befragte auf eine Stelle verweisen, die sich in der Kommune um kommunale Entwicklungsprojekte kümmert. Der Markt Dietmannsried (Landkreis Oberallgäu) verwies auf eine Koor-

dinierungsstelle des Helferkreises Asyl, die Stadt Freising auf ein „Faires Forum“ im Rahmen des Agendaprozesses. In der Gemeinde Wellheim (Landkreis Eichstätt) haben sich laut Auskunft viele Privatpersonen zu einem sog. Helferkreis zusammengeschlossen, der die Flüchtlinge in allen Lebenslagen wie beispielsweise bei Behöringgängen unterstützt.

Die Stadt Augsburg hat aufgrund eines Beschlusses des Ausschusses für Organisation, Personal, Migration und Interkultur einen Antrag gestellt, sich am Programm des BMZ „Servicestellen Kommunen in der Einen Welt (SKEW) – Koordination kommunaler Entwicklungspoli-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Bayerischer Eine Welt-Preis 2018

Überall in Bayern setzen sich Menschen auf vielfältige Weise für globale Gerechtigkeit, Menschenrechte, Solidarität, Frieden und weltweite Bewahrung der Natur ein. Dieses bürgerschaftliche Engagement zu stärken und in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu tragen ist das Ziel des Bayerischen Eine Welt-Preises, der im Juni 2018 zum vierten Mal vom Freistaat Bayern, vertreten durch die Bayerische Staatskanzlei, gemeinsam mit dem Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. verliehen wird.

Die Auszeichnung findet im Rahmen eines bayernweiten Empfangs zur Würdigung des bürgerschaftlichen Eine Welt-Engagements statt, zu dem neben den Bewerbern um den Bayerischen Eine Welt-Preis weitere Eine Welt-Akteure eingeladen werden.

Bis 23. März 2018 können sich über das Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. (www.eineweltpreis.de) Eine Welt-Initiativen, Nichtregierungsorganisationen, Bildungseinrichtungen (Kindergärten, Schulen, Hochschulen), Kirchengemeinden und Weltläden – jeweils mit Sitz in Bayern – bewerben.

Zusätzlich gibt es eine Kategorie für bayerische Kommunen. Ausgezeichnet wird eine Kommune für vorbildliches kommunales Eine Welt-Engagement, z.B. in den Bereichen Stärkung des bürgerschaftlichen Eine Welt-Engagements, Förderung globalen Lernens, fairer Handel, nachhaltige Beschaffung, kommunale Partnerschaftsarbeit oder Integration von Flüchtlingen. Der „Bayerische Eine Welt-Preis 2018“ für Kommunen ist mit 1.000 Euro dotiert. **DK**

GZ

KOLUMNE
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn wir auf politischer Ebene über die großen Herausforderungen und strategischen Steuerungsziele der Zukunft sprechen, gehört der Vereinbarung von Ökologie und Ökonomie immer wieder zu den wichtigsten Punkten.

In der aktuellen Diskussion steht in Bayern besonders das Thema Flächenverbrauch, nicht zuletzt aufgrund des derzeit laufenden Volksbegehrens. Als Kommunen sind wir davon in besonderer Weise betroffen. Immerhin geht es auch um einen Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung, die Planungshoheit vor Ort.

Für die Kommunalpolitische Vereinigung ist klar: Unser Boden gehört zu Bayerns wertvollsten Ressourcen. Er ist Lebensraum für Pflanzen und Tiere (Erhalt der ökologischen Vielfalt), natürlicher Wasserfilter sowie Speicher für Trinkwasser, Regen (Hochwasserschutz) und Kohlenstoff (Humus), landwirtschaftliche Nutzfläche für die Produktion gesunder Lebensmittel, Frischluftversorger der Städte sowie Freifläche für die Erholung. Doch tagtäglich wird in Bayern eine Fläche von 13 Fußballfeldern neu als Siedlungs- und Verkehrsfläche ausgewiesen. Dieser Flächenverbrauch trägt zur Beeinträchtigung des Bodens und zum Verlust oder zur Zerschneidung von Lebensräumen bei. Handlungsbedarf ist also durchaus gegeben.

Deshalb haben wir uns als KPV gemeinsam mit dem Arbeitskreis Umweltsicherung und Landesentwicklung (AKU), der Bayer-



gerfristige Planung der Stadtentwicklung. Deshalb möchten wir eine „Task Force“ zur Beratung der Kommunen beim zuständigen Landesministerium verankern.

• Statt Ausgleichsflächen heranzuziehen, erscheint es uns in vielen Fällen sinnvoller, größere Gebiete, die besonders schützenswert sind, herausgehoben zu fördern und einen Naturschutzfonds zu schaffen. Einzahlungen in diesen Fonds sollen dann als Kompensation für Ausgleichsflächen erfolgen.

• Ferner fordern wir, dass Wohnen, Gewerbe und Einzelhandel wieder zusammen im Stadtzentrum möglich sein müssen. So begegnen wir einer Entwicklung, bei der immer mehr Gewerbe und Nahversorgungsmärkte von der Innenstadt an die Stadtrandgebiete umziehen und infolgedessen immer mehr Häuser im Stadtzentrum zu Leerständen mutieren.

• Ein weiterer Aspekt ist eine flexiblere Gestaltung der Denkmalschutzaufgaben. Dieser verhindert oftmals vernünftige und flächensparende Lösungen für Bauherren. Der Erhalt des Gebäudes muss natürlich im Vordergrund stehen. Gleichzeitig müssen Veränderungen möglich sein.

• Außerdem muss es Förderanreize geben, wenn mehrere Gemeinden eine gemeinsame Bauleitplanung durchführen.

Wir stellen uns als KPV in diesem Zusammenhang klar gegen das Volksbegehren, da es u. a. mit seiner restriktiven Begrenzung auf fünf ha pro Tag verbrauchter Fläche in Bayern erhebliche Defizite aufweist.

Denn wir dürfen nicht außer Acht lassen: Unser Wohlstand in Bayern hängt in höchstem Maße von einer funktionierenden Wirtschaft ab. Entwicklungsmöglichkeiten wie z. B. Neuansiedlungen von Unternehmen dürfen nicht blockiert werden. Dies gilt gerade für den ländlichen Raum.

Zudem stehen wir in betroffenen Regionen vor der riesigen Aufgabe dem Wohnungsmangel entgegenzuwirken und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Würde das Bauland wie durch das Volksbegehren pauschal verknappt, kommt es nicht nur in Einzelfällen zu immensen Bau- und Mietpreisteigerungen. Dies wäre ein fatales Zeichen. Eine Orientierung des Flächenverbrauchs rein nach den Einwohnerzahlen ist also sowohl für den Wohnbau, als auch die Gewerbeansiedlung wenig zielführend. Zugleich darf auch die Entwicklung der Städtebilder nicht vergessen werden. Wird nur noch in die Höhe gebaut, finden wir unter Umständen in kleinen Kommunen mit historisch gewachsenen Kernen bald stadtbildprägende Hochhäuser – auch nicht der richtige Weg.

Darüber hinaus bestehen Bedenken, ob die Forderungen des Volksbegehrens verfassungskonform sind. Die kommunale Planungshoheit der Städte und Gemeinden würde bei einer Umsetzung in ein Gesetz massiv beschnitten werden.

In Summe geht es uns als KPV darum, das Bewusstsein für die Notwendigkeit des Schutzes von Böden weiter zu verbreiten und auf eine intelligente und effizientere Flächennutzung hinzuwirken, die Wertschöpfung und wirtschaftlichen Erfolg ermöglicht sowie gleichzeitig Natur und Landschaft nachhaltig schützt.

Wir haben durch unsere Sammlung an Ideen nachgewiesen, dass es auch abseits der überzogenen und einseitigen Forderung eines Volksbegehrens eine Vielzahl an Handlungsmöglichkeiten gibt. Jetzt ist der Landtag am Zug, unsere Impulse mit aufzunehmen und einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, der mit Hand und Fuß die Interessen der Ökologie und gleichzeitig der Ökonomie vertritt sowie die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen beibehält.

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Maßnahmen zum Flächensparen

rischen Architektenkammer und dem Landesbund für Vogelschutz eingehend bei einer Veranstaltung mit dem Sachverhalt auseinandergesetzt, um mögliche Lösungswege aufzuzeigen.

Konkret haben wir folgende Maßnahmen zum Flächensparen in Bayern erarbeitet, die es zu prüfen und gegebenenfalls umzusetzen gilt:

- Ein erster Punkt ist die Bekämpfung von Brachflächen und Leerständen. Diese stellen ein großes Potenzial zur Nutzung durch Gewerbe und Wohnen dar. Deshalb ist es zunächst wichtig, ein Baulücken- und Brachflächenkataster für ganz Bayern zu erstellen.
- Des Weiteren gilt es, Steueranreize zu schaffen, um das Interesse von Industrie, Handwerk und Gewerbe an einer effizienten und kompakteren Bauweise zu fördern. Das heißt: Wer weniger Fläche verbaut, zahlt weniger Steuern – wer mehr Fläche verbaut, zahlt mehr Steuern.
- Auch die Aufstockung des Städtebauförderungsprogramms zur Revitalisierung von Industrie- und Gewerbebrachen soll vereinfacht und auf 30 Millionen Euro erhöht werden.
- Eine weitere Möglichkeit zum Flächensparen stellt eine Umstellung auf eine effizientere Bauweise dar. So könnte eine Mindestgeschosszahl für öffentliche Gebäude abhängig von benötigten Räumen und Mitarbeiterzahl eingeführt werden.
- Zudem muss das Problem des Flächenverbrauchs vor Ort angepackt werden. Daher schlagen wir den Einsatz von Flächenmanagern in jedem Landkreis vor. Diese kümmern sich um die Vernetzung der Kommunen bei Bauvorhaben und unterstützen sie beim Erfassen und Nutzen von Baulücken und Leerständen.
- Hand in Hand mit diesem Schritt setzen wir auch auf eine län-

ENGAGEMENT
GLOBAL

Service für Entwicklungsinitiativen

SERVICESTELLE
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

EINE WELT BEGINNT VOR ORT

Die **Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)** steht Kommunen in Deutschland als Partner in allen Fragen kommunaler Entwicklungspolitik zur Seite. Dabei beraten, informieren und fördern wir sie in unseren Zukunftsthemen **Fairer Handel und Faire Beschaffung – Global Nachhaltige Kommune – Kommunale Partnerschaften und internationale Kommunalbeziehungen – Migration und Entwicklung.**

SIND SIE INTERESSIERT?

Machen Sie mit bei einem
Einstiegersseminar für kom-
munale Entwicklungspolitik!

Kontakt:
kathrin.blume@engagement-global.de
Telefon +49 228 20717-615

Die **Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)** ist Teil der ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH und arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.
ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH | Service für Entwicklungsinitiativen | Tulpenfeld 7 | 53113 Bonn | www.engagement-global.de
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt | www.service-eine-welt.de | info@service-eine-welt.de

Im Auftrag des

Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Status quo kommunaler ...

(Fortsetzung von Seite 3)

tik – Initiative zur Förderung einer Personalstelle zur Koordination und Umsetzung entwicklungspolitischer Engagements in Kommunen“ zu beteiligen. Die Laufzeit des Projekts beträgt zwei Jahre. Es wird zu 90 % vom Bund gefördert.

In Erlangen wiederum werden Projekte der Kommunalen Entwicklungszusammenarbeit mit der Partnerstadt San Carlos vom Büro für Chancengleichheit und Vielfalt/Internationale Beziehungen durchgeführt. Eine Stelle für allgemeine kommunale Entwicklungshilfeprojekte gab es zum Zeitpunkt der Fragebogenaktion freilich noch nicht.

Für die Koordination insbesondere privater Entwicklungshilfeprojekte sind laut Umfrage beispielsweise in Erding die Stadtverwaltung (Sachgebiet Stadtmarketing), in Freising das „Faire Forum“, in Erlangen der Dritte Welt Laden und im Landratsamt Donau-Ries u.a. das Büro des Landrats zuständig. Im Landkreis Eichstätt wurde ein sog. Kümmerer installiert, der die Kommunen bei der Bewältigung der verschiedenen Aufgaben unterstützt und Kontakte anbietet.

Immerhin gab mehr als die Hälfte der auskunftsfreudigen Kommunen an, konkrete Projekte mit zu betreuen. So entstand beispielsweise aus dem Asylhelferkreis der Marktgemeinde Dietmannsried das Projekt „Fit for work“.

In der Zusammenarbeit mit Asylsuchenden stellten die Unterstützer nach eigenem Bekunden immer wieder fest, dass der Wunsch nach Arbeit zwar groß, der Einstieg in reguläre, feste Arbeit jedoch durch Sprach- und aufenthaltsrechtliche Hürden oft hoch und lange nicht überwindbar ist. Die Idee ist, neben dem Einüben von praktischen Fertigkeiten in unterschiedlichen handwerklichen Bereichen (wie z.B. Metall-, / Holz-, / Glaserarbeiten / Gestalten in Farbe) gezielt Sprachübungen durchzuführen, um das Gelernte auch sprachlich einordnen und anwenden zu können.

Durch die Arbeit in Kleinstgruppen und der Kombination des praktischen Lernens durch Sehen, Handeln und Sprechen über realitätsbezogene Themen wird die Arbeit sehr intensiv vermittelt, ohne dass der Spaß und die Freude am Austausch dabei zu kurz kommt. Ganz nebenbei werden so auch wichtige soziale Kompetenzen wie Pünktlichkeit und strukturiertes Arbeiten weitergegeben. Zudem ermöglicht der intensive Austausch auch eine gezielte Förderung der jeweiligen Fähigkeiten. Das Erlernete soll bei einer Abschiebung im Heimatland anwendbar sein.

Die Initiative „fit for work“ wurde im November 2016 begonnen. Die Workshops sollen über die Helferkreise auch den Flüchtlingen aus den Nachbargemeinden angeboten werden.

Während Unterschleißheim auf eine Klimapartnerschaft mit dem District Ho in Ghana verweisen kann, berichtete Erlangen von zahlreichen Projekten der Städtepartnerschaft Erlangen-San Carlos. Dazu zählen der Ausbau der medizinischen Versorgung und Projekte im Bereich Menschenrechte und LGBTI sowie Trinkwasserversorgung.

Im Landratsamt Donau-Ries wiederum gab Landrat Stefan Rößle als Ziel aus, in Afrika bis 2020 insgesamt zehn Schulen über Bürgerspendsen, Sponsoren bzw. Projektpartner aus dem Landkreis Donau-Ries zu bauen. Zudem wurde in Zusammenarbeit mit der Bundeswehr eine Afghanistanhilfe installiert.

Als konkrete Projekte, die Bürgerinnen und Bürger in Ih-

rer Kommune aus eigener Initiative begleiten, nannte die Waserburger Zeitung die Unterstützung des Missionsarztes Dr. Brei in Tansania beim Aufbau eines Krankenhauses bzw. beim Betrieb eines zweiten Krankenhauses.

In Zusammenarbeit mit dem Förderverein „Zukunft für Kinder“ unterstützen Schüler der Staatlichen Realschule Meitingen (Landkreis Augsburg) das Kinderhilfsprojekt „Future for Children“ - Zukunft für Kinder in Sri Lanka. In der KAB Herberthofen/Erlangen hat die konkrete Unterstützung bedürftiger und notleidender Menschen bereits eine lange Tradition. So wird ein sehr enger Kontakt zu einem Krankenhaus in Bolivien gepflegt und dieses sowohl finanziell als auch durch Sachspenden unterstützt.

Ambitionierte Projekte

Eine ganze Reihe ambitionierter Entwicklungshilfeprojekte gibt es im oberbayerischen Erding. Dazu zählen: Maquila – Solidaritätsfond für Textilarbeiterinnen, die Unterstützung des Kinderkrankenhauses St. Pemien (Haiti), der Don Bosco Schwestern in Damaskus und des Lehlingsheims La Paz, die Hilfsaktion für Erdbebenopfer in Nepal, Schulprojekte in Madagaskar, Äthiopien, Kenia und Tansania, diverse Dorfprojekte sowie das Projekt GEFAIDO (gender facilitation integrated development), das die Mikrofinanzierung für Maasai-Frauen zum Thema hat.

Im Landkreis Donau-Ries wurde das Projekt „4 Steine für Afrika“ ebenso genannt wie das über regionale Spenden aufgebaute Hilfsprojekt „Hotel Materiel“, das ein Waisenhaus in der Hauptstadt von Burkina Faso unterstützt. Dort werden die Kinder unter anderem auch medizinisch versorgt und pädagogisch betreut. Zudem unterstützt und betreibt die Dechentreiter Stiftung in Asbach-Bäumenheim ein Kinderkrankenhaus in Afghanistan/Kabul.

Der Verein friends without borders in Unterschleißheim (Landkreis München) unterstützt insbesondere zwei Dörfer in der Volta Region in Ghana. Die Schwerpunkte der Projekte liegen im Bereich Bildung, Gesundheit und Umweltschutz. Einige Projekte wurden bereits umgesetzt. So wurden in Deutschland gespendete Brillen und Spielsachen übergeben sowie Gaskocher und Baumpflanzungen finanziert. Weitere Projekte wie der Bau eines Jugend- und Gesundheitszentrums, Kampagnen gegen Frühschwangerschaften und das Anlegen eines Energiewaldes sind in Planung.

Auf die Frage nach der möglichen Erschließung von Potenzialen (Sabbatical, Zeit nach der Ausbildung, testamentarische Verfügungen, Partnerschaften von Unternehmen) machte die Gemeinde Wellheim darauf aufmerksam, dass dies für Kleinunternehmer, wie dort vorherrschend, personell und finanziell kaum machbar sei. Auch wurde die Meinung vertreten, dass es schwierig sei, speziell unbegleitete minderjährige Flüchtlinge für die schulische/berufliche Bildung zu motivieren, wenn deren Bleibeperspektiven ungewiss sind. Hier stecke das größte Potenzial, das jedoch nur der Gesetzgeber durch Änderungen im Asyl-/ und Bleiberecht grundlegend schaffen kann.

„Um auf mehr Manpower bzw. Humankapital zugreifen zu können, ist es nötig, Möglichkeiten wie beispielsweise „Gap Years“ nach Erlangen des ersten Schulabschlusses, nach oder vor der Ausbildung sowie vor,

zwischen oder nach dem Studium zu erschließen“, betonte die CSU-Stadtratsfraktion Augsburg. Allerdings bestünde auch Potenzial bei jenen, die sich bereits im Berufsleben befinden, denen jedoch von Arbeitgeberseite eine Freistellung nicht bewilligt wird. Es gelte, den Zugang zu Informationen, Ansprechpartnern und möglichst niederschweligen bürokratischen Hürden einzurichten oder zu verbessern. Auch seien möglicherweise Förderungen nötig, damit die „Freiwilligen Helfer“ nicht zusätzlich finanziell belastet werden.

Auf die Frage, ob die Hilfsorganisationen genügend vernetzt sind, antwortete knapp die Hälfte aller an der Umfrage teilnehmenden Kommunen mit „nein“. Nach Ansicht des Landratsamts München besteht hier noch Optimierungbedarf. Die Kommunen sollten künftig noch viel enger mit den Hilfsorganisationen zusammenarbeiten, um den Aufbau von Parallelstrukturen zu vermeiden.

Die Gemeinde Schleching (Landkreis Traunstein) ist eigenen Angaben zufolge auf Vernetzung angewiesen, weswegen gute Kontakte zu Diakonie und Arbeiterwohlfahrt, zum Netzwerk Asyl Traunstein und zu den Bildungsträgern bestehen. Günstig sei die gegenseitige Informationspflege, die über die Arbeiterwohlfahrt in Traunstein vermittelt wird. Auch gebe es bayernweite Kontakte zu Helferkreisen, wodurch Erfahrungen geteilt werden können.

Ein weiteres Ergebnis der Umfrage ist, dass mehr als die Hälfte der Kommunen mit Problemen bei der Umsetzung ihrer Goodwill-Aktionen zu kämpfen hat. „Grenzen gibt es, wenn ehrenamtliche Dienste gegenüber Geflüchteten stärker wahrgenommen werden als gegenüber der einheimischen Bevölkerung (Senioren). Das kann entschärft werden, indem sich die Geflüchteten auch für die Einheimischen engagieren“, heißt es aus Schleching. Grenzen gebe es für Ehrenamtliche, die gesetzliche Vorgaben des Ausländeramtes mit Blick auf die Bedürftigkeit Geflüchteter gelegentlich nicht nachvollziehen können. Dies fordere nicht nur die Gemeinde, sondern auch Behörden und Hilfsorganisationen heraus.

Jeder Euro soll ankommen

Wie die CSU-Stadtratsfraktion Augsburg darlegt, liegen die Probleme im Fundraising und in der öffentlichen Wahrnehmung. „Eher mit Herausforderungen“ sieht sich das Landratsamt Donau-Ries konfrontiert: „Wir wollen nachhaltige kommunale Entwicklungspolitik und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Wichtig ist dabei, dass jeder Euro vor Ort in regionale Projekte ankommt.“

Verbesserungsvorschläge kommen u.a. aus der Gemeinde Wellheim: Aus ihrer Sicht arbeiten auf kommunaler Ebene fast alle Verwaltungen „Hand in Hand“. Es fehle jedoch grundlegend „eine direkte Unterstützung durch Land und Bund. Hier werden die Kommunen regelrecht ihrem Schicksal überlassen.“

Nach Auffassung des Landratsamts München sollte der Austausch zwischen Landkreisen, Städten und Gemeinden über entsprechende Initiativen gezielter fokussiert werden. Best-Practice-Beispiele aus einzelnen Kommunen sollten einfacher kommuniziert werden können.

„Besonders hinsichtlich der Förderinstrumente der Entwicklungszusammenarbeit wäre es wünschenswert, dass es gezielt Programme für ehrenamtliche Akteure (z.B. Partnerschaftsvereine) gibt, die Kleinprojekte mit einem möglichst geringen Antragsaufwand ermöglichen“, gab die Stadt Erlangen zu Proto-

Hoffnungsvolle Ansätze ...

(Fortsetzung von Seite 1)

kreise wäre ein großer Mehrwert für die ganze Gesellschaft“, unterstrich der Landrat.

Bernreiter bemängelte allerdings das Fehlen einer Zusage, kommunale Mehrkosten durch das Bundesteilhabegesetz durch den Bund zu übernehmen. Auch die Dynamisierung der 5 Mrd. Euro Kommunalentlastung finde sich nicht im Koalitionsvertrag. Bei der Schaffung eines Anspruchs auf Ganztagschule seien stattdessen sogar mehr Belastungen der Landkreise zu befürchten, wenn sie die Kosten über die Jugendhilfe tragen müssen.

Nach Auffassung des Bayerischen Gemeindetags müssen jetzt schnellstmöglich klare Verhältnisse geschaffen werden. Laut Verbandspräsident Dr. Uwe Brandl sind im Koalitionsvertrag viele gute Ansätze für eine echte Erneuerung in Deutschland zu finden, „aber nicht wenige Fragen bleiben aus kommunaler Sicht offen oder sind falsch beantwortet worden“.

Dass Zuständigkeiten gebündelt werden sollen und – nach bayerischem Vorbild – ein eigenes Ministerium für Heimat entstehen soll, wertet Brandl als ein wichtiges Signal für ein neues Miteinander von Stadt und Land. Den Ankündigungen müssten aber jetzt auch entsprechende Taten folgen. Die Einsetzung einer Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ sei ein richtiger Schritt, entscheidend aber werde sein, welche konkreten Maßnahmen tatsächlich in Angriff genommen und welche finanziellen Mittel letztlich zur Verfügung gestellt werden sollen.

Problem Wohnungsnot

Uneingeschränkt begrüßt wird, dass sich die Koalition des brennenden Problems der Wohnungsnot noch stärker als bisher annehmen will. Ob die für den sozialen Wohnungsbau angedachten zwei Milliarden Euro reichen werden, sei allerdings mehr als fraglich, betonte Brandl: „In den vergangenen 20 Jahren hat Bayern 50 % seiner Sozialwohnungen verloren. Wir brauchen hier dringend kräftige Impulse und zusätzliches Engagement des Staates.“

Außerst positiv zu werten sei die Ankündigung, jene Eigentümer höher besteuern zu wollen, die bebaubare Grundstücke zu Spekulationszwecken horten. Dies sei eine Forderung, die der Bayerische Gemeindetag seit Jahren erhebt. Aufgegriffen worden seien auch die Vorschläge des Gemeindetags für steuerliche Erleichterungen zugunsten von Landwirten, die ihre Flächen für den Wohnungsbau zur Verfügung stellen.

Auch für Bayerns Kommunen wichtig sei die eindeutige Aussage im Koalitionsvertrag, dass der Bund sich bei den Integrationskosten der Kommunen weiterhin mit zwei Milliarden Euro pro Jahr beteiligen wird. Das rei-

koll. Bei Förderinstrumenten für Kommunen wäre es wünschenswert, dass es auch Förderungen für Kooperationen zwischen Kommune und NGOs gibt.

„Gerade in Nicaragua wird es für Kommunen aufgrund der zunehmenden Zentralisierung von Entscheidungsprozessen immer schwieriger, internationale Projekte durchzuführen. Förderungen für die Zusammenarbeit zwischen deutscher Kommune mit NGO im Partnerland würden helfen, dass die Akteure der Partnerschaft handlungsfähig bleiben. Hierfür fehlen Förderinstrumente“, monierte die Erlanger Stadtverwaltung. **DK**

che allerdings bei Weitem nicht aus. „Ich erwarte, dass der Freistaat diese Mittel zu hundert Prozent an die Gemeinden weiterreicht, die die Belastungen zu tragen haben“, stellte Brandl klar.

Enorme Schwierigkeiten sieht der Bayerische Gemeindetag dort, wo der Koalitionsvertrag Rechtsansprüche für den Bürger auf kommunale Leistungen vorsieht. Dies gelte in besonderer Weise für die geplante Einführung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagesbetreuung für Grundschulkindern. Brandl: „Das ist sicherlich ein begrüßenswertes Ziel. Verspricht man dem Bürger allerdings etwas, was schlicht nicht erreichbar ist, führt dies nur zu erheblicher Enttäuschung und zu Politikverdrossenheit bei den Bürgerinnen und Bürgern.“

Bund muss die Kommunen nachhaltig entlasten

Bayerns Gemeinden verfügen weder über die nötigen Finanzmittel, noch über die dafür erforderlichen Flächen, um entsprechende Betreuungseinrichtungen zu bauen. Im Übrigen werde auch bis zu dem anvisierten Termin 2025 qualifiziertes Fachpersonal im notwendigen Umfang einfach nicht zur Verfügung stehen. Abgelehnt wird in diesem Zusammenhang auch der geplante Rechtsanspruch auf Breitbandanschluss. Insoweit müssten die Betreiber in die Pflicht genommen werden und nicht die Gemeinden.

Schmerzlich vermisst der Bayerische Gemeindetag zudem ein ausdrückliches Bekenntnis dazu, dass die erhöhte Gewerbesteuerumlage und die Solidarpaktumlage mit dem 31.12.2019 enden. „Wir fordern, dass der Bund bei den gegebenen Zusagen bleibt und die Gemeinden hier nachhaltig entlastet“, so der Präsident.

Städtetagspräsident Markus Lewe aus Münster und sein Stellvertreter Dr. Ulrich Maly (Nürnberg) sprachen ihrerseits von einem „Koalitionsvertrag mit kommunalfreundlicher Handschrift zu wichtigen Zukunftsaufgaben“, in dem mehrere Forderungen des Deutschen Städtetages aufgegriffen worden seien.

Lewe und Maly zufolge ist die Wohnraumoffensive dringend nötig, um vor allem in wachsenden Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Außerdem trage sie dazu bei, Wohneigentum zu fördern. „Wir begrüßen, dass der Bund angesichts der gesamtstaatlichen Bedeutung der Aufgabe den sozialen Wohnungsbau über das Jahr 2019 hinaus mitfinanziert – mit jeweils 1. Milliarde Euro in den Jahren 2020 und 2021. Das Baukindergeld halten wir für gut, um breiteren Bevölkerungsschichten die Bildung von Wohneigentum zu erleichtern. Wichtig ist zudem die Zusage des Bundes, den Kommunen bundeseigene Grundstücke für den Wohnungsbau zu vergünstigten Konditionen zur Verfügung zu stellen.“

Die Bundesmittel für die kommunale Verkehrsinfrastruktur nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz werden von heute 330 Millionen Euro bis zum Jahr 2021 auf jährlich eine Milliarde Euro erhöht und danach jährlich dynamisiert. Die Städte fordern seit langem vom Bund, den Ausbau des ÖPNV stärker zu unterstützen. „Das geschieht jetzt zumindest beim Bundesprogramm für große kommunale Verkehrsprojekte“, so die Verbandsvertreter.

Die Tatsache, dass die Grundsteuer auf eine feste Basis gestellt werden soll, ist nach ihren Angaben „für die Städte ele-

mentar, weil zu befürchten ist, dass das Bundesverfassungsgericht die geltenden Regeln für die Grundsteuer in Kürze verwerfen wird“.

In die richtige Richtung gehen laut Lewe und Maly die Aussagen zur Luftreinhaltung und das Ziel, Fahrverbote zu vermeiden. Freilich blieben Fragen offen – zum Beispiel, wieweit die angesprochenen Nachrüstungen von Diesel-Pkw reichen sollen. „Eine Blaue Plakette ist nicht vorgesehen. Das ist bedauerlich, weil wir befürchten müssen, dass Gerichte für einzelne Städte Fahrverbote anordnen werden, die dann auch sachgerecht umgesetzt werden können müssen.“

Der Städtetag bedauert, dass die Parteien keine weitere Entlastung der Kommunen bei stetig wachsenden Sozialausgaben vereinbart haben. Umso mehr werde es darauf ankommen, dass die geplanten Maßnahmen bei den sozialen Ausgaben, wie zum Beispiel die bessere Qualität in der Kinderbetreuung, sich finanziell nicht zu Lasten der Kommunen auswirken.

„Im Großen und Ganzen ist für Deutschlands Kommunen ein solides Ergebnis bei den Koalitionsverhandlungen erzielt worden“, bilanzierte Christian Haase MdB, KPV-Bundesvorsitzender und kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. „Auf der Haben-Seite können wir die Zusage der Fortschreibung der kommunal entlastend wirksamen Finanzprogramme verbuchen. Das garantiert eine erfolgreiche kommunale Selbstverwaltung, wie sie im Grundgesetz verankert ist“, so Haase. „Auch das Großprojekt flächendeckender Ausbau mit Gigabit-Netzen bis 2025 begrüße ich.“

Kein Griff in die kommunalen Kassen

„Der Vertrag sichert zu, die kommunalen Steuerquellen zu sichern. Wir vertrauen darauf, dass, auch wenn es nicht explizit erwähnt wird, damit auch die Beendigung der Solidarpaktumlage zu Lasten der westdeutschen Länder gemeint ist. Es darf da keinen Griff in die kommunalen Kassen geben. Das würde für westdeutsche Kommunen eine dynamisch wachsende Belastung von 3,5 Milliarden Euro ab dem Jahr 2020 bedeuten“, machte Haase deutlich.

Aus kommunaler Sicht auch kritisch sieht Haase die Ausgestaltung des Rechtsanspruchs auf Ganztagesbetreuung im Grundschulalter. Diese soll im Kinder- und Jugendhilferecht (SGB VIII) verankert werden. „Damit wird ein Rechtsanspruch gegenüber den Kommunen begründet, obwohl das Ziel eindeutig in Länderhoheit liegt. Bei der Ausgestaltung wird es darum gehen müssen, dass im Sinne der Konnexität die Mehrkosten der Kommunen vollumfänglich ausgeglichen werden, denn ‚wer bestellt, der bezahlt‘, so ist es auch im Koalitionsvertrag nochmal festgehalten worden“, stellte Haase fest. „Die im Finanztableau aufgeführten zwei Milliarden Euro für die Umsetzung sind nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Neben der noch fehlenden Gebäudeinfrastruktur ist nicht zu erkennen, wie der Bedarf an pädagogisch ausgebildetem Betreuungspersonal auch nur annähernd gedeckt werden kann.“

Ob eine neue Große Koalition unter Führung von Kanzlerin Angela Merkel tatsächlich zustande kommt, darüber entscheiden freilich letztlich die SPD-Mitglieder. In den nächsten Wochen sollen knapp 464.000 Sozialdemokraten bei einem Mitgliederentscheid über den neuen Vertrag abstimmen. Das Ergebnis des Mitgliedervotums könnte Anfang März vorliegen. **DK**

Internationale Handwerksmesse in München:

Neue Produkte, modernes Denken

„Handwerk: Die nächste Generation. Wir zeigen, was kommt.“ So lautet das offizielle Motto der Internationalen Handwerksmesse 2018 vom 07. bis 13. März auf dem Messegelände München. Auf insgesamt rund 75.000 Quadratmetern stellen rund 1.000 Aussteller - von der kleinen Kreativ-Manufaktur bis zum handwerklichen Global Player - neue Produkte und Innovationen vor. Mit dabei sind unter anderem Schreiner, Zimmerer, Ofenbauer, Metall- und Elektrohandwerker, Goldschmiede und Maßschneider.

Auf der Messe finden die drei Kundengruppen des Handwerks – Endverbraucher, Unternehmen und öffentliche Hand – zahlreiche Anbieter an einem Ort, können Pläne besprechen und sich individuell beraten lassen. Für diese Zielgruppen wird ein umfassendes Angebot dargeboten: von Bau- und Ausbauprojekten bis zur Betriebsausstattung.

Neue Unternehmenskultur

„Das Messemotto steht für ein modernes Denken und ein neues Verständnis im Hinblick auf Kunden, Lösungen und Unternehmensführung im Handwerk“, erklärt Dieter Dohr, Vorsitzender der Geschäftsführung der GHM Gesellschaft für Handwerksmessen mbH. Das Handwerk mit seiner Qualität, seinen Möglichkeiten, Ideen zu verwirklichen, seiner Leidenschaft und seinen individuellen Lösungen ist gefragt wie nie.

Hinzu kommt eine neue Unternehmenskultur mit smarten Kundenservices, modernsten Produktionstechniken und dem selbstverständlichen Einsatz digitaler Werkzeuge, mit vernetztem Arbeiten auch über Branchengrenzen hinweg, mehr Flexibilität, selbstverantwortlichen Mitarbeitern und – natürlich – Frauen in Führungspositionen.

Kunden, Lösungen und Arbeitswelten

Besucher sehen und erleben auf der Internationalen Handwerksmesse dynamische, innovative Betriebe, herausragende Handwerksunternehmen, die kreative Arbeits- und Geschäftsmodelle, zukunftsweisende Ideen und Lösungen vorstellen. Sie alle stehen gemeinsam für die nächste Generation Handwerk bezüglich Kunden,

Lösungen und Arbeitswelten. „Die Wirtschaft verändert sich, die Ansprüche von Verbrauchern, von Unternehmen, aber auch von Mitarbeitern steigen“, erklärt Dohr. Drei Faktoren seien entscheidend, wenn Betriebe auch in Zukunft Erfolg haben wollen: die absolute Orientierung an den Wünschen des Kunden und seine Zufriedenheit als Ziel allen Handelns, das Anbieten von individuellen, besonderen Produkten und Leistungen von höchster handwerklicher Qualität sowie eine moderne Unternehmensführung mit neuen Formen der Zusammenarbeit, des Projektmanagements und branchenübergreifenden Kollaborationen. „Diese drei stellen wir auf der Internationalen Handwerksmesse 2018 in den Mittelpunkt.“

„Land des Handwerks“

Neu ist: Alle Themen für das Handwerk und seine Partner, der gesamte B2B-Bereich, werden in Halle C1 auf einer Fläche von 2.000 Quadratmetern gebündelt. Zentrale Anlaufstelle ist dabei das „Land des Handwerks“, wo sich Vorzeigebetriebe präsentieren, die von Handwerksorganisationen aus ganz Deutschland vorgeschlagen wurden. Neue Produkte und Lösungen aus dem und für das Handwerk zeigt die Sonderschau „INNOVATION GEWINNT!“. Zudem finden Fachbesucher dort den Messestand des Kompetenzzentrums Digitales Handwerk.

Die nächste Generation

Unter dem Motto „Handwerk. Die nächste Generation: Wir zeigen, was kommt“ präsentieren sich Betriebe, die hinsichtlich Kundenservice, digitaler Fertigung und Unternehmenskultur neue Wege ge-

hen. Mit dabei sind handwerkliche Global Player, wie die Georg Ackermann GmbH, die Teile der Inneneinrichtung der Europäischen Zentralbank in Frankfurt fertigte, und junge Unternehmer wie Gregor Stapper auf dessen „Keks Kreator“-Website Kunden individuelle Leckereien designen, die dann in der Handwerksbäckerei hergestellt werden.

Sonderschau INNOVATION GEWINNT!

Darüber hinaus erleben Besucher auf der Sonderschau INNOVATION GEWINNT! die neuesten Erfindungen aus dem Handwerk. Einige von ihnen sind Kandidaten für die mit je 5.000 Euro dotierten Bundes- und Bayerischen Staatspreise, die am Messesonntag an Aussteller für herausragende Leistungen verliehen werden. Schließlich zeige die Internationale Handwerksmesse, so Hans Peter Wollseifer, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, „die kreativsten Innovationen und die besten Betriebe, die das Handwerk zu bieten hat“.

„Treffpunkt Fachbesucher“

Insgesamt erwecken im neuen „Treffpunkt Fachbesucher“ über 70 zum Teil weltweit erfolgreiche Unternehmen, Best-Practice-Beispiele aus dem Handwerk und Start-ups das Messemotto zum Leben. Sie stellen vor, welche neuen Wege die nächste Generation im Hinblick auf Kunden, Lösungen und Arbeitswelten geht. Sie erklären, wie sie Kunden durch Premiumprodukte und mit Hilfe von Social Media zu Fans machen, wie sie junge Fachkräfte für sich begeistern, wie sie durch die Digitalisierung Prozesse optimieren und neue Märkte erschließen. In Vorträgen im Fachforum liefern sie Ideen und Anregungen, die sich in Betrieben aller Gewerke umsetzen lassen, und stehen an ihren Ständen für individuelle Fragen zur Verfügung.

Eine Reihe Best-Practice-Beispiele präsentiert auch das Kompetenzzentrum Digitales

Handwerk. Das Besondere dabei: Auf der Messe lernen Fachbesucher dessen ganzes Portfolio an einem Ort kennen. Denn dort sind alle seine Schaufenster vertreten, die sonst nur in den jeweiligen Regionen zu sehen sind.

Vorgestellt wird auch der „Digital-Check“, durch den der Digitalisierungsgrad eines Unternehmens ermittelt und Entwicklungspotenziale aufgezeigt werden. Fachbesucher können ihn nach vorheriger Anmeldung direkt auf der Messe durchführen. Das Angebot ist kostenfrei, persönliche Beratung inklusive. Darüber hinaus informieren auch Experten der Handwerksorganisationen und des Netzwerks der Beauftragten für Innovation und Technologie (BIT) über Digitalisierung und Prozessoptimierung.

„YoungGeneration“ und „AutoBerufeAktuell“

Bunt und laut geht es bei „YoungGeneration“ und „AutoBerufeAktuell“ in Halle C2 zu. Dort können Schüler und Jugendliche über 40 Handwerksberufe ausprobieren. Dazu gibt es Informationen direkt und auf Augenhöhe, denn als Ansprechpartner sind junge Handwerker vor Ort, die selbst gerade eine Ausbildung absolvieren oder vor kurzem abgeschlossen haben. Natürlich beraten auch erfahrene Meister und Vertreter der Handwerksorganisationen zu Ausbildung und Karrierechancen im Handwerk.

Hotspots der Innovations- und Gründungsszene

Spannendes erwartet Besucher bereits im Eingang West. Dort stellen rund 20 Start-ups Ideen und Produkte vor, von Designpreis gekürten Schnürtieren aus Filz und Leder bis zu Möbeln, die Kunden via Online-Konfigurator selbst designen können. Passend dazu präsentieren sich „Maker Space“ und „FabLab München e.V.“, die als „Hotspots der Innovations- und Gründungsszene“ gelten. In ihren Hightech-Werkstätten in München bieten sie Interessierten Zugang zu modernsten Maschinen und Werkzeugen, schließlich hat nicht jeder Platz für eine eigene Werkstatt zu Hause. Auf der Messe geben sie einen Einblick und informieren über ihr Angebot.

In der „Handwerk & Design“-Halle B1 zeigen etwa 250 Aus-

steller Schönes und Exklusives aus dem Handwerk. Gestalter, Designer und junge Kreative bieten außergewöhnlichen Schmuck, Mode und Accessoires und die dazugehörige «Handwerk & Design»-Bühne täglich ein umfangreiches Rahmenprogramm. So stellen zum Beispiel am Messesonntag die Gewinner des Münchner Modepreises ihre Kollektionen vor, am Mittwoch zuvor steigt die Wahl von Miss und Mister Handwerk.

In Halle B1 finden sich auch die internationalen Sonder-schauen, wie die SCHMUCK, zu der jedes Jahr Besucher aus aller Welt nach München reisen, und die EXEMPLA, wo Betriebe unter dem Titel „Handwerk und das kulturelle Erbe“ ihr Können in eigens aufgebauten Werkstätten zeigen.

„FOKUS.GESUND BAUEN & LEBEN“

Beispiele für Einrichtungs-lösungen nach Maß, sei es für Büro, Praxis, Kanzlei oder die eigenen vier Wände zeigt die Gemeinschaftsschau der Tischler Schreiner in Halle B2. Dort sind im Rahmen des Wettbewerbs „Die Gute Form“ auch die besten Gesellenstücke von Auszubildenden aus ganz Deutschland zu sehen. Um natürliche Baustoffe und Wohngesundheit geht es bei „FOKUS.GESUND BAUEN & LEBEN“ (Halle B2) mit Betrieben, die sich auf nachhaltiges und ökologisches Bauen, Renovieren und Modernisieren spezialisiert haben. Im dazugehörigen Forum referieren Experten über Themen wie Baubiologie und Energieeffizienz und stehen für kostenfreie Beratungsgespräche zur Verfügung.

GEPLANT+AUSGEFÜHRT

Daneben präsentiert die Ausstellung GEPLANT+AUSGEFÜHRT auf Schautafeln besondere Bau- und Ausbauprojekte, die für das perfekte Zusammenspiel von Handwerker und Architekt/Innenarchitekt stehen.

Vom Umbau eines ehemaligen Milchviehbetriebs in ein Wohngebäude über die Einrichtung eines Steakhauses in einem denkmalgeschützten Gebäude bis hin zu möblierten Studentenapartments im „Studio House Berlin“: Das Spektrum der diesjährigen Ausstellung GEPLANT+AUSGEFÜHRT ist breit gefächert. Sie stellt priva-

ten, kommunalen und gewerblichen Bauherren insgesamt 30 bemerkenswerte Bauprojekte vor, die von einer Fachjury aus über 130 Einreichungen ausgewählt wurden. Die Besten davon, ebenfalls bestimmt durch die Fachjury, werden am 8. März mit den GEPLANT+AUSGEFÜHRT-Preisen geehrt. Darüber hinaus verleiht die Deutsche Handwerks Zeitung einen Publikumspreis.

Bungalow setzt Akzente

Beispiel für ein besonderes Wohnhaus ist der L-förmige Bungalow in Germering bei München. Er stammt aus den 1960er Jahren, wurde entkernt und erhielt eine neue Raumaufteilung. Nun öffnet sich der Blick vom Eingang aus in den großzügigen Wohn- und Essbereich sowie auf die Terrasse. Die Innenräume zeichnen sich durch eine einheitliche und reduzierte Materialität aus. Neben Sicht-Estrich kommen Eichenholz, Muschelkalk und weiß beschichtete Oberflächen zum Einsatz während Textilien farbige Akzente setzen.

Ein Verwaltungsbau der besonderen Art ist der Büroturm an der Autobahn zwischen Nürnberg und Regensburg. Beeindruckend sind vor allem die schimmernde Chamäleonhaut mit wechselndem Farbenspiel außen und der Blick zum Himmel durch das offene Atrium über die sieben Geschosse im Inneren.

Passgenaue Lösungen

„GEPLANT+AUSGEFÜHRT betont die Bedeutung der Zusammenarbeit von Architekten/Innenarchitekten und Handwerkern für ein gutes Bauergebnis“, erläutert Juryvorsitzende Prof. Lydia Haack, Architektin, Stadtplanerin und Landesvorsitzende des Bundes Deutscher Architekten (BDA) zur Auswahl der Projekte.

„Gerade kleine Unternehmen müssen mit Qualität überzeugen und passgenaue Lösungen anbieten, um auf dem Markt zu bestehen.“ Dieter Dohr, Vorsitzender der Geschäftsführung der GHM Gesellschaft für Handwerksmessen mbH, erklärt: „Architekten, Innenarchitekten und Planer sind oft auf der Suche nach den geeigneten Betrieben, die anspruchsvolle Pläne umsetzen können. Die Messe hilft dabei, diese Partner zu finden.“ **DK**

Fachbesucher-Themen in Halle C1!

Heute ist die Zukunft

von gestern. Und morgen?

Handwerk: Die nächste Generation.

Im Handwerk hat die Zukunft schon aus Tradition Zukunft!
Wir stellen uns jeder Herausforderung. Und jetzt neu auf:

Wir kooperieren mit Hochschulen, wir vernetzen uns mit anderen Branchen, teilen Werkzeuge und Werkstätten. Wir digitalisieren unsere Unternehmen, wir geben unseren Talenten mehr Spielräume und den starken Frauen Verantwortung. Wir denken neu und setzen leidenschaftlich um. Wir freuen uns auf die Zukunft!

(Wie die auch für Sie vorteilhaft wird, sehen Sie auf der IHM.)

Das ist die nächste Generation Arbeitswelten. Wir sind die nächste Generation Handwerk.

Willkommen auf der Internationalen Handwerksmesse 2018.
Wir zeigen, was kommt.



INTERNATIONALE
HANDWERKSMESSE

07. — 13.03.2018

Messegelände München | www.ihm.de

Bericht der Enquete-Kommission im Bayerischen Landtag:

Gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Freistaat

Im Rahmen einer Pressekonferenz hat die Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“ unter Vorsitz von Berthold Rüth, MdL, ihren Abschlussbericht präsentiert. Dieser wurde fraktionsübergreifend einstimmig vorgelegt und offiziell an Landtags-Vizepräsident Reinhold Bocklet überreicht.

Kerninhalt des Berichts sind Handlungsempfehlungen zu den Indikatoren Verteilungsgerechtigkeit, unter anderem mit Breitbandversorgung, bei der Mobilität und im Wohnbereich; Chancengerechtigkeit, dabei Öffentliche Einrichtungen und Infrastruktur oder finanzielle Unterstützung für die Regionen und die Energiewende als Programm für Strukturentwicklung; Generationengerechtigkeit, dabei unter anderem im Bereich Nachhaltigkeit und Tourismus sowie Verfahrensgerechtigkeit im Sinne breiter Bürgerbeteiligung.

Beim Thema Wohnen empfiehlt die Kommission u. a. die Schaffung lärm- und abgasärmerer Wohnqualität durch verbesserten Lärmschutz und Verringerung der Schadstoffbelastung, die Orts- und Landschaftsbild-erträgliche Aussiedlung von emittierenden Gewerbebetrieben, die Förderung der Innenentwicklung vor Außenentwicklung in gewachsenen Ortskernen durch konsequente Baulandpolitik und interkommunale Abstimmung sowie den Einsatz bewährter Instrumente wie ISEK, ILEK, Städtebauförderung und Dorferneuerung.

Förderung hochwertiger Mietwohnungen

Auch wird die Förderung qualitativ hochwertiger, barrierearmer Mietwohnungen in den Ortskernen, insbesondere auch für junge Menschen, Familien, ältere Menschen und vulnerable Bevölkerungsgruppen ebenso befürwortet wie die verstärkte Mobilisierung von bestehendem Baurecht, der Ausbau des öffentlich geförderten Wohnungsbaus, die Wiederbelebung des kommunalen sowie des genossenschaftlichen Wohnungsbaus, die Förderung von altersgerechten und für mehrere Generationen geeigneten Wohnprojekten in Ortskernen, die Unterstützung der Kommunen beim Abbau regulatorischer Hemmnisse beim Wohnungsbau und schließlich die „Verstetigung und Weiterentwicklung von Städtebauförderung und Dorferneuerung als Instrumente einer sozial, wirtschaftlich und ökologisch ausgewogenen Ortserneuerungspolitik in ländlichen Regionen auf hohem Niveau“.

Handlungsempfehlungen zur Mobilität

Mit Blick auf das Thema Mobilität werden u. a. folgende Handlungsempfehlungen ausgesprochen:

- Aufstockung der bestehenden ÖPNV-Fördermittel und Stärkung von Kommunen in strukturschwachen Gebieten innerhalb der Förderprogramme
- Erhöhung der Busförderung
- Verkehrs- und Tarifverbünde sind landesweit aufzustellen bzw. weiter auszubauen.
- Bayernweit ist ein einheitliches Tarifsystm anzustreben.
- Stilllegung und Rückbau von Eisenbahnstrecken soll unterbunden werden. Zumindest sollen die Trassen für die Zukunft gesichert werden.
- Unterstützung von Bürgerbus-systemen und nachbarschaftlichen Kooperationen (Carsharing, Mitfahrgelegenheiten, Lieferservices)
- Für eine bessere Vernetzung sind die Chancen der Digitalisierung zu nutzen.
- Der SPNV ist um getaktete, regionale Buslinien in Räumen zu

ergänzen, die nicht vom Schienenverkehr bedient werden.

- Die Ziele des „Radverkehrsprogramms 2025“ sollen konsequent verfolgt und umgesetzt werden.
- Der Freistaat Bayern setzt sich auf Bundesebene für ein Schienenpersonnenfernverkehrs-gesetz ein.
- Beschreiten neuer Wege im Bereich der E-Mobilitätskonzepte und des autonomen Fahrens. Dafür sollte die Zusammenarbeit der Landkreise und Forschungseinrichtungen/Universitäten/Hochschulen vor Ort gestärkt werden.

Keine „digitale Spaltung“ zwischen Stadt und Land

Stichwort Breitbandversorgung: Damit es nicht zu einer „digitalen Spaltung“ zwischen Stadt und Land kommt, bedürfte es eines flächendeckenden Glasfaserausbaus FTTB/FTTH und nicht nur eines Ausbaus bis zu den Verteilerkästen (FTTC). Dabei sollten auch entlegene Weiler und Höfe erreicht werden. Zudem plädiert die Enquete-Kommission für den Aufbau eines flächendeckenden Mobilfunknetzes im 5G-Standard. Auch müsse das Zentrum Digitalisierung Bayern um die Plattform „Smart City“ erweitert werden. Ferner seien Anreize zur Schaffung von weiteren „eDörfern“ auf der Grundlage der bestehenden Modellprojekte erforderlich.

Beim Thema Energiewende ist der Fokus laut Kommission auf folgende Maßnahmen zu richten:

- Um die Wertschöpfung in der Region zu halten, muss der Ausbau der erneuerbaren Energien in Bayern verstärkt vorangetrieben werden.
- Energieprojektmanager in allen Landkreisen und kreisfreien Städten koordinieren Energieprojekte und entwickeln und unterstützen Energie- und Wärmekonzepte.
- Um die Akzeptanz vor Ort zu verbessern, sollten verstärkt Bürgerbeteiligungsmodelle eingesetzt werden.
- Die Verwendung des nachwachsenden Naturprodukts Holz sollte intensiviert werden, auch im Rahmen der Gebäudesanierung.
- Die finanzielle Unterstützung des Landes für die energetische Sanierung kommunaler Gebäude ist zu verstärken.

Daueraufgabe mit Verfassungsrang

Kommissions-Vorsitzender Berthold Rüth (CSU) bezeichnete die Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Bayern als „Daueraufgabe mit Verfassungsrang“. Eines der wichtigsten Leitziele bayerischer Politik sei, den Menschen in allen Regionen des Freistaats bestmögliche Chancen zur Entfaltung ihrer Talente zu bieten. Daran wolle man gemeinsam mit der Bayerischen Staatsregierung weiterarbeiten. „Mit den Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission wollen wir konstruktive Lösungsansätze an die Hand geben“, betonte Rüth.

Laut stellvertretendem Vorsitzenden Dr. Christoph Rabenstein (SPD) steht im Mittelpunkt des Berichts die Forderung nach räumlicher Gerechtigkeit, was als Grundlage dafür dienen soll, dass sich auch strukturschwa-

che Regionen gut entwickeln. Daraus leiteten sich die Handlungsempfehlungen ab, die konkret aufzeigen, wie sich Bayern künftig in allen Teilregionen positiv darstellen kann.

Räumliche Gerechtigkeit

Prof. Dr. Holger Magel, Präsident der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum e.V., wies als externer Sachverständiger darauf hin, dass räumliche Gerechtigkeit „Maßstab und Leitmotiv bayerischer Landespolitik“ sein müsse. Es gelte, Probleme dort zu lösen, wo sie entstehen. Eine zu starke oder gar einseitige Zuwendung auf städtische und Ballungsraumprobleme (Wohnungsproblematik, Verdichtung und steigende Grundstückspreise) löse das Problem der Land-Stadt-Wanderung nicht, sondern verstärke diese nur. Stattdessen sollten im Sinne räumlicher Gerechtigkeit endlich attraktive und vitale ländliche Räume mit hohen Lebens-, Wohn- und Arbeitsplatzqualitäten und eine Stadt - Land Balance geschaffen und gefördert werden. Die Maxime müsse lauten: „Arbeit zu den Menschen im ländlichen Raum bringen“.

Zum Abschlussbericht der Enquetekommission äußerte sich

unterdessen der Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags, Bernd Buckenhofer, wie folgt: „Städte und Gemeinden sind die Motoren der Entwicklung des Freistaats Bayern. Unabhängig davon, ob sie in Ballungsräumen oder ländlichen Räumen liegen: Die Stärke und Strahlkraft der Städte und zentralen Orte bestimmen die Entwicklung ganzer Regionen. Deshalb bewertet der Bayerische Städtetag eine zentrale Forderung des Abschlussberichts positiv, wonach Städte und Gemeinden mehr Geld aus den Steuereinnahmen des Freistaats erhalten sollen.“

Zielbestimmung der Gleichwertigkeit

Der Bayerische Städtetag begrüßt, dass die Empfehlungen der Enquetekommission die Herausforderungen der Städte und Gemeinden in ländlichen und urbanen Räumen gleichermaßen beleuchten. Buckenhofer: „Es geht bei der Zielbestimmung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen nicht darum, Konkurrenzdenken zwischen Kommunen und einzelnen Landesteilen zu schüren, sondern gute Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in allen Landesteilen zu gewährleisten.“ Der Ausbau eines flächendeckenden Mobilfunknetzes, die Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs und der Ausbau der kommunalen Infrastrukturen seien hierfür zentrale Elemente. **DK**

Der Mythos Bayern ...

(Fortsetzung von Seite 1)

ferenziert man nach Übernachtungen, führt Oberbayern mit einem Anteil von knapp 43 % vor Franken mit 21,7 %, Ostbayern mit 18,4 % und Schwaben mit 17,2 %. Die Ministerin: „Bayern ist ein attraktives Reiseland.“

Der Tourismus hat für den Freistaat große Bedeutung. Bayern hat an der touristischen Wertschöpfung in Deutschland einen Anteil von rund 18,5 %. Touristen geben jährlich im Freistaat mehr als 31 Mrd. Euro aus. Vollständig vom Tourismus leben in Bayern etwa 560.000 Menschen.

Die Touristen nutzten ein vielseitiges Angebot. So nahm der Städtetourismus bei den Ankünften um 8 % und bei den Übernachtungen um 8,3 % zu. Beim Campingtourismus lauten die Zuwachsraten 4,5 bzw. 6,6 %, in der Hotellerie 5,4 bzw. 4,4 % und bei den Heilbädern 1,5, bzw. 0,4 %. Auch die kleinen Tourismusorte (unter 100.000 Einwohner) hätten zulegen können.

Bayern werde zunehmend attraktiver für Gäste aus aller Welt. Die Zahl ihrer Ankünfte legte um 8,7 %, die ihrer Übernachtungen um 8,3 % zu. Gemessen an den Ankünften, stammten die meisten ausländischen Gäste aus Österreich, gefolgt von den Niederländern, den US-Amerikanern, den Schweizern, den Italienern, den Briten und Chinesen.

Investitionen in die Qualität

Bei allen Erfolgen müsse man aber feststellen, dass Tourismus in Bayern kein Selbstläufer sei, denn Konkurrenz gebe es nicht nur im Inland, sondern in vielen anderen Regionen der Welt. Deshalb seien Investitionen in die Qualität unerlässlich. Dieser Erkenntnis folgt Bayern mit der 2017 gestarteten Premiump offensive, die Ankervorhaben mit Signalwirkung im gehobenen und hochwertigen Bereich fördert. Weil manche Tourismusorte an die Grenzen ihrer Belastung stießen, gelte zunehmend das Motto Qualität vor Quantität, „denn hochwertige Angebote ziehen neue Gäste an und werten eine Tourismusregi-

on insgesamt auf.“ Im digitalen Marketing sei Bayerntourismus hervorragend aufgestellt.

Naturverbundenheit und Barrierefreiheit

Besonderen Wert misst die Staatsregierung dem Naturtourismus bei, den die Gäste „so authentisch wie möglich“ erleben sollen. Bei allen Aktivitäten aber stehe ein Ziel ganz oben an: die Teilhabe aller Menschen am Tourismus durch die Herstellung weitgehender Barrierefreiheit in den Einrichtungen des Tourismus.

Klaus Holetschek, Vorsitzender des Bayerischen Heilbäderverbandes, wies darauf hin, dass es in Bayern 47 prädikatisierte Heilbäder und Kurorte gibt. Diese generieren durchschnittliche Tageseinsparungen pro Gast von 59,20 Euro. Profiteure sind zu 57,5 % das Gastgewerbe, zu 25,3 % Dienstleistungserbringer und zu 17,0 % der Einzelhandel. Insgesamt bringen es die Heilbäder und Kurorte auf einen Bruttoumsatz von 4,5 Mrd. Euro. Etwas mehr als 86.000 Personen beziehen ihr Primäreinkommen durch die touristische Nachfrage.

Leitökonomie

Der Heilbäderverband sieht im Gesundheitstourismus einen Wachstumsmarkt. Deshalb werde in die Marke „Gesundes Bayern“ kräftig investiert, von 2014 bis 2016 mehr als 200 Mio. Euro. Gemeinsam mit dem Hotel- und Gaststättenverband, vertreten durch seine Präsidentin Angela Inselkammer, forderten die beiden Verbände die Schaffung eines Kompetenzzentrums für Tourismus und einer Akademie für nachhaltigen Tourismus.

Ein besonderes Anliegen haben die beiden Verbände mit Blick auf die Kommunen. In vielen kommunalen Haushalten kämen die Anliegen der Tourismusbranche immer wieder mit dem Hinweis, zunächst gehe es um die kommunalen Pflichtaufgaben, zu kurz oder fielen ganz unter den Tisch. Deshalb müsse die Förderung von Tourismus als Leitökonomie im ländlichen Raum, der wie wenige andere

Ein Jahresnetto Gehalt für die Baugrube...

Gemeinden sorgen sich um die Entwicklungen beim Umgang mit Bodenaushub und Bauschutt

Von Josef Steigenberger, Bürgermeister der Gemeinde Bernried und Bezirksvorsitzender des Bayerischen Gemeindetags Oberbayern sowie Matthias Simon, Referent beim Bayerischen Gemeindetag

Seit einigen Monaten häufen sie sich: Wortmeldungen und Klagen aus der Bauwirtschaft, der Kommunalpolitik und von privaten Häuslebauern, wonach sich beim Wiedereinbau, der Verfüllung sowie der Deponierung von Bauschutt und Bodenaushub etwas verändert hat im Land. Der vom Bundes- und Landesgesetzgeber geregelte Umgang mit Bauabfällen und Bodenaushub scheint sich demnach mehr und mehr zu einem massiven Baukostenreiber zu entwickeln.

So stellt sich die Verwertung und der Wiedereinbau von Bauschutt und Bodenaushub offensichtlich zunehmend schwieriger dar. Nach Angaben von Mittelständlern, Gutachtern und Gemeinden hat hierbei auch der bürokratische Aufwand ein Ausmaß erreicht, das für Kommunen, Häuslebauer und Bauwirtschaft nur noch schwer akzeptabel ist. So werden nach Angaben zahlreicher Gemeinden im Rahmen der erforderlichen Reaktivierung von Sand- und Kiesgruben etc. mittlerweile fast nur noch Verfüllungen mit vollständig „unbelastetem“ Material genehmigt. Immer mehr Bodenaushub muss demnach kostenintensiv auf Deponien abgelagert werden. Auch der Einbau von ausgehobenen Böden bei technischen Bauwerken ist – scheinbar aus Gründen des Umweltrechts – rückläufig.

Kostenintensive Entsorgung

In bestimmten Regionen führt das hohe Aufkommen von naturbedingt humushaltigem oder arsenhaltigem Boden ferner dazu, dass sich Grundstückseigentümer Sorgen machen. Denn Böden mit einem hohen Organik- oder Arsengehalt sind besonders schwer und kostenintensiv zu entsorgen. Diese Einschränkungen haben dazu geführt, dass es teilweise auch zu Aufhaldungen des Materials kommt. Für Kommunen, Planer, Bauherren und Bauunternehmer vor allem im südbayerischen Raum führt dieser Entsorgungseingpass dazu, dass Baustellen, bei denen organische Böden ausgehoben

Faktoren zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in ganz Bayern beitrage, zu einer kommunalen Pflichtaufgabe werden, weil es kaum Spielraum für freiwillige Aufgaben wie den Tourismus gebe.

Der Hotel- und Gaststättenverband kämpft mit Angela Inselkammer an der Spitze mit Vehemenz um die Zukunft des bayerischen Gastgewerbes, das zu 90 % aus Familienbetrieben besteht. Weil in den Jahren 2006 bis 2015 Bayern fast ein Viertel seiner Schankwirtschaften verloren hat und damit auf Rang zwei beim Gaststättenrückgang in Deutschland steht, hat die DEHOGA Bayern eine Rettungskampagne initiiert, die von der Staatsregierung unterstützt wird, „denn bereits heute sitzen etwa 500 bayerische Gemeinden kein Wirtshaus mehr. Wirtshäuser aber hätten nicht nur eine lange Tradition, sondern auch einen großen sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Stellenwert, besonders außerhalb der Ballungszentren.

Deshalb denkt man bei der DEHOGA daran, in Gasthäusern künftig zusätzliche Dienstleistungen anzubieten, um den Umsatz zu steigern. Vorstellen kann man sich Shop-im-Wirtshaus-Konzept wie Tante-Emma-Läden, Paketannahme-Dienste, EC-Automaten-Services, Essen-to-Go-Konzepte bis hin zum Angebot von Gemeinschaftsverpflegung für Kindergärten und Schulen. **dhg.**

und entsorgt werden müssen, fast nicht mehr plan- und kalkulierbar sind.

Als Folge dieses Entsorgungsnotstandes erhöht sich der CO2-Ausstoß durch immer weitere Entfernungen für Abfalltransportfahrten. Der Umgang und die Entsorgung von Boden ist darüber hinaus nicht nur im Tiefbau, sondern auch bei Neubau und Pflege von Gärten an Privathäusern oder mehrgeschossigen Mietwohnungen von praktischer Bedeutung. Dabei geht es in der Regel um relativ geringe Volumina. Die häufig geforderten Untersuchungen für diese Kleinstmengen scheinen dabei nicht immer praxisgerecht und führen regelmäßig zu einem unverhältnismäßig hohen Kosten- und Zeitaufwand.

Zahlreiche Kreisverbände des Bayerischen Gemeindetags haben sich daher bereits mit einer Resolution an die Politik gewandt. Die darin formulierten Forderungen lesen sich u.a. wie folgt:

- Die Verfüllungsmöglichkeiten für Böden und Bauschutt müssen in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Bayerischen Landtags vom 18.05.2015 und der Wirtschaftsministerkonferenz der Länder vom 8./9. Juni 2016 aufrechterhalten werden.
- Es sollten regionale Einzelfallregelungen ermöglicht und getroffen werden, die Verfüllungen bei Überschreitungen der Eluat- und Feststoffgrenzwerte ermöglichen, abhängig von den örtlichen geologischen und hydrologischen Bedingungen.
- Es ist dringend erforderlich, praxisgerechte Kleinmengenregelungen und Bagatellgrenzen bei Abfallgemischen einzuführen sowie deren Untersuchungs- bzw. Beprobungspflichten vereinfachen.
- Für die Entsorgung amooriger Böden müssen dringend umweltgerechte und praktikable Lösungen gefunden werden.
- Es sollten in Regionen mit besonders hohen geogen bedingten Bodenbelastungen im Rahmen von Pilotvorhaben Erfahrungen mit der Ausweisung von Bodenplanungsgebieten gesammelt werden.
- Die Schadstoff-Grenzwerte müssen mit Blick auf das Niveau unserer europäischen Nachbarstaaten angepasst werden.
- Der Gesetz- und Verordnungsgeber muss dazu angehalten werden, praxisgerecht den naturwissenschaftlichen Nachweis zu führen, ob spezifische Grenzwerte tatsächlich auch spezifische Schädlichkeits- und Belastungsgrenzen überschreiten. Das Thema scheint jedoch mittlerweile in Politik und Verwaltung angekommen zu sein. So sind aus dem Landtag und den zuständigen Ministerien positive Signale zu vernehmen, wonach man sich mit den zu Grunde liegenden Vorschriften sowie der Vollzugspraxis auseinandersetzen wird. Aufgrund der Komplexität der Rechtslage sowie der Vielschichtigkeit der betroffenen Rechtsnormen, sind jedoch keine schnellen Lösungen zu erwarten. Es heißt demnach: Vorausschauend Planen und Kalkulieren und das Thema weiter politisch bearbeiten. **□**

Festakt im Münchner Künstlerhaus:

Verabschiedung und Stabübergabe an der AKDB-Spitze

Nach 35 Jahren Zugehörigkeit zur AKDB, davon zehn Jahre an der Spitze, wurde Vorstandsvorsitzender Alexander Schroth im Rahmen eines Festakts im Münchner Künstlerhaus verabschiedet. Hochrangige Vertreter aus Politik und Wirtschaft sowie zahlreiche Weggefährten Schroths zählten zu den über 200 geladenen Festgästen. Gleichzeitig wurden der neue Vorstandsvorsitzende Rudolf Schleyer und das neue Vorstandsmitglied Gudrun Aschenbrenner begrüßt.

„Ein gesundes wirtschaftliches Fundament gepaart mit breit gefächerten Fachwissen und dem Fleiß der 800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Mut zu Innovationen“: Das ist nach den Worten des bayerischen Innenstaatssekretärs und Festredners Gerhard Eck das Ergebnis einer verantwortungsvollen und vorausschauenden Führung, die Alexander Schroth während seiner zehnjährigen Vorstandschaft an den Tag gelegt habe. Schroth habe diese Weitsicht in vorbildlicher Weise gerade dort unter Beweis gestellt, wo es von besonderer Bedeutung ist, nämlich in der IT-Branche mit ihren kurzen Innovationszyklen. Dies mache die AKDB zu einem starken und verlässlichen Partner der Kommunen. Eck verabschiedete Schroth mit den Worten: „Damit geht für die AKDB schon fast eine Ära zu Ende.“

Als besonders erfolgreiche und anspruchsvolle Projekte bezeichnete Eck den Betrieb des zentralen Melderegisters Bayern und des Bayerischen Behördeninformationssystems BayBIS, an deren Einführung Schroth maßgeblich beteiligt war. Die Melde-datenabrufe in BayBIS sind mittlerweile von rund sechs Millionen im Jahr 2007 auf mehr als 27,5 Millionen im Jahr 2017 gestiegen.

Als erste Bundesländer haben Bayern und Brandenburg im Dezember 2016 einen Probe-Echt-Betrieb zur länderübergreifenden Behördenauskunft gestartet. Eck: „Durch das große Engagement der AKDB wurden die länderübergreifenden Behördenauskünfte im letzten Jahr auf zwölf weitere Bundesländer ausgedehnt und bereits rund 550.000 bayerische Melde-registerdaten abgerufen.“

Als weiteren Meilenstein unter der Ägide Schroths nannte Eck die Einführung eines zentralen elektronischen Personenstandsregisters in Bayern. Hierzu waren alle bayerischen Standesämter verpflichtet worden, ihre Personenstandsregister und Sicherungsregister an zentraler Stelle aufzubauen und dort in ihrem Auftrag betreiben zu lassen.

Die AKDB habe sich als erfahrener Dienstleister der Kommunen durchgesetzt und die Herausforderung professionell gemeistert. Zum Ende des ersten Halbjahres 2013 waren bereits alle rund 1.300 Standesämter angeschlossen und die Mitarbeiter entsprechend geschult. Eck: „Dass die AKDB für dieses Mammutprojekt der richtige Partner ist, zeigt auch, dass der Betrieb seit seinem ersten Tag grundsätzlich störungsfrei läuft.“

Innovative Neuerungen gab es auch im eGovernment-Bereich: Schon Mitte 2011 hat die Stadt Ingolstadt als Pilotkommune das Bürgerserviceportal der AKDB eingeführt. Der Staatssekretär: „Damals konnten die Ingolstädter zehn Verwaltungsvorgänge aus dem Einwohner- und Kfz-Wesen über das Internet von zu Hause aus erledigen. Zwischenzeitlich ist das Bürgerservice-Portal der AKDB eine zentrale eGovernment-Plattform für Kommunen, aktuell werden mehr als 70 verschiedene Online-Dienste für Kommunen angeboten und es haben sich bundesweit bereits mehr als 1.200 Kommunen in elf Bundesländern für das Bürgerservice-Portal entschieden.“ Die AKDB sei für die kommunale Seite seit jeher aber auch ein verlässlicher Partner für eine datenschutzkonforme und sichere Datenverarbeitung.

Mit Leib und Seele für die AKDB tätig

In seiner Laudatio für Alexander Schroth philosophierte Germerings Oberbürgermeister und Vorsitzender der AKDB-Hauptversammlung Andreas Haas über den besten Zeitpunkt aufzuhören: „Man soll gehen, wenn es am schönsten ist.“ Wann aber wäre dieser Moment für eine Person wie Schroth, die „mit Leib und Seele für die AKDB gearbeitet hat?“

In Anspielung auf Schroths wiederentdeckte Leidenschaft, das Surfen, meinte Haas: „Unermüdlich haben Sie sich dafür eingesetzt, dass aus dem kleinen AKDB-Team von einst ein großes wurde, mit dem sich auch

mächtige Wellen nehmen lassen und das selbst bei heftigem Gegenwind nicht die Segel streichen muss. Sie besitzen Ausdauer, Kraft und Disziplin. Einen einmal eingeschlagenen Kurs behalten Sie bei. Zugleich haben sie aber auch das sichere Gespür für neue Strömungen und unbekannte Gewässer und auch den Mut, notfalls waghalsige Halsen und Wenden zu fahren. Geübt in der Suche nach der perfekten Lösung, finden sie als Surfer problemlos den perfekten Wind, die perfekte Welle. Genau dies wünsche ich Ihnen für die Zukunft.“

Abgerundet wurden die offiziellen Festreden von Altöttings Landrat Erwin Schneider, der im Namen des AKDB-Verwaltungsrates Alexander Schroth verabschiedete und gleichzeitig den neuen Vorstand begrüßte.

Sportliche Einlage

Für eine besondere Einlage wurde Schroth, bekannt als passionierter Rennradfahrer, sportlich gefordert: Mit Projektpartnern und Wegbegleitern – darunter Klaus Holub, Präsident des Bundesverbands der Deutschen Standesbeamten und Standesbeamten e. V., Günter Heimrath, Geschäftsführender Direktor vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband und Referatsleiter Dr. Christian Bähr vom Bayerischen Finanzministerium – fuhr Schroth auf Rollentrainern jeweils kurze Etappen. Für jeden dabei erreichten Meter spende-

te die AKDB einen Euro an die Dr. von Haunersche Nachsorgeeinrichtung für Frühgeborene. So kamen insgesamt 5.200 Euro zusammen.

Der scheidende AKDB-Vorstand blickte auf einige Stationen seiner Laufbahn zurück und bedankte sich bei Weggefährten, Gremien, Mitarbeitern und Partnern für eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Auch in Zukunft bleibe die AKDB ein verlässlicher Partner der Kommunen sowie ein Garant für Kontinuität. Die Leitung der AKDB sieht Schroth in den Händen seiner Nachfolger bestens aufgehoben.

Diese ergriffen abschließend das Wort: „Die Grundlage für den Erfolg der AKDB haben die bisherigen Vorstandsvorsitzenden und Vorstandsmitglieder zusammen mit den engagierten Führungskräften und Mitarbeitern der AKDB geschaffen; sie haben es verstanden, die Marktposition auszubauen und die AKDB stets in stabilen Fahrwassern zu lenken. Darauf können wir als künftiger Vorstand aufbauen“, freute sich Rudolf Schleyer auf die neue Herausforderung. „Partnerschaft und Fairness, Dienstleistung und Qualität sowie Innovation und IT-Sicherheit werden weiterhin bestimmend für die Ausrichtung der AKDB sein.“

Neubesetzung des Vorstands

Schleyer ist bereits seit 2004 im AKDB-Vorstand tätig. Der gebürtige Straubinger hat nach dem Studium der Rechtswissenschaften an der Münchener Ludwig-Maximilians-Universität seine berufliche Laufbahn im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen begonnen.



Von links: Andreas Haas, Germerings Oberbürgermeister und Vorsitzender der AKDB-Hauptversammlung, der neue Vorstandsvorsitzende Rudolf Schleyer, sein Vorgänger Alexander Schroth, das neue Vorstandsmitglied Gudrun Aschenbrenner und Erwin Schneider, Landrat Altötting und stellvertretender Vorsitzender des AKDB-Verwaltungsrats.

1997 wechselte er in die Geschäftsstelle der CSU-Landtagsfraktion als Referent für Grundsatzfragen. Von 1999 bis 2004 war Schleyer Büroleiter des Vorsitzenden der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, Alois Glück, später Joachim Herrmann, zuletzt im Rang eines Ministerialrats. Seit Oktober 2004 war Schleyer als Mitglied des Vorstands bei der AKDB tätig.

Für Gudrun Aschenbrenner ist die Neubesetzung des AKDB-Vorstands auch ein Signal: „Veränderungsbereitschaft im IT-Umfeld ist wichtig und zwar von der Spitze des Unternehmens her. Diese Veränderungsbereitschaft wird auch den künftigen Alltag weiter begleiten. Denn ein innovatives Unternehmen wie die AKDB kann nur mit innovativer Führung und inno-

vativen Mitarbeitern erfolgreich sein“, zeigte sich Aschenbrenner überzeugt.

Seit Februar 2013 ist die Juristin Leiterin der AKDB-Abteilung Zentrale Services. 2001 trat sie in den Dienst des Freistaats Thüringen. Bis 2007 war Aschenbrenner in der Kommunalabteilung des Thüringer Landesverwaltungsamts, in der Abteilung Staats- und Verwaltungsrecht sowie in der Abteilung für zentrale Aufgaben des Thüringer Innenministeriums, in der Zentralabteilung des Thüringer Ministeriums für Bau und Verkehr sowie als Leiterin des Referats Personal im Thüringer Landesamt für Vermessung und Geoinformation tätig. Ab 2007 war Aschenbrenner Leiterin der Personalabteilung an der Universität Regensburg, ab 2009 zusätzlich in der Funktion der Vizekanzlerin. **DK**

Besser gleich auf Synergien setzen!

Kommunaler IT-Betrieb – sicher ist sicher.



Höchste Flexibilität für Ihre IT: Next Generation Outsourcing

Lassen Sie sich nicht mehr von Ihren Kernaufgaben abhalten: Wir übernehmen die Verantwortung für Ihren sicheren IT-Betrieb. Die Bausteine, die dazu nötig sind, wählen Sie selbst passgenau für Ihre Verwaltung aus: von SaaS über bereitgestellte sichere Systemumgebungen bis zum Erstellen der Backups und der Notfall- und Betriebshandbücher.

www.akdb.de

Jetzt die neuen IT-Services entdecken!

AKDB
Innovativ. Kraftvoll. Partnerschaftlich.

Praxisveranstaltung zur DSGVO

Was bedeutet die Datenschutz-Grundverordnung der EU für Kommunen in Bayern? Welche Hürden gilt es zu überwinden, welche Maßnahmen müssen ergriffen werden? Und was kann die AKDB für Sie tun? Die AKDB, die Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm und die rehm Datenschutz GmbH in Kooperation mit den Spitzenverbänden geben am 19. März im Verlagsgebäude des Süddeutschen Verlags in München Antworten.

Am 25. Mai 2018 ist es so weit: Europaweit kommt ein neues Datenschutzrecht zur Anwendung. Viele Kommunen fragen sich, was sie tun müssen, um mit den personenbezogenen Daten, die sie im Rahmen ihrer Zuständigkeiten verarbeiten, DSGVO-konform umzugehen. Und ob ihre internen Prozesse und Fachanwendungen in der Lage sind, die neuen Anforderungen überhaupt abzubilden.

Dr. Eugen Ehmann, Regierungsvizepräsident von Mittelfranken und Experte in Sachen Datenschutz und Datenverarbeitung, zeigt anhand eines Schnellchecks, welche Schritte Kommunen gehen sollten, um personenbezogene Daten korrekt zu bearbeiten. Gudrun Aschenbrenner, Vorstandsmitglied der AKDB, erklärt, welche Hilfestellung Sie von der AKDB erwarten können: von Schulungen über Dienstleistungen bis hin zur DSGVO-Ausrichtung der Anwendungsverfahren.

Die Agenda zur Veranstaltung gibt es unter www.akdb.de/fileadmin/akdb_neu/veranstaltungen/EU_Datenschutzreform_190318.pdf

Für alle AKDB-Kunden gelten Sonderpreise. Die Plätze sind begrenzt. **□**

Per Glasfaser in die Galaxis

M-net realisiert für das Wendelstein Observatorium den höchsten Glasfaser-Anschluss Deutschlands

M-net, der führende Glasfaseranbieter Bayerns, hat zum Jahreswechsel den höchsten Glasfaser-Geschäftskundenanschluss Deutschlands in Betrieb genommen: Für das Wendelstein Observatorium des Instituts für Astronomie und Astrophysik der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) wurde auf dem Berggipfel in 1.838 Metern Höhe ein M-net Connect 1 Gbit/s Highspeed-Glasfaseranschluss geschaltet. Damit verfügt die Sternwarte nun über ausreichend Bandbreite zur Übertragung ihrer großen Bilddaten. Die Anbindung wurde in Zusammenarbeit mit LEW TelNet, einem Tochterunternehmen der Lechwerke, als Infrastrukturpartner realisiert; Auftraggeber ist das Deutsche Forschungsnetz, das von der Wissenschaft selbst organisierte Kommunikationsnetz für Wissenschaft und Forschung in Deutschland.

Das Wendelstein Observatorium bietet Studenten die Möglichkeit, Geräte wie das 2-Meter-Fraunhofer-Spiegelteleskop vor Ort zu nutzen, und ist somit eine der wichtigsten Ausbildungsstätten in Deutschland. Hier werden Beobachtungen durchgeführt, die mit Langzeitbelichtungen und Mehrfachaufnahmen – teils über mehrere Stunden, teils über mehrere Nächte – erfolgen.

Viele Stunden werden zu wenigen Minuten

Dabei werden Bilddateien unterschiedlichster Größe gesammelt und in einer klaren Nacht Daten von durchschnittlich 80 GB produziert. Um auf astronomische Phänomene zeitnah reagieren zu können, gehört es außerdem zur Aufgabe der Beobachter, astronomische Vergleichsdaten zu recherchieren. Für all diese Anforderungen ist die LMU München auf eine sta-

bile und schnelle Datenautobahn bis zum Gipfel des Wendelsteins angewiesen.

Die gesammelten Daten können vor Ort nur begrenzt zw-



V. l.: Peter Sandgathe (M-net), Rudolf Gabler (Leibniz-Rechenzentrum), Dr. Ulrich Hopp (Direktor Observatorium), Hans Michel (M-net).
Bild: foto-al.de

schengespeichert und müssen möglichst schnell und zuverlässig zur weiteren Auswertung auf die Server der LMU München

übertragen werden. In der Vergangenheit nutzte das Observatorium eine instabile und wetteranfällige Richtfunkanbindung von ca. 70 Mbit/s Nutzbandbreite, die aber nicht ausreichte, um die umfangreichen Bilddaten aus dem All des 2-Meter-Teleskops zeitnah vom Wendelstein zur Universität zu übertragen. Bei längeren Ausfällen der Verbindung stießen die Zwischenspeichermöglichkeiten am Observatorium bisweilen auch an ihr Limit. Umso erfreulicher war der Leistungssprung, den M-net für die beteiligten Projektparteien über seine Glasfasertechno-

logie möglich machte: Der neue M-net Connect 1 Gbit/s Glasfaseranschluss konnte rechtzeitig zu Beginn des neuen Jahres 2018 erfolgreich in Betrieb genommen werden. Er bietet dem Observatorium nun mit seinen symmetrischen 1 Gbit/s im Up- sowie Download ausreichend Bandbreite zur Übertragung der großen Bilddaten aus dem Welt- raum. Ein großer Vorteil ist, dass die fest verlegte Glasfaserleitung viel zuverlässiger arbeitet als die Richtfunkanbindung. Vor allem aber konnte die Übertragungszeit der Daten aus einer Nacht im Vergleich zum vorherigen Anschluss von teils mehreren Stunden auf nur zehn Minuten verkürzt werden.

Die neue Glasfaserleitung wurde im Auftrag von M-net durch den regionalen Daten-netzbetreiber LEW TelNet verlegt. Auf dem Weg vom Tal bis zur Bergstation verläuft das Kabel entlang der Gleise der Wendelsteinbahn, von dort aus geht es aber nochmal rund 150 Meter weiter nach oben zum Observatorium. Auf diesem letzten Stück wurde die Leitung durch den Fußgängertunnel verlegt, durch den die Mitarbei-

ter und Besucher die Sternwarte erreichen.

Glasfaseranschlüsse von M-net: Keine Hürde zu hoch

„M-net hat es sich zur Aufgabe gemacht, sowohl Privat- als auch Geschäftskunden mit der modernen und leistungsfähigen Glasfasertechnologie auszustatten. Gemeinsam mit unseren starken Infrastrukturpartnern, wie in diesem Fall LEW TelNet,

ist uns auch ein Anschluss auf dem 1.838 Meter hohen Gipfel des Wendelsteins nicht zu hoch“, sagt Dorit Bode, die Sprecherin der M-net Geschäftsführung.

Das Glasfaserinternet bietet hohe sowie stabile Bandbreiten und ist besonders für die Nutzung von datenintensiven Anwendungen geeignet. Die Vorteile dieser Art des Datentransfers liegen hauptsächlich in der geringen Signaldämpfung und der großen Entfernung, die Da-

ten in Form von Lichtsignalen zurücklegen können. Zudem erweist sich die Glasfaser als unempfindlich gegenüber elektromagnetischen Störungen, wie sie beispielsweise von technischen Geräten oder Gewittern erzeugt werden. Die Glasfaser-Technologie gilt daher als absolut zukunftssicher, weniger störanfällig und ist ein Garant für die Bereitstellung der kompletten Bandbreite, die der Kunde beim Anbieter einkauft. □

WhatsApp vom Rathaus:

Kommunales Marketing via Messenger

Kommunikationsverantwortliche in Städten und Gemeinden stehen heute vor einer Vielzahl von Aufgaben. Sie müssen nicht nur dem gestiegenen Transparenz- und Informationsbedürfnissen der Bürger nachkommen, sondern im Rahmen der kommunalen Öffentlichkeitsarbeit über aktuelle Entscheidungen berichten, Veranstaltungshinweise geben und nicht zuletzt: Werbung für Tourismus und den heimischen Wirtschaftsstandort betreiben. Immer mehr Kommunen setzen dabei erfolgreich auf Messenger wie WhatsApp, Facebook Messenger und Co..

„Eine zunehmende Anzahl unserer Bürger ist heute online präsent. Wir möchten daher einerseits mit gezielt verteilten Meldungen die Bürger zeitnah über aktuelle Ereignisse informieren“, sagt Ludwig Wahl, Bürgermeister der Gemeinde Röttenbach. „Andererseits besteht auch zunehmend der Wunsch, Behördenangelegenheiten online zu erledigen.“

Eigener Gemeinde-WhatsApp-Kanal

Röttenbach ist eine Gemeinde im mittelfränkischen Landkreis Erlangen-Höchststadt mit rund 5.000 Einwohnern. 2017 hat die Gemeinde eine neue Homepage aufgesetzt: Gleich zu Beginn begrüßen den Besucher der Webseite Live-Bilder aus Röttenbach, die interessantesten Neuigkeiten finden sich direkt darunter. Auch die Teilnahme an Online-Petitionen, das Mitwirken an Bürger-Beteiligungsverfahren oder das einfache Melden von Schäden ist möglich. Das Online-Angebot der Gemeinde wird seit wenigen Monaten durch den WhatsApp-Newsletter der Gemeinde ergänzt.

Hohe Resonanz: WhatsApp für Umfragen und Abstimmungen

„Die Gemeinde hat in den vergangenen Monaten Umfragen zu Themen aus der Gemeinde gestartet. Dabei waren Antworten per Papier aus einem Abschnitt im Mitteilungsblatt oder online Abstimmungen möglich. Dabei zeigte sich, dass am Tag der Mitteilung über WhatsApp bereits ca. 30 Prozent der Abstimmungen erfolgt sind“, so

Bürgermeister Wahl. „Der größte Teil der Abstimmungen, ungefähr 85 Prozent, erfolgt online über einen Link auf der Homepage. Damit erreichen wir einen Bekanntheitsgrad der Homepage, der anders nie erzielt werden kann.“

Einer der Gründe für den Erfolg von Messengern als Medium der kommunalen Öffentlichkeitsarbeit: Die Nutzerschaft von Messaging Apps wie WhatsApp, Facebook Messenger, Telegram und Co. wächst kontinuierlich – in allen Altersklassen.

55 Prozent nutzen WhatsApp täglich

„Rund 55 Prozent der Bundesbürger nutzen täglich WhatsApp“, sagt Marketingexperte Matthias Mehner. Mehner ist Vice President Strategy and Innovation bei WhatsApp Broadcast, einem weltweit führenden Anbieter von Messenger-Services. Zu den Kunden von WhatsApp Broadcast gehören neben der Gemeinde Röttenbach internationale Konzerne ebenso wie Mittelständler, Verbände, Sportvereine und Parteien. So verkündete der SPD-Parteivorstand den erfolgreichen Abschluss der Koalitionsverhandlungen zuerst via WhatsApp. Die Nachricht brach-

te es sogar bis in die „tageschau“.

Augsburg, Wien, Stuttgart, Rügen

Nicht nur Gemeinden wie Röttenbach, sondern auch größere Städte und Kommunen verwenden zunehmend Messenger Dienste, um mit ihrer Zielgruppe in Dialog zu treten (siehe Kasten „Nachrichten aus dem Rathaus“). Neben Augsburg, Stuttgart und Wien setzen auch die Insel Rügen oder das Bürgerportal Bergisch-Gladbach auf WhatsApp, Facebook Messenger und Co., um mit Bürgern und Touristen schnell und direkt zu kommunizieren. WhatsApp-Broadcast-Experte Matthias Mehner: „Bis zu 90 Prozent der Nachrichten, die eine Stadt oder Kommune verschickt, werden von den Empfängern innerhalb von 15 Minuten gelesen.“

Höhere Akzeptanz kommunalpolitischer Entscheidungen

Bürgermeister Wahl vertraut zudem auf das demokratische Potenzial von Messengern. „Mit der Bürgerbeteiligung können wir dem Gemeinderat anhand des Umfrageergebnisses den Wunsch der Bürger aufzeigen und dadurch eine Entscheidung erleichtern. Über die Onlinepetition können unsere Bürgerinnen und Bürger Ideen und Vorschläge direkt zur Abstimmung stellen. Wir glauben, damit eine höhere Akzeptanz für getroffene Entscheidungen zu erreichen.“ □



„Nachricht aus dem Rathaus“

Anwendungsbeispiele: Messenger in der kommunalen Öffentlichkeitsarbeit

- Die Baden-Württembergische Landeshauptstadt Stuttgart setzt auf WhatsApp, um ihre Bürger bei Feinstaubalarm zeitnah und direkt zu informieren.
- Die Stadt Augsburg nutzt WhatsApp für einen täglichen Newsletter mit den wichtigsten Nachrichten aus der Stadtverwaltung. Dabei handelt es sich um Bekanntmachungen der Stadt, aktuelle Informationen zur Veranstaltungen oder die wichtigsten Kultur-News. Das Feedback der Bürger ist via Chat möglich.
- Die Stadt Wien nutzt WhatsApp für das Stadtmarketing-Projekt „1000 things to do in Vienna“ in Form eines täglichen Newsletters, der Veranstaltungshinweise, Restaurantempfehlungen und Tipps und Fakt des Tages liefert.
- Mit RügenZeit gibt die Ostseeinsel Rügen im Newsletter jeden Morgen verschiedenste Tipps für Veranstaltungen und Unternehmungen. Der Service richtet sich dabei an die unterschiedlichsten Zielgruppen, mit Bildern gestaltete Newsletter geben Veranstaltungshinweise für Einwohner und Interessierte, Ausflugstipps mit kleinen Geschichten rund um die Insel für Urlauber, aber auch Veranstaltungsprogramme für Kinder auf der Insel werden bekannt gemacht.
- Das Bürgerportal Bergisch Gladbach nutzt

WhatsApp als Nachrichten- und Infoservice der Gemeinde. Dabei erhalten interessierte Bürger tägliche Newsletter aus unterschiedlichen Kategorien. Unter anderem können diese eine Zusammenfassung der regionalen Presse-schau, „Blaulicht Eilmeldungen“ und Verkehrsmeldungen oder die Jugendlinien „Jung in GL“ enthalten. Auch hier ist Feedback der Bürger via Chat möglich und willkommen.

- Die Schweizer Gemeinde Saas-Fee nutzt WhatsApp für tägliche Push-Nachrichten durch die Verwaltung. Das beinhaltet die Bekanntmachung von Baugesuchen, Updates zur Müllabfuhr oder Veranstaltungshinweise. Das Feedback der Bürger ist via Chat möglich und willkommen.
- Das Bistum Essen, jüngstes unter deutschlandweit 27 Bistümern, ist zuständig für das Ruhrgebiet und Teile des Sauerlands. Um der immer pluralistischer werdenden Gesellschaft zeitgemäß zu begegnen, geht das Bistum neue Wege in seiner Kommunikationsarbeit – beispielsweise seit einigen Jahren mit besonderen Aktionen auf WhatsApp. Nach Oster- und Weihnachtsgeschichten auf WhatsApp stellt das Bistum Essen dieses Jahr den Nikolaus vor: Rund 30 WhatsApp Nachrichten direkt vom Nikolaus ließen mehrere hundert Nutzer an den Vorbereitungen zum Festtag teilhaben. □

M

ein neuer Heimvorteil

Auch auf dem Land mit Highspeed im Internet unterwegs.

breitbandausbau@m-net.de

Schwabmünchner Betriebe schalten Breitbandturbo ein

LEW TelNet und smart-DSL setzten Projekt gemeinsam um

Die Unternehmen und Betriebe in den Gewerbegebieten Nord, Ost und Süd in Schwabmünchen können ab sofort einen leistungsstarken und zukunftssicheren Zugang zum Internet nutzen. Vor Ort bei der Schreinerei Lehle nahm Bürgermeister Lorenz Müller gemeinsam mit Dr. Markus Litpher, Vorstandsmitglied der Lechwerke AG (LEW), LEW TelNet Geschäftsführer Johannes Stepperger und Martin Naber, Geschäftsführer der smart-DSL GmbH (die inzwischen ein Unternehmen der inxio-Gruppe ist), das neue Glasfasernetz für die drei Gewerbegebiete offiziell in Betrieb.

Die Schreinerei Lehle nutzt dort als einer der ersten einen direkten Glasfaseranschluss. Darüber freut sich Firmeninhaber Christof Lehle: „Insbesondere in den Bereichen Arbeitsvorbereitung und Verkauf arbeiten wir mit externen Datenbanken, hier sind wir auf schnelles Internet angewiesen. Der größte Vorteil für uns als Familienbetrieb ist jedoch die Familienfreundlichkeit und die Vereinbarkeit von Familie und Arbeit. Durch direkte Glasfaseranbindung können nun vernünftige Remote-Lösungen für Home-Office-Plätze – auch im

mals um 1,9 Kilometer verlängert.

Rund 1.500 Haushalte werden versorgt

Im Rahmen eines früheren Breitbandprojekts hatte LEW TelNet im Stadtgebiet Schwabmünchen bereits ein leistungsfähiges Breitbandnetz aufgebaut. Seit Januar 2016 versorgt smart-DSL über diese Infrastruktur rund 1.500 Haushalte der Stadt mit schnellem Internet. Durch die aktuelle Erweiterung des Schwabmünchner Glasfasernetzes verfügen nun auch



Per Glasfaser ins Internet: Vor Ort bei der Schreinerei Lehle nahmen Dr. Markus Litpher, Vorstandsmitglied der Lechwerke AG (LEW), Christof Lehle, Bürgermeister Lorenz Müller, gemeinsam mit LEW TelNet Geschäftsführer Johannes Stepperger und Martin Naber, Geschäftsführer der smart-DSL GmbH, das neue Glasfasernetz offiziell in Betrieb.

Bild: LEW/Bleier

CAD-Bereich – angeboten werden.“

Glasfaserdirektanschlüsse

Die Telekommunikationsunternehmen LEW TelNet, ein Tochterunternehmen der Lechwerke, und smart-DSL, mit seinem Geschäftsbereich smartONE, haben den Breitbandausbau in Schwabmünchen gemeinsam umgesetzt. Die Gewerbegebiete Ost und Süd hat LEW TelNet über Glasfaser direkt bis in jedes Gebäude vernetzt und so an die aktive Technik von smartONE angebunden. Die an den mehr als 30 Gewerbegrundstücken ansässigen Firmen profitieren so von Glasfaserdirektanschlüssen mit einer zukunftssicheren Bandbreite von bis zu 200 Mbit/s und mehr.

Gewerbegebiet Nord

Im Gewerbegebiet Nord verlegte LEW TelNet Glasfaser bis zu einer neuen Mini-Vermittlungsstelle von smart-DSL, die ihrerseits den Kabelverzweiger des bestehenden Telefonnetzes an das neue Hochgeschwindigkeitsdatennetz anbindet. Die rund 60 Unternehmen können mit dieser Ausbaulösung leistungsfähige smartONE-Internetanschlüsse mit aktuell bis zu 60 Mbit/s nutzen. Das Ausbauprojekt wurde von LEW TelNet und smart-DSL mit Unterstützung des laufenden bayerischen Breitbandförderprogramms und der Stadt Schwabmünchen finanziert.

Verlängertes Netz

Als Grundlage für die neue Breitbandinfrastruktur hat LEW TelNet ihr bisheriges Glasfasernetz in Schwabmünchen noch-

die drei Gewerbegebiete Nord, Ost und Süd über zukunftssichere Anbindungen für digitale Dienste.

Stärkung des Wirtschaftsstandorts

„Das neue Glasfasernetz stärkt den Wirtschaftsstandort Schwabmünchen: Durch die Erweiterung unserer Breitbandinfrastruktur können die dort ansässigen Unternehmen ab sofort die Chancen der Digitalisierung in vollem Umfang nutzen“, sagte Lorenz Müller, Erster Bürgermeister der Stadt Schwabmünchen.

Zukunftssichere Lösung

„Wir sind auf dem Weg in die Gigabit-Gesellschaft. Stabile und leistungsstarke Breitbandanschlüsse sind für Unternehmen und Betriebe deshalb unverzichtbar. Ein Kommunikationsnetz auf Basis von Glasfaser ist hier die zukunftssichere Lösung“, betonte LEW-Vorstandsmitglied Dr. Markus Litpher. „So treiben wir den Ausbau der Breitbandnetze in der Region weiter voran.“

Verlässliche Anschlüsse

smart-DSL Geschäftsführer Martin Naber erklärte: „Über das neue Breitbandnetz bieten wir den angeschlossenen Teilnehmern sehr verlässliche Internetanschlüsse ohne Mindestvertragslaufzeit. smartONE Kunden profitieren dabei nicht nur von einer echten Flatrate für Internet und Telefonie zum Festpreis – ohne Volumen oder Zeitbeschränkungen – sondern auch von der Flexibilität, jeweils zum Monatswechsel in einen passenden Tarif wechseln zu können.“

Verwaltung und öffentlicher Raum:

Digitalisierungsstrategie für Bayern

Bayern will die Digitalisierung der Verwaltung vorantreiben. In der „Verwaltung der Zukunft“ sollen laut Finanzminister Markus Söder mehr Behördendienste digital zu erledigen sein. Söder: „Unser Ziel ist ein Rathaus, das rund um die Uhr erreichbar ist – von zu Hause aus und mobil. Das bereits 2015 eingeführte „Bayern Portal“ soll die Grundlage bilden. Rund 1.700 der 2.056 bayerischen Kommunen haben dieses Angebot bereits wahrgenommen. Söder sagte, das Ziel sei nun, die digitalen Verwaltungsprozesse in den Kommunen zu optimieren.

Zusätzlich will der Freistaat den öffentlichen Internetzugang in den bayerischen Kommunen ausbauen. Im Rahmen eines kommunalen Förderprogramms sollen bayernweit 20.000 „Bayern-WLAN“-Hotspots bis zum Jahr 2020 eingerichtet werden. 10.800 gebe es bereits in rund 750 Kommunen. Darüber hinaus sollen in Schulen, Universitäten und Krankenhäusern 20.000 weitere Hotspots eingerichtet werden. Mit einem zusätzlichen Unterstützungsprogramm für alle Landkreise und kreisfreien Städte sowie einem Förderprogramm für Regionalzüge und S-Bahnen soll der öffentliche Nahverkehr auch mit BayernWLAN ausgerüstet werden. Das BayernWLAN ist kostenfrei, rund um die Uhr und ohne Begrenzung verfügbar. Es sind keine Passwörter und keine Anmeldedaten erforderlich, eine Registrierung ist nicht nötig und der Jugendschutz ist durch Filter garantiert.

Der Countdown zur DSGVO läuft:

So starten Unternehmen sicher in 2018

Das Jahr 2018 markiert einen Neuanfang für die Datensicherheit. Grund dafür ist die EU-weite Datenschutzgrundverordnung DSGVO, die am 25. Mai 2018 in Kraft treten wird. Sie übernimmt die Aufgaben der EU-Datenschutzrichtlinie, die im Jahr 1995, also vor mehr als 20 Jahren, ins Leben gerufen worden war.

Diese Richtlinie 95/46/EG regelte den EU-weiten Umgang mit personenbezogenen Daten. Sie bestimmte bereits, dass grundsätzlich keine sensiblen persönlichen Daten gesammelt oder verarbeitet werden dürfen es sei denn, die betroffene Person stimmt deren Verwendung ausdrücklich zu. Mit der DSGVO werden diese Regelungen entscheidend erweitert und ergänzt. Verstöße werden mit enormen finanziellen Strafen geahndet. „Die DSGVO tritt mit allen Konsequenzen Ende Mai 2018 in Kraft. Unternehmen bleiben also nur noch wenige Wochen, um den neuen Anforderungen entsprechen zu können“, warnt Detlef Schmuck, Geschäftsführer der TeamDrive Systems GmbH.

Datensicherheit liegt künftig auf allen Schultern

Mit den neuen Regelungen der DSGVO ändern sich verglichen zur Richtlinie 95/46/EG gleich mehrere Punkte. So sind beispielsweise die Vorschriften direkt EU-weit verbindlich. Die bisherige Richtlinie musste noch auf die jeweilige nationale Gesetzgebung angepasst werden. Doch nicht nur formell, auch inhaltlich sind Änderungen vorgesehen, die technischen Weiterentwicklungen Rechnung tragen sollen.

„Mit der DSGVO wird die Verantwortung für den Datenschutz auf mehrere Schultern verteilt. Unternehmen müssen beispielsweise einen Datenschutzbeauftragten verpflichten, anstatt Verantwortung etwa an Dienstleister abzuschieben. Dazu wurde der Bußgeldrahmen bis hin zu 20 Millionen Euro erhöht. Diese Bußgelder werden etwa fällig, wenn Datenlecks nicht rechtzeitig an die zuständige Aufsichtsbehörde gemeldet werden“, erläutert Schmuck. Auf diese Art soll eine klare Struktur der Datensicherung entstehen, die sich neben dem unternehmenseigenen Personal auch auf Dienstleister und Lieferanten erstreckt. Unkontrollierter Datenwildwuchs wird damit vermieden, wodurch die Sicherheit personenbezogener Daten entscheidend gestärkt wird.

Unternehmen, die testen möchten, ob ihre bisherigen Maßnahmen zum Schutz persönli-

cher Daten alle Vorschriften und Herausforderungen bereits erfüllen, oder ob hier noch Nacharbeit erforderlich ist, können unter info@teamdrive.com einen Beratungstermin für einen Quick-Check vereinbaren.

Inbetriebnahme:

Zentrale Stelle für Hauskoordinaten, Hausumringe und 3D-Gebäudemodelle

Mit dem Jahreswechsel 2017/18 ging der Betrieb der „Zentralen Stelle Hauskoordinaten und Hausumringe“ (ZSHH) von der Bezirksregierung Köln an das Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung (LDBV) über. Ausgewählte Folgeprodukte auf der Grundlage des Liegenschaftskatasters sind nun dort deutschlandweit in einheitlichen Formaten und zu einheitlichen Lizenzbedingungen erhältlich.

Bei der ZSHH am LDBV können für ganz Deutschland Amtliche Hauskoordinaten (HK-DE), Hausumringe (HU-DE) und 3D-Gebäudedaten im Level of Detail 1 (LoD1-DE) bezogen werden. Sobald Kunden länderübergreifend einen dieser Datenbestände beziehen möchten, steht die ZSHH als Ansprechpartner zur Verfügung.

Die Amtlichen Hauskoordinaten sind für viele Anwendungen von erheblicher Bedeutung, beispielsweise für die Fahrzeug- und Fußgänger-Navigation, für das Geomarketing (Geocodierung, Marktanalysen, Fachdatenkombination), Interdienste und Apps (z.B. zur Adressnavigation) oder für Verlage zur Zustelloptimierung und Auftragsplanung. Durch die Anreicherung von postalischen Informationen durch die Deutsche Post Direkt GmbH (z.B. Postleitzahlen), enthalten die Hauskoordinaten zusätzliche wertvolle Attribute.

Die Amtlichen Hausumringe eignen sich unter anderem als hochwertige Ergänzung von Navigationsdaten und amtlichen Geobasisdaten, für eine einfach zu interpretierende Stadtplanoptik, als Grundlage zur Ableitung von Folgeprodukten (z.B. Grundrissflächen oder Versiegelungsgrade) oder als Basis für 3D-Visualisierungen.

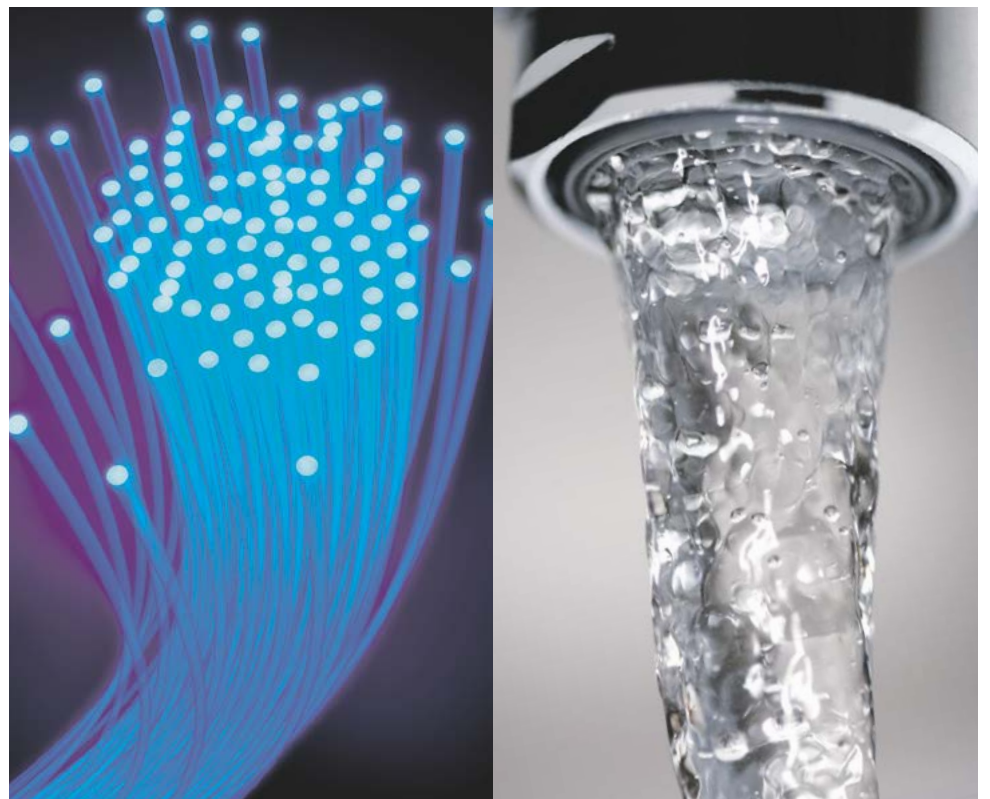
Die Amtlichen 3D-Gebäudedaten stellen beispielsweise eine Grundlage für präzise 3D-Stadtmodelle und –Visualisierungen

dar. Sie können zudem als Basis für Lärmwirkungsstudien verwendet werden. Außerdem ermöglicht eine Verschneidung mit weiteren Daten/Informationen die Ableitung einer Vielzahl von Folgeprodukten (z.B. Gebäudevolumen, Gebäudetyp, Geschossanzahl). Voraussichtlich ab Mitte 2019 werden auch 3D-Gebäudemodelle im Level of Detail 2 (LoD2-DE) zur Lizenzierung bereitstehen.

Aktualisierte Datenbestände

Um die hohen Anforderungen von Kundenseite an deutschlandweit einheitliche, vollständige, aktuelle und qualitativ hochwertige Datenbestände zu erfüllen, führt die ZSHH jährlich aktualisierte Datenbestände aller 16 Bundesländer auf der Grundlage einheitlicher Datenformatbeschreibungen zusammen.

Vor der Bereitstellung an die Kunden durchlaufen diese Daten Qualitätssicherungsprozesse, die kontinuierlich optimiert und weiterentwickelt werden. Erst danach werden die Daten den Kunden zu einheitlichen Lizenz- und Gebührenmodellen bereitgestellt. Jede Lizenzierung erfolgt dabei auf der Grundlage der aktuellsten Version der Gebührenrichtlinie und der Musterlizenzvereinbarungen der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen (Adv).



WIR FÖRDERN GLAS UND KLAR

Bayerns Kommunen stehen vor großen Herausforderungen. Als Förderbank für Bayern finanzieren wir Investitionen in den Ausbau der Breitbandtechnologie genauso wie klassische kommunale Projekte. Gerne beraten wir Sie, wie Sie mit unseren zinsgünstigen Darlehen Ihre Region fit für die Zukunft machen. Tel. 0800 - 21 24 24 0

www.lfa.de

LfA FÖRDERBANK BAYERN
Beratung. Finanzierung. Erfolg.

Deutscher Landkreistag:

Für wirksamen E-Government-TÜV

Das DLT-Präsidium hat einen schnelleren Ausbau der digitalen Verwaltung beschlossen. Aus Sicht von Vizepräsident Landrat Joachim Walter „hat Deutschland bei der Digitalisierung teilweise noch erheblichen Nachholbedarf“. Es bedürfe konsequenter Anstrengungen und passender Rahmenbedingungen.

„Die Digitale Verwaltung muss endlich konsequent von den Bürgern und der Wirtschaft her gedacht werden“ heißt es im DLT-Beschluss. Die Nutzungshürden seien vielfach zu hoch: So können auch sechs Jahre nach Einführung des neuen Personalausweises nur 4 % der Internetnutzer diesen vollumfänglich mit allen Funktionen nutzen. Benötigt würden Lösungen, die mit geringen Einstiegshürden für die breite Bevölkerung nutzbar sind. Elektronische Identifizierung und Signatur müssten deshalb mittels mobiler Endgeräte (Smartphones) nutzbar sein. Bayern habe jüngst als erstes Bundesland das im Rahmen der elektronischen Steuererklärung millionenfach bewährte Authentifizierungsverfahren als Grundlage für einen neuen Schriftformersatz zugelassen.

Der Deutsche Landkreistag erwartet, dass auch der Bund Lösungen aufzeigt, wie beispielsweise eine mobile Nutzung des neuen Personalausweises oder die im Rahmen der elektronischen Steuererklärung ausgegebenen Zertifikate allgemein und flächendeckend für E-Government-Anwendungen genutzt werden können.

Um Bürger und Unternehmen zu entlasten, müsse es endlich möglich werden, bei der öffentlichen Hand einmal vorhandene Daten flächendeckend nutzen zu können. So können Angaben in Anträgen und Anzeigen vorausgefüllt und ständige Neueingaben und Wiederholungen vermieden werden. Zudem sei in bestimmten Verfahren wie dem Kindergeld ganz auf eine Antragstellung zu verzichten. Dazu muss aus Sicht des Kommunalverbandes zum einen das Datenschutzrecht einen solchen Austausch zwischen den Verwaltungen von Bund, Ländern und Kommunen ermöglichen, zum anderen müssten die bestehenden Register beispielsweise im Melde- und Personenstandswesen, bei der Finanzverwaltung, im Ausländerrecht wie im Wirtschafts- und Handelsrecht für berechnete Zugriffe der jeweiligen (Fach-)Verwaltungen geöffnet werden.

„Nur so lässt sich, wie z. B. in Österreich, ein ‚Once-Only‘-Prinzip umsetzen, nachdem die Behörden verpflichtet sind, auf vorhandene Daten des Betroffenen aus elektronischen Registern zurückzugreifen.“ Nicht mehr der Bürger oder das Unternehmen müsse bestimmte Daten (Geburtsurkunden, Meldenachweise oder Handelsregistereinträge) vorlegen, son-

dern die Behörde frage diese direkt bei einem elektronischen Register ab. „Wir erwarten, dass der Bund rechtliche und technische Voraussetzungen für das ‚Once-Only‘-Prinzip schafft“, so der Landkreistag.

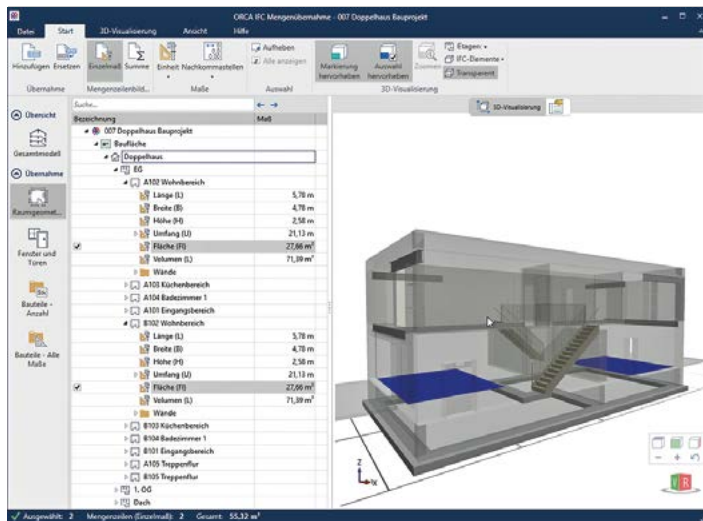
Mit dem Onlinezugangsgesetz hat der Bund nach Auffassung des DLT weitreichende Befugnisse erlangt, die auf die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen durch die Vorgabe einheitlicher Anwendungen, Standards und IT-Sicherheitsanforderungen einzuwirken vermögen. Bürger- und Wirtschaftsnähe sowie kommunale Selbstverwaltung dürften dabei nicht auf der Strecke bleiben. Die Kommunen seien und blieben erste Anlaufstelle für Bürger und Unternehmen. Die Eigenständigkeit kommunaler Portale müsse daher zwingend gewahrt bleiben.

Erwartet wird, „dass der Bund mögliche Verpflichtungen auf das für den Portalverbund wie auch den Einsatz von sog. Nutzerkonten auf das unbedingt erforderliche Mindestmaß beschränkt. Sofern die Verpflichtungen und Standards auch die Kommunen betreffen, müssen die daraus resultierenden Kosten ausgeglichen werden.“

Portale, so der Deutsche Landkreistag, entfalten ihre volle Wirksamkeit oftmals erst durch die Anbindung an die jeweiligen Fachverfahren. Alleine ermöglichten sie keine durchgängige Medienbruchfreie Abwicklung von Verwaltungsverfahren. Dazu bedürfe es einer Verknüpfung mit den auf kommunaler Ebene eingesetzten Fachverfahren.

Zahllose Schriftformerfordernisse im Verwaltungsrecht, insbesondere des Bundes, behindern laut DLT E-Government. Begrüßt werden daher die bisherigen Initiativen, diese Schriftformerfordernisse abzubauen. „Damit allerdings nicht neue Hürden aufgebaut werden, fordern wir einen wirksamen ‚E-Government-TÜV‘. Dieser muss rechtliche Hindernisse für die digitale Verwaltung von vornherein verhindern und dafür sorgen, dass neue Rechtsvorschriften konsequent E-Government-konform ausgestaltet werden.“

Plädiert wird dafür, die Einstiegs- und Nutzungshürden für Bürger und Unternehmen spürbar abzubauen. Eine solche Rolle könnte bei entsprechender Anpassung seines Auftrages auch der Nationale Normenkontrollrat übernehmen, so das DLT-Präsidium. **DK**



lfc-Raumgeometrie.

Mit ORCA AVA 22 bereit für die zunehmende Digitalisierung

Ob bei der Kommunikation, dem Datenaustausch oder bei Planungsprozessen – die Digitalisierung ist auch im Bauwesen auf dem Vormarsch. ORCA AVA, das Komplettsystem zur Ausschreibung, Vergabe, Abrechnung und Kostenmanagement, bietet alle Funktionen, um an diesen Prozessen teilzunehmen.

Die Grundlage für fachübergreifende Zusammenarbeit und elektronische Kommunikation ist der korrekte Datenaustausch. Als gängiges und von allen akzeptiertes Format hat sich inzwischen GAEB etabliert. Im Laufe der Jahre wurden verschiedene GAEB-Formate entwickelt. Zum korrekten Datenaustausch ist eine einheitliche LV-Struktur erforderlich, die über die Ordnungszahl-Maske (kurz OZ-Maske) definiert wird. Sie bestimmt die Gliederungsstruktur und den Aufbau der Leistungsverzeichnisse und Angebote.

In ORCA AVA ermittelt ein Gliederungs-Assistent die jeweiligen Einstellungen, z.B. für die e-Vergabe oder die Mengenermittlung nach REB DA 11. Dies kann für das gesamte Projekt oder auch für einzelne Leistungsverzeichnisse geschehen. In den fertigen Leistungsverzeichnissen kann überprüft werden, ob die gewählten Einstellungen eingehalten wurden. Abweichungen werden in einem Prüfprotokoll ausgewiesen, in dem Tooltips die Art des Fehlers erläutern und detaillierte Hilfestellung zur Korrektur geben.

Stets nachvollziehbarer Schriftverkehr direkt in ORCA AVA

Den begleitenden Schriftverkehr kann der Anwender direkt komplett im Projekt abwickeln und dokumentieren. Der Texteditor in ORCA AVA orientiert sich in Funktionsweise und Darstellung an den gängigen Windows-Texteditoren und ist damit intuitiv und komfortabel zu bedienen. Zusätzlich können bei der Erstellung von Doku-

menten Daten aus den verschiedenen Projekttabellen integriert werden, Textfelder als Platzhalter fungieren und Grafiken, Tabellen und Hyperlinks eingefügt werden. Damit ist auch die Darstellung des eigenen Corporate Design möglich.

Mithilfe der Serienbriefeffunktionen lassen sich Dokumente auch für eine größere Anzahl von Adressaten schnell und komfortabel erstellen und versenden. Immer wieder verwendete Dokumente, wie z.B. die Angebotsaufforderung, kann der Anwender als Dokumentvorlagen in einer projektübergreifenden Bibliothek anlegen.

3D-Visualisierung für IFC-Daten

Mit der ORCA IFC Mengenübernahme können Daten aus allen Anwendungen übernommen werden, die IFC-Dateien erzeugen können, z.B. CAD Programme. Damit ist die Grundlage gelegt für die Teilnahme an der Planungsmethode Building Information Modeling (BIM). In ORCA AVA 22 sind die IFC-Daten mit einer dreidimensionalen Darstellung und kontextbezogenen Übernahmetabellen verknüpft. Die 3D-Visualisierung zeigt das Projekt als grafisches dreidimensionales Konstruktionsmodell zur einfachen räumlichen Zuordnung und Orientierung. Die 3D-Visualisierung ist mit den Übernahmetabellen verknüpft, so dass eine Markierung im Modell schnell und einfach zum zugehörigen Eintrag führt. Auch der umgekehrte Weg ist möglich. In den Übernahmetabellen sind die IFC-Daten nach unterschiedlichen Ordnungskriterien sortiert.

Raumgeometrie ist eine räumlich-/geschoss-orientierte Darstellung mit allen raumgeometrischen Maßen wie Fläche, Umfang, Höhe und Volumen. Alle im Projekt enthaltenen Fenster- und Türtypen werden in einer eigenen Übernahmetabelle gelistet. In weiteren Übernahmetabellen sind alle Bauteile entsprechend der IFC-Systematik gruppiert, z.B. Balken, Fundamente oder Treppen. In allen Übernahmetabellen können die Anzeigen individuell konfiguriert werden, um die aktuell benötigten Daten in den Fokus zu stellen. Dabei unterstützt zusätzlich eine umfangreiche Suche.

Fazit: ORCA AVA ist ein solides Werkzeug für alle AVA-Prozesse. Entsprechend dem Fortschritt in Technik und Gesetzgebung wird das Programm ständig weiterentwickelt. ORCA AVA wird in Kommunen und städtischen Einrichtungen wie z.B. Bauhof oder Stadtwerke eingesetzt und kann gemäß der EVB IT erworben werden. **□**

Breitbandmessung der Bundesnetzagentur:

Luft nach oben

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: In ihrem Jahresbericht zur Breitbandmessung weist die Bundesnetzagentur darauf hin, dass die vertraglich vereinbarten Datenraten von Breitbandanbietern meist nicht eingehalten werden. Dem Bericht zufolge erhielten nur 71,6 Prozent der Nutzer mindestens die Hälfte der vertraglich vereinbarten maximalen Datenübertragungsrate im Festnetz. Nur bei zwölf Prozent der Nutzer wurde diese voll erreicht oder überschritten. Im Zeitraum vom 1. Oktober 2016 bis zum 30. September 2017 hatte die Bundesnetzagentur annähernd 440.000 Messungen ausgewertet.

In den einzelnen Bandbreiteklassen fielen die einzelnen Bandbreiteklassen wieder recht unterschiedlich aus. Während 23,3 Prozent der Anschlüsse mit mehr als 200 Mbit/s die zugesicherte Geschwindigkeit erreichten, war dies nur bei 4,6 Prozent der Anschlüsse mit 8 bis 18 Mbit/s der Fall. Im Vergleich der Ergebnisse zwischen den Bundesländern zeigte sich, dass vor allem Stadtstaaten in bestimmten Bandbreiteklassen deutlich bessere Ergebnisse vorweisen.

Erhebliche Schwankungen lassen sich auch im Tagesverlauf feststellen. Dies ist insbesondere bei schnellen Breitbandanschlüssen mit mehr als 100 Mbit/s der Fall. Hier sank die Übertragungsrate in den Abendstunden um nahezu 40 Prozent gegenüber den Werten am Morgen. Die ermittelte Kundenzufriedenheit lag dennoch bei 64,2 Prozent.

Im Upload lag das generelle Niveau des prozentualen Verhältnisses von ermittelter zu vertraglich vereinbarter maximaler Datenübertragungsrate wieder über dem entsprechenden Niveau im Download.

Bei mobilen Breitbandanschlüssen lag das generelle Niveau auch im aktuellen Berichtszeitraum deutlich unter dem von stationären Breitbandanschlüssen. Über alle Bandbreiteklassen und Anbieter hinweg erhielten im Download 18,6 % der Nutzer mindestens die Hälfte der vertraglich vereinbarten maximalen Datenübertragungsrate; bei 1,6 % der Nutzer wurde diese voll erreicht oder überschritten.

Gegenüber dem Vorjahreszeitraum sind insgesamt deutlich geringere prozentuale Datenübertragungsraten gemessen worden (2015/2016: 27,6 % der Nutzer erhielten mindestens

die Hälfte, 3,4 % die volle vereinbarte maximale Datenübertragungsrate und mehr).

Die Spanne, bezogen auf mindestens 100 % der vertraglich vereinbarten maximalen Datenübertragungsrate, reichte in den Bandbreiteklassen von 0 % bis 9,1 % der Endkunden.

Wie im Festnetz ist auch im Mobilfunk die Zahl der einzelnen betrachteten Anbieter deutlich von 13 (2015/2016) auf 28 im aktuellen Berichtszeitraum gestiegen. Die Endkunden bewerteten die Anbieter erneut weit überwiegend mit Noten von 1 bis 3 (76,6 %). Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ist der Anteil jedoch rückläufig (2015/2016: 82,8%).

Generell wurden bei mobilen Breitbandanschlüssen höhere Laufzeiten als bei stationären Breitbandanschlüssen ermittelt. Eine Laufzeit von 40 ms oder weniger wurde im aktuellen Berichtszeitraum nur von 3,1 % der Nutzer bei mobilen Breitbandanschlüssen erreicht.

Im Jahresvergleich zeigt sich jedoch, dass die gemessenen Laufzeiten im aktuellen Berichtszeitraum deutlich unter denen aus dem Vorjahreszeitraum lagen. Laufzeiten von 100 ms oder weniger wurden in 2016/2017 von 75,2 % der Nutzer gemessen, gegenüber 54,9 % der Nutzer in 2015/2016.

„Über alle Bandbreiteklassen und Anbieter hinweg erreichen Kunden nach wie vor oft nicht die maximale Geschwindigkeit, die ihnen die Anbieter in Aussicht gestellt haben“, betonte Jochen Homann, Präsident der Bundesnetzagentur. „Obwohl die Ergebnisse bei einzelnen Bandbreiten und zwischen den Anbietern unterschiedlich ausfallen, zeigen sie insgesamt weiterhin Handlungsbedarf bei den Breitbandanbietern.“ **DK**

Datenschutzbeauftragter Petri zum „Safer Internet Day“

Der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz, Prof. Dr. Thomas Petri, rät: „Lassen Sie sich nicht in die Karten schauen. Beim Versand sensibler Daten per Post nutzen Sie auch keine Postkarten, sondern Briefe. In der digitalen Welt sollten Sie ebenfalls möglichst geschützt kommunizieren, also verschlüsselt. Dies gilt für Datenübertragungen von und zu Web-Portalen, aber auch für E-Mails. Informieren Sie sich außerdem darüber, wozu und wie ein Anbieter Ihre Daten weiter nutzt, bevor Sie sich möglicherweise für dessen Angebot entscheiden.“

Der „Safer Internet Day“ fand heuer am 6. Februar statt. Er beruht unter anderem auf einer Initiative der Europäischen Union für mehr Sicherheit im Internet. Im Zentrum steht dabei die Aufklärung von Kindern und Jugendlichen.

Viele der sogenannten Digital Natives sind zwar schon in jungen Jahren wahre Meister am Smartphone und am Rechner. Dabei machen sie sich aber häufig wenig Gedanken darüber, dass sie im Internet Anbietern mit ganz eigenen wirtschaftlichen Interessen viel über sich offenbaren. Datenschutzerklärung und Geschäftsbedingungen werden oft gar nicht erst gelesen, sensible Daten werden auch unverschlüsselt übertragen.

Petri: „Das Internet ist aus dem heutigen Alltag kaum noch wegzudenken. Natürlich nutze ich es auch – dienstlich und privat. Wer sich im Internet bewegt, sollte aber einige Grundregeln kennen

und beachten, um sich und seine Privatsphäre zu schützen.

Dies beginnt damit, zunächst einmal die Datenschutzerklärung und die Geschäftsbedingungen eines Anbieters zu lesen, bevor ich mich möglicherweise für den Dienst entscheide. Ein wichtiger Aspekt ist auch der verschlüsselte Transport und die verschlüsselte Speicherung von Daten.“

Im Zeitalter der tendenziell unbegrenzten und kaum kontrollierten Überwachung der weltweiten elektronischen Kommunikation sollten Petri zufolge auch Erwachsene insbesondere auf folgende Punkte achten: „Nutzen Sie nur sichere und vertrauenswürdige Internetangebote, die Verschlüsselung (SSL) und Zertifikate von vertrauenswürdigen Ausstellern anbieten. Nutzen Sie den Einsatz von Ende-zu-Ende Verschlüsselung dort, wo sie angeboten wird. Und: Nutzen Sie die Möglichkeiten zur sicheren Konfiguration von Smartphones.“ **□**

ORCA AVA

Wir sind Ihr **EVB-IT** Partner!

Datenaustausch
e-Vergabe

Gratis
Whitepaper
anfordern!



orca-software.com/evergabe

DStGB und Bitkom:

Handlungsvorschläge zur Legislaturperiode 2017-2021

Die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft wird das zentrale Thema der kommenden Legislaturperiode. Allerdings fällt nach Ansicht von DStGB und Bitkom der öffentliche Sektor gegenüber der Privatwirtschaft beim Einsatz digitaler Lösungen seit Jahren immer weiter zurück. Um mit den globalen Entwicklungen Schritt zu halten, stünden die Kommunen vor der Herausforderung einer strategischen Stadt- und Regionalentwicklung auf Basis einer modernen Breitbandinfrastruktur. Für die kommende Legislaturperiode 2017-2021 fordern die Verbände daher ein umfangreiches kommunales Digitalprogramm der nächsten Bundesregierung.

Laut DStGB und Bitkom muss die digitale Transformation der Städte und Regionen deutlich stärker in das Bewusstsein und die Prioritäten der Politik und Verwaltung rücken. Anders lässt sich ein globaler Spitzenplatz im Standortwettbewerb der Digitalisierung nicht erreichen. Hier braucht es einen durchsetzungsstarken und klar formulierten politischen Willen. Es bedarf einer Erweiterung der Digitalen Agenda um ein eigenständiges Handlungsfeld „Intelligente Vernetzung in Städten und Regionen“ als Strategie zum bundesweiten Auf- und Ausbau von Smart Cities und Smart Regions. Die Kommunen dürfen hierbei nicht allein gelassen werden.

Innovationsplattformen

„Lokale und regionale Innovationsplattformen tragen wesentlich dazu bei, die Digitalisierung in Deutschland flächendeckend umzusetzen“, heißt es weiter. Seitens des Bundes bedürfe es hierfür einer umfangreichen Förderung übertragbarer und skalierbarer digitaler Modellregionen. Um die kommunale digitale Transformation noch rechtzeitig einzuleiten, müssten bisherige Programme weiterentwickelt und finanziell deutlich aufgestockt werden. Darüber hinaus müssten durch den Bund zusätzliche Fördermittel in Höhe von mindestens 500 Millionen Euro pro Jahr in der kommenden Legislaturperiode für kommunale Digitalisierungsinitiativen bereitgestellt werden. Eine ergänzende Kofinanzierung durch die Länder sei anzustreben. Zwischen Bund, Ländern und Kommunen sei ein koordiniertes Vorgehen notwendig, um regional vernetzte Innovationsplattformen zu forcieren, lokale Potenziale zu heben und die Digitalisierung für die Menschen vor Ort erlebbar zu gestalten.

Um die Kräfte der Kommunen zu bündeln, müssten sich die Modellregionen austauschen. Mit dieser Hilfestellung des Bundes könne Digitalisierung zum Ziel gleichwertiger Lebensver-

hältnisse auch in ländlichen Regionen beitragen.

Um die flächendeckende Umsetzung der kommunalen digitalen Transformation zu beschleunigen, muss aus Verbandssicht zudem das Zusammenwirken der Akteure verbessert werden: „Es bedarf neuer kooperativer Steuerungsprozesse zwischen öffentlichem Sektor, Wirtschaft, Wissenschaft, Bürgerinnen und Bürgern. Verwaltung und Politik sind gefordert, schneller zu handeln, interdisziplinäres Denken zu fördern und die strategische ressortübergreifende Zusammenarbeit über alle föderalen Ebenen hinweg zu forcieren. Konsultationsverfahren mit Bürgerinnen und Bürgern sowie lokaler Wirtschaft müssen dauerhaft etabliert werden, um nachhaltige Effekte vor Ort entstehen zu lassen.“

Rechtsrahmen prüfen

Die Digitalisierung des Lebens und Arbeitens sei geprägt durch die Nutzung von Internet und Smartphone, internationale Plattformen und freien Wettbewerb. Die für Städte und Regionen elementare Digitalisierung der Infrastruktursektoren Energie, Mobilität und Gesundheit sowie der Bildung und Verwaltung sei hingegen in einen stark national reglementierten Rahmen eingefasst. Technisch mögliche Innovationen könnten nicht ohne Weiteres mit freien Marktkräften umgesetzt werden. „Der bestehende Rechtsrahmen aus vordigitalen Zeiten muss zügiger auf Zweckhaftigkeit und bremsende Nebeneffekte für innovative Geschäftsmodelle geprüft und angepasst werden“, so die Forderung von DStGB und Bitkom.

Anwendungsbeispiele

Beispiele, die eine Anpassung des Rechtsrahmens erfordern, seien das autonome Fahren, die medizinische Fernbehandlung oder die Aggregatorenrolle im Energiemarkt. Alle vorzunehmenden Veränderungen hätten den Interessen der Wirtschaft

und der Kommunen Rechnung zu tragen und sollten sich an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger ausrichten.

Kompetenzzentrum aufbauen

Viele Kommunen arbeiten bereits an Konzepten einer nachhaltig und digital geprägten Stadt- und Regionalentwicklung. Jedoch sei die kommunale digitale Transformation eine enorme Herausforderung, auch vor dem Hintergrund begrenzter finanzieller Handlungsspielräume in vielen Regionen Deutschlands. Um die Kommunen auf dem Weg zu intelligent vernetzten Städten und Regionen zu beraten und zu unterstützen, sei der Aufbau eines bundesweit agierenden Kompetenz-

Erfolgreiche Aktion von AKDB und SVB:

Über 100 Kommunen entscheiden sich für paydirekt

Großer Erfolg für die gemeinsame Aktion der AKDB und des Sparkassenverbandes Bayern: Kommunen, die sich zwischen September und November 2017 für paydirekt als eine Bezahlart bei gebührenpflichtigen Diensten im Bürgerservice-Portal entschieden haben, sparten bares Geld bei der Einrichtung.

„Insgesamt haben 103 Kommunen im Aktionszeitraum ihr Bürgerservice-Portal um die Online-Bezahlungsfunktion ergänzt oder erstmalig E-Payment über das Bürgerservice-Portal angeboten“, zeigte sich der neue AKDB-Vorstandsvorsitzende Rudolf Schleyer zufrieden. So könnten die neue Bezahlart paydirekt und das E-Payment im Bürgerservice-Portal möglichst vielen Nutzern zur Verfügung gestellt werden.

Sicherer Bezahldienst

Paydirekt wurde 2016 von der deutschen Kreditwirtschaft eingeführt und unterliegt den deutschen Datenschutzgesetzen. Es ist somit ein besonders sicherer Bezahl-dienst. Im Mai 2017 wurde paydirekt mit dem kundenbasierten und unabhängigen BankingCheck Award in der Kategorie „Bester Paymentdienst 2017“ ausgezeichnet. Das Bewertungsportal der Finanz- und Versicherungsbranche lobte paydirekt für die einfache Handhabung für den Kunden. Im modernen Bürgerservice spielt die Möglichkeit, Verwaltungsdienstleistungen online bezahlen zu können, eine zentrale Rolle. Sie bietet Bürgern mehr

zentrums notwendig. Dieses sollte unter enger Begleitung der kommunalen Spitzenverbände und der Digitalwirtschaft entstehen. Analog zum Breitbandbüro des Bundes sollte das Kompetenzzentrum die Kommunen an die Hand nehmen, umfassende Kontakte zu allen relevanten Akteuren halten und diese untereinander vernetzen, Lösungsansätze identifizieren sowie Best Practices und Synergien aufzeigen.

Den Städten und Gemeinden kann anbieterneutral die notwendige Entscheidungskompetenz zur Bewertung von Lösungen zur kommunalen digitalen Transformation vermittelt werden. „Durch gezielte Unterstützung zur Weiterqualifizierung ihrer Mitarbeiter, zur Modernisierung ihrer Organisationsstrukturen und zur Entwicklung tragfähiger Geschäftsmodelle für digitale Dienste können die Entwicklungsperspektiven der Kommunen verbessert werden“, zeigen sich DStGB und Bitkom überzeugt. **DK**

Erfolgreiche Aktion von AKDB und SVB:

Über 100 Kommunen entscheiden sich für paydirekt

Großer Erfolg für die gemeinsame Aktion der AKDB und des Sparkassenverbandes Bayern: Kommunen, die sich zwischen September und November 2017 für paydirekt als eine Bezahlart bei gebührenpflichtigen Diensten im Bürgerservice-Portal entschieden haben, sparten bares Geld bei der Einrichtung.

Komfort und Zeitersparnis und stellt für Kommunen eine große Entlastung dar. Bei der Verleihung der „eGovernment Awards 2017“ in Berlin wurde paydirekt in der Kategorie „ePayment“ auf Anhieb mit „Gold“ ausgezeichnet. Als besonders lobenswert wurde u.a. die Datensicherheit erachtet.

S-Finanzgruppe mit attraktiven Lösungen

„Die Sparkassen sind und bleiben auch in Zukunft Dreh-scheibe des Zahlungsverkehrs der Kommunen“, unterstrich der Vizepräsident des Sparkassenverbandes Bayern, Roland Schmautz. Die Digitalisierung nannte er „eine Herausforderung, die wir aufgreifen, denn wir wollen die Position der Sparkassen als Qualitäts- und Marktführer ausbauen.“

Mit den ePayment-Möglichkeiten der Sparkassen-Finanzgruppe würden attraktive Lösungen zur sicheren Abwicklung von Online-Diensten der Kommunen angeboten. Mit der AKDB als Teil der kommunalen Familie fühlten sich die öffentlich-rechtlichen Sparkassen in ganz besonderer Weise partnerschaftlich verbunden, fügte Schmautz hinzu. **DK**

Neu von Langmatz:

System für aktive Unterflurwärmung

Garmisch-Partenkirchen. Sie liegen für das Auge unsichtbar unter der Erde, unterhalb von Straßen und Plätzen. Sie befinden sich an prominenten Orten wie der Fanmeile in Berlin, dem Brandenburger Tor und dem Roten Platz in Moskau genauso wie in tausenden weiteren großen und kleinen Gemeinden weltweit. Die Rede ist von Unterflurverteilern aus der TechniBox-Serie der Langmatz GmbH.

Der Systemlieferant von Infrastrukturprodukten für Telekommunikation, Energie- und Verkehrstechnik aus Garmisch-Partenkirchen hat jetzt für die Aufnahme von aktiven Komponenten ein Schutzsystem entwickelt, welches die Entwärmung dieser Bauteile in Unterflurverteilern sicherstellt.

Geschützte Kabelschächte

Werden Kabelschächte aus Kunststoff von Langmatz als Unterflurverteiler eingesetzt, sind diese grundsätzlich durch ein Tauchhauben-Prinzip vor eindringendem Wasser geschützt. Für die Entwärmung von Unterflursystemen, als Vorbeugung gegen die Überhitzung relevanter Bauteile, bietet das Garmischer Unternehmen neuerdings unter den Produktbezeichnungen EK 880 beziehungsweise EK 890 verschiedene Systeme an.

So sind bei der Entwärmung nach dem Prinzip „Luftumwälzung“ Lüfter in einem geschlossenen Schachtsystem verbaut, welche die Innentemperatur homogenisieren. Entstehende Hitze wird in diesem Fall durch Wärmeleitung und erzwungene Konvektion von den Bauteilen aus dem Schachtraum abgeführt.

Mit Hilfe der vorinstallierten Lüfter werden bei diesem nach außen offenen System hohe Verlustleistungen, beziehungsweise Wärme, mittels Luftmassenaustausch von den Bauteilen über die Grenze des Systems abgeleitet. Frischluft wird durch das Rohrsystem von außen über die Lüfter angesaugt, intelligent gefiltert und umströmt die installierten aktiven Module. Im Anschluss wird die erwärmte Luft über die Öffnungen in der Abdeckung aus dem Schacht ausgeleitet.

Leistungsmerkmale

Ein Blick auf die Leistungsmerkmale zeigt, dass Systeme mit Verlustleistungen von bis zu 500 Watt bei 38 Grad Celsius Umgebungstemperatur sicher in dem Unterflurverteiler betrieben werden können. Das System verfügt über eine redundante Luftkühlung, welche bei Störung ein Alarmsignal an eine Leitstelle abgeben kann. **DK**

Die Schachtabdeckung (D 400) ist verriegelbar und besitzt integrierte Lüftungsschlitze. Die Außenmaße des Schachts sind typisch, circa 80 Zentimeter Breite, 140 Zentimeter Länge und 100 Zentimeter Tiefe. Je nach Anwendungsfall sind auch kleinere Ausführungen möglich.

Grundsätzlich ist bei den Langmatz Unterflurverteilern im Betrieb mit geringeren Verlustleistungen auch eine rein passive Entwärmung möglich. In diesem Falle sind – beim selbstverständlich jederzeit zugänglichen Schacht – keine zusätzlichen Komponenten nötig. Die Wärme wird sowohl durch Wärmeleitung als auch freie Konvektion sowie Wärmestrahlung von den Bauteilen abgeführt.

Grundsätzliche Vorteile von Unterflurverteilern

Typische Beispiele für den Einsatz der Unterflurverteiler von Langmatz sind Verteilungen für moderne Glasfasernetze, Stromverteilungen für Marktplätze und die Aufnahme von Komponenten der Mobilfunktechnik (Basisstationen). Im Gegensatz zu einem üblichen unter der Erde verbauten Verteilerschacht für Strom, Wasser und Telekommunikation, haben Unterflurverteiler einen entscheidenden Vorteil.

Ohne das Stadtbild durch oberirdische Gehäuse oder Schränke zu beeinträchtigen oder Denkmalschutzvorschriften zu verletzen, werden diese einfach im Boden versenkt. Maßgeblich ist ferner, dass sie auf Grund ihrer Funktionalität jederzeit für autorisierte Personen zugänglich sind. Sie sind mit Schachtabdeckungen aus Guss, Beton oder mit auspflasterbarem Deckel ausgestattet und lassen sich so in jedes Ortsbild harmonisch integrieren. Zudem sind sie vor den Gefahren durch Überflutung, Schmutz und unbefugtem Zugriff, beziehungsweise Vandalismus, perfekt geschützt.

Unterflurverteiler sind die ideale Lösung für kreative Stadtplanung und Marktplatzgestaltung. Mit dem neuartigen, aktiven Entwärmungssystem von Langmatz ist ein weiterer Vorteil hinzugekommen: Der besondere Schutz vor Überhitzung aktiver Bauteile. **□**



Deutschlands wichtigste SHK-Messe in 2018.

Treffen Sie die Besten für Ihre Planung und Bewirtschaftung!

Digitale Vernetzung

Energieeffizienz

Geführter Messerundgang

Innovative Heiztechnik

Badkonzepte

Hochkarätige Vorträge

Thementag für Kommunen: Do., 12. April 2018
Kostenfreie Anmeldung: www.ifh-intherm.de/kommunen

Sanitär, Heizung, Klima,
Erneuerbare Energien

Dienstag – Freitag

10. – 13. April 2018

Messezentrum Nürnberg



dbb Jahrestagung in Köln:

Aufruf zu einem Pakt für Digitalisierung

Leitlinien für die Modernisierung des öffentlichen Dienstes wurden bei der Jahrestagung des dbb in Köln erörtert. Dabei rief der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach zu einem Pakt für Digitalisierung auf. Die Bayerische Finanzgewerkschaft bfg nutzte die unter dem Motto „Deutschland hat gewählt - Was nun?“ stehende Tagung zum Austausch mit Vertretern aus Politik, Verwaltung und Verbänden.

„Für eine wirklich sichere, ganzheitliche digitale Strategie muss es ein Zusammenspiel von Bund, Ländern und Gemeinden geben“, erklärte Vorsitzender Silberbach in seiner Grundsatzrede. „Derzeit hängt Deutschland im Zeitalter der digitalen Kleinstaaterei fest. Das widerspricht dem Gedanken der Vernetzung. Es gibt zwar vielerseits entsprechende regionale IT-Initiativen, aber eben keinen verbindlichen nationalen Masterplan.“ Dabei gehe es nicht nur um grundlegende technische Notwendigkeiten wie den Bandausbau, sondern um eine seriöse Planung des personellen, organisatorischen und finanziellen Aufwandes.

Investitionsbedarf bei der Qualifizierung

„Gerade in der kritischen Umstellungsphase auf digitalisierte Prozesse steigt die ohnehin hohe Arbeitsbelastung, daher ist eher mehr als weniger Personal erforderlich. Zudem müssen die Beschäftigten entsprechend qualifiziert werden“, hob Silberbach hervor. Für Fortbildungen gebe die öffentliche Hand allerdings nur ein bis drei Prozent des Personalbudgets aus, in der Privatwirtschaft sei es das Dreifache. „Ohne die Erfahrung der Praktiker kann die Digitalisierung aber nicht gelingen. Wir gehen daher von einem mittelfristigen Investitionsbedarf für Hard- und Software sowie Qualifizierung im zweistelligen Milliardenbereich aus“, so der dbb-Chef.

Bei der Digitalisierung staatlicher Dienstleistungen müssten auch die veränderten Arbeitsbedingungen berücksichtigt werden, mahnte er. Wenn Arbeit immer und überall verfügbar sei, ermögliche das viele Freiheiten, um sie beispielsweise familienfreundlicher zu gestalten. „Das birgt aber auch die Gefahr der Entgrenzung, der mangelnden Trennung von Arbeit und Privatleben“, warnte Silberbach. „Deshalb müssen Personal- und Betriebsräte über die Einhaltung adäquater Spielregeln wachen können. Auch dabei ist die Politik gefordert, etwa durch die grundlegende Modernisierung der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst.“

Vor dem Hintergrund der langwierigen Regierungsbildung auf Bundesebene betonte Silberbach zudem erneut die Bedeutung der Verwaltung: „Der öffentliche Dienst ist die unverrückbare Konstante eines Staates, verlässlich, korrekt und engagiert.“ Doch sei dessen Funktionsfähigkeit zunehmend gefährdet. „Die Menschen warten monatelang auf einen Termin beim Bürger- oder Ständesamt. Eltern finden keinen Kita-Platz für ihre Kinder. Straßen werden nicht gebaut, weil Ingenieure fehlen. Die Justiz muss Verfahren wegen Personalmangel einstellen. Da ist Gefahr im Verzug“, mahnte der Vorsitzende. Diese Fälle zeigten auch, dass nicht alle Probleme mit moderner IT gelöst werden könnten, sondern angemessene Personalausstattung und gute Arbeitsbedingungen immer noch die Basis für staatliche Ordnung seien.

Vernetzung ist das A und O

„Das Land ist stabil“, stellte BMI-Staatssekretär Hans-Gregor Engelke in Vertretung für Bundesinnenminister Thomas de Maizière fest, „und das liegt auch an den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Verwaltungen.“ Als Stabilisatoren leisteten sie zuverlässig, gewissenhaft, verantwortungsvoll, unaufgeregt und geräuschlos ihren Dienst. „Unsere Staatsbediensteten sind eine verlässliche Bank“, so der Staatssekretär. Allerdings müsse sich der öffentliche Dienst ständig weiterentwickeln. Es gelte, sich im Sinne einer funktionierenden Zusammenarbeit stärker als zuvor zu vernetzen: „Vertikal wie horizontal. Zwischen den Fachbehörden des Bundes genauso wie zwischen allen drei Ebenen von Bund, Ländern und Kommunen. Quasi eine ‚Verwaltung 2020‘.“

Vernetzung ist das A und O

Besonderes Augenmerk müsse auf die Digitalisierung gelegt werden. Als wegweisendes Beispiel nannte Engelke das gemeinsam von Bund, Ländern und Kommunen auf den Weg gebrachte Bürgerportal, auf dem alle Verwaltungsleistungen zentral elektronisch abrufbar sein sollen. Eine weitere

wichtige Aufgabe ist aus Sicht des Bundesinnenministeriums die Nachwuchs- und Fachkräftegewinnung für den öffentlichen Dienst. „Die Bezahlung muss stimmen“, und damit werde man sich in der im März startenden Tarifrunde für die Beschäftigten von Bund und Kommunen befassen.

„Die Gestaltung der Digitalisierung in Deutschland ist eine nationale Aufgabe, die in gemeinsamer Verantwortung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft geschultert werden muss“, forderte Arne Schönbohm, Präsident des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). Informations- und Cyber-Sicherheit sei eine unverzichtbare Voraussetzung für das Gelingen der Digitalisierung in Deutschland“, erklärte Schönbohm in seinem Vortrag über die Anforderungen an eine smarte und sichere digitale Gesellschaft.

Zwei Seiten einer Medaille

Digitalisierung bedeute mehr Möglichkeiten, „auf die Deutschland nicht verzichten kann und soll“, aber eben auch mehr Gefahren, „auf die Deutschland vorbereitet sein muss“. Täglich gebe es 280.000 neue Schadprogramm-Varianten, allein auf die Netze des Bundes seien täglich zwischen 2.000 und 3.000 Angriffe zu verzeichnen, darunter drei bis fünf gezielte, berichtete der BSI-Präsident. Werkzeuge für Cyber-Angriffe kosteten nur fünf US-Dollar pro Stunde. Auch die Fallzahlen für Online-Betrugsmaschen und gezielte Cyber-Spionage stiegen von Jahr zu Jahr.

Vor diesem Hintergrund plädierte Schönbohm dafür, die gesetzlichen Grundlagen an die Bedrohungslage anzupassen und den digitalen Selbstschutz zu fördern. „Der Staat ist nicht wehrlos gegenüber Cyber-Kriminalität“, stellte er klar. Man müsse ihn allerdings mit den entsprechenden Ressourcen ausstatten und länderübergreifende Vernetzung ermöglichen und

ausbauen, um handlungsfähig zu bleiben.

Christoph Verenkotte, Präsident des Bundesverwaltungsamtes (BVA), forderte deutlich mehr Investitionen in die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung und Dienstleistungen: „Der Standortvorteil, den wir mit unserem stabilen und leistungsfähigen öffentlichen Dienst über Jahrzehnte verlässlich bieten konnten, ist in Gefahr“, warnte der BVA-Chef. „Wir müssen uns von der lange gepflegten Vorstellung verabschieden, dass e-Government ein Luxus ist. Es handelt sich auch nicht um einen ‚IT-Hype‘, der sich irgendwann wieder abflachen wird.“ Die Digitalisierung sei faktisch zwingend, und insbesondere der öffentliche Dienst komme schließlich nicht an ihr vorbei.

„Zur Digitalisierung gehört von Beginn an auch ein professionelles Prozess- und Projektmanagement“, fuhr Verenkotte fort. Im Zuge der Digitalisierung müssten möglichst schon auf Ebene der politischen Entscheidungsfindung alle fachlich und technisch Beteiligten einbezogen werden.

Lebenslanges Lernen

Laut Uwe Lübking, Beigeordneter des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, muss im Zuge der Digitalisierung noch mehr in entsprechende Qualifikationen investiert werden. „Auch in den Verwaltungen müssen wir lebenslanges Lernen verinnerlichen“, so Lübking. Größere Kommunen könnten zudem beispielsweise über Vereinbarungen mit Universitäten ein duales Studium anbieten, um Fachkräfte auszubilden. Kleinere Gemeinden wiederum könnten im Feld der Aus- und Fortbildung zudem die interkommunale Zusammenarbeit stärken.

Auch die Kooperation zwischen den verschiedenen Gebietskörperschaften ist aus Lübking's Sicht zu stärken – allerdings auf Augenhöhe. Die Kommunen befürchteten, dass etwa beim geplanten Portalverbund des Bundes die unterschiedlichen regionalen Belange nicht ausreichend berücksichtigt werden. „Das lässt sich nicht so einfach standardisieren. Kommunalverwaltung ist auch in Zukunft in erster Linie Arbeit mit und am Menschen.“ **DK**

„Analog bis digital - Der Freistaat in Karten“

Wanderausstellung der Vermessungsverwaltung zum Jubiläumsjahr „Wir feiern Bayern“

„Wir feiern in diesem Jahr 100 Jahre Freistaat und 200 Jahre Verfassungsstaat Bayern. Unser Heimatministerium in Nürnberg ist daher der perfekte Ort für den Auftakt unserer Wanderausstellung „Analog bis Digital – der Freistaat in Karten“, stellte Finanz- und Heimatsstaatssekretär Albert Füracker bei der Eröffnung der Ausstellung in Nürnberg fest.

„Karten und Luftbilder sind nicht nur Zeitzeugen, sie dokumentieren objektiv und anschaulich die Entwicklung unserer Heimat“, so Füracker weiter. Anhand von 24 Schautafeln, historischen Ausstellungsstücken, analogen und digitalen Anschauungsobjekten und interaktiven Medienstationen der Bayerischen Vermessungsverwaltung kann die Entwicklung des Freistaats Bayern in den letzten 200 Jahren nachvollzogen werden.

Begonnen bei der ältesten Gesetzessammlung der Bajuwaren, der „Lex Baiuvariorum“, die bereits Grenzstreitigkeiten regelte, über das Feldgeschworenwesen und die erste topographische und Katasteraufnahme des Landes bis zum heutigen Bayern, wird die Geschichte des Freistaats Bayern aus dem Blickwinkel von Vermessung und Kartographie beleuchtet. Luftbild- und Karten-

zeitreihen zeigen anschaulich die Entwicklung der Städte und Regionen im Freistaat. „Luftbildaufnahmen von 1956 bis 2017 zeigen sehr einprägsam die Entwicklung des Altstadtgebiets Nürnberg“, erläuterte Füracker. Gleichzeitig werden technische Einblicke in die amtliche Kartenherstellung und Luftbildfotografie gezeigt. Abgerundet wird die Ausstellung mit aktuellen Anwendungen zur modernen Geodatennutzung und Digitalisierung, zum Beispiel mit einem 3D-Druck des Stadtgebiets Nürnberg.

Zugpferd der Digitalisierung

„Unsere Bayerische Vermessungsverwaltung ist zum einen Traditionsverwaltung und gleichzeitig Zugpferd der Digitalisierung im Freistaat Bayern – das zeigt sich in der modernen Ausgestaltung der Wan-

Wenn das Museum zum Film wird

Was passiert, wenn man Jugendliche mit Tablets und Smartphones bewaffnet ins Museum schickt? Bei „mobil im museum“ vor allem eins: Viel Kreativität. Die Abschlussveranstaltung in Augsburg stellte 14 digitale Produktionen von bayerischen Schülern vor.

Drei Tage am Stück wird gefilmt, geschnitten, geschaupielt. So erkunden Jugendliche ab 12 Jahren auf ihre ganz eigene Weise Bayerns nichtstaatliche Museen. Die Ausstellungsstücke werden in Form von kurzen Filmen zu Geschichten, erstellt mit Werkzeugen, die den Jugendlichen aus dem Alltag vertraut sind: Smartphones und Tablets. 2017 beteiligten sich vierzehn Museen an dem Projekt „mobil im museum“ und führten jeweils einen dieser Workshops durch.

Die entstandenen Ergebnisse sind so vielfältig wie die Museen selbst. Im Stadtmuseum Amberg versetzten sich die Teilnehmer durch ihre Videos zurück in die Vergangenheit: Der Zahnarztbesuch eher schmerzhaft, der Besuch in der Apotheke wie in einer Wundermischkammer. In Schwabach ließen sich die jungen Filmemacher von einer Reportage zu den gefährlichsten Schulwegen der Welt inspirieren und filmten kurzerhand ihre eigenen Stationen auf dem Weg in die Schule. In Augsburg waren Schüler der Internationalen Schule und eine Grup-

pe geflüchteter Jugendlicher gemeinsam zum Thema Heimat am Werk: Was hier zu den Themen Religion und Essen entstanden ist, wird bei der Abschlussveranstaltung im Zeughaus erstmals präsentiert.

„mobil im museum“

Bei „mobil im museum“ arbeiten nicht nur die teilnehmenden Jugendlichen als Team, auch hinter den Kulissen haben sich vier Partner zusammengeschlossen, um die Umsetzung zu ermöglichen: Initiiert wurde das Projekt durch das JFF Institut für Medienpädagogik München, weitere Unterstützung kommt von der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern, dem Bayerischen Jugendring sowie der Bayerischen Sparkassenstiftung. Die Abschlussveranstaltung wurde von der Stadtsparkasse Augsburg gefördert.

Damit die Werke der Jugendlichen auch ihren verdienten Platz im jeweiligen Museum finden, werden die Filme nach ihrer Fertigstellung in einen Bilderrahmen gesteckt. Wie das geht? Digital natürlich. **□**

Landesamt für IT-Sicherheit eröffnet

„Bayern eröffnet als erstes Bundesland ein eigenes Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik. Wir wollen Bayerns IT noch sicherer machen – insbesondere auch unseren BayernServer und das bayerische Behördennetz. Gleichzeitig wird das neue Landesamt Kommunen und Bürger aktiv beraten und unterstützen“, sagte Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder bei der Eröffnungsveranstaltung des neuen Landesamts in Nürnberg.

„Wir beginnen mit rund 30 Mitarbeitern, bis Ende 2020 sollen 200 IT-Sicherheitsexperten in Nürnberg und in den Außenstellen in Würzburg und Bad Neustadt a.d.Saale tätig sein. Damit reagieren wir vorausschauend und effizient auf die immer neuen Bedrohungen und Angriffe aus dem Internet“, so Söder, der auch CIO des Freistaats Bayern ist, weiter.

Kernaufgabe des LSI wird der Schutz und die aktive Gefahrenabwehr für staatliche IT-Systeme, den BayernServer und BayernNetz, sein. „Bayerns Netze werden bereits heute massiv angegriffen. Über 99 Prozent der Angriffe prallen vollautomatisch an unseren Sicherheitsmaßnahmen ab, der Rest wird durch unsere Experten gelöst“, bilanzierte Söder. Hierfür gibt es bereits seit über 10 Jahren eine eigene Anti-Hacker-Einheit, das BayernCERT, das als Keimzelle in das LSI aufgenommen wurde. „Die Bürger müssen darauf vertrauen können, dass ihre Daten bei uns sicher sind. Das LSI ist die Instanz für IT-Sicherheit im öffentlichen Bereich für Staats-

derausstellung“, freute sich Füracker. So wird der Besucher während der Ausstellung durch ein interaktives Besucherinformationssystem digital begleitet. Dadurch erhält er zusätzliche Texte, Bilder, Videos zu den Exponaten für sein Smartphone, Tablet, ohne Installation einer zusätzlichen App.

Die Ausstellung im Heimatministerium ist noch bis 16. Februar zu besichtigen. Die Wanderausstellung wird in allen sieben Regierungsbezirken zu sehen sein. Die weiteren Ausstellungsorte sind Marktoberdorf, Landschut, Schweinfurt, Neumarkt i.d.Opf., Hof und München.

Weitere Informationen unter: www.ldbv.bayern.de **□**

verwaltung, Kommunen und öffentliche Unternehmen. Das LSI dient als Cyber-SEK, als Spezialeinsatzkommando bei konkreten IT-Bedrohungen der öffentlichen IT-Infrastruktur. Und es ist Berater für Bürger und Kommunen in Fragen der IT-Sicherheit“, teilte Söder mit.

Gleichzeitig wird das LSI mit IT-Forensik und Profiling-Teams neue Bedrohungen analysieren, Gegenmaßnahmen entwickeln und bestehende Sicherheitsmaßnahmen laufend fortentwickeln. Durch Informationsveranstaltungen und anlassbezogene Beratung wird das LSI Bürger, Kommunen und Behörden für Risiken in Cyberraum sensibilisieren. Ferner werden Schulungsangebote vor Ort angeboten, die gemeinsam mit den BayernLabs über ganz Bayern verteilt, ausgebaut werden. Das LSI wird eng in IT-Sicherheitsallianzen mit dem Bundesamt BSI und anderen Bundesländern eingebunden sein und hier eine sehr aktive Rolle spielen. „Wir versuchen stets, den Hackern einen Schritt voraus zu sein – unser IT-Labor ist dabei ein wesentlicher Schlüssel“, sagte Söder.

Gegründet wurde das LSI mit Inkrafttreten des Errichtungsgesetzes am 1.12.2017, seit Mitte Januar läuft der Einzug. Die Räumlichkeiten werden derzeit noch etappenweise entsprechend des Personalzuwachses umgebaut. Die ersten Mitarbeiter arbeiten bereits vor Ort. So ist beispielsweise das Herzstück des LSI, das Lagezentrum, bereits fertig umgebaut. Hier überwachen IT-Spezialisten die Netze, reagieren auf Angriffe und sprechen Warnungen aus. Kommissarisch wird das neue Landesamt vom bisherigen Leiter des Aufbaustabs, Ministerialrat Daniel Kleffel, geleitet. Er führt im Heimatministerium das Referat für IT-Sicherheit und IT-Infrastruktur. **□**




Spezialangebot

Eine Woche inklusive Halbpension ab 370 EUR pro Person im Doppelzimmer. Wir bieten neun Doppelzimmer mit allem Komfort, Bad/Dusche, Telefon, TV, Minibar sowie organisierte Ausflüge mit Kleinbus. Kinder bis fünf Jahre 30 EUR pro Tag, ab sechs Jahren 40 EUR pro Tag. Weitere Informationen: **Casa Mazzoni**
Tel.: +39 05 64 56 74 88 • E-Mail: info@casamazzoni.it • www.casamazzoni.it
 Wir sprechen Deutsch!



13. Landshuter Umweltmesse:

Attraktive Leistungsschau

Von 9. bis 11. März 2018 werden der Messepark sowie die Flächen in und um die Sparkassenarena wieder zum attraktiven Schauplatz für Produkte, Dienstleistungen und Innovationen. Zum 13. Mal bereits haben die Besucher auf der Landshuter Umweltmesse Gelegenheit, innovative Produkte und Dienstleistungen mit den Schwerpunkten Natur und Technik, Bauen & Wohnen, Energie und Mobilität sowie Gesundheit und Ernährung zu bestaunen. Über 200 Unternehmen werden ihre Produkte und Dienstleistungen präsentieren.

Wie die Organisatoren um den LUM-Geschäftsführer Rudolf Schnur im Rahmen einer Pressekonferenz erläuterten, will die Landshuter Umweltmesse eine Plattform zum gegenseitigen Kennenlernen und Erfahrungsaustausch sowie zum Erleben der E-Mobilität in seinen vielen Facetten bieten. Interessierte E-Mobilisten seien erneut dazu eingeladen, die Messe im Zuge einer Sternfahrt mit dem eigenen Elektro- oder Hybridfahrzeug zu besuchen. Kostenlosen Ladestrom gibt es an über 40 Anschlussmöglichkeiten. Zudem finden Besucher Antworten zu Fragen des Energiemanagements in einem „smarten“ Zuhause.

Pilgern und Wandern

Nach dem überaus erfolgreichen Start im vergangenen Jahr wird auch wieder die „Messe in der Messe“ zum Thema Pilgern und Wandern mit dabei sein. Neben Vorträgen über Pilger- und Wandertouren wird unter dem Motto „Pilgern-to-go“ eine Schnupperpilgertour auf der Messe veranstaltet. Als Aussteller werden sich sowohl Wander- und Pilgervereine als auch Anbieter von Wanderschuh, Wanderreiseveranstalter und Vertreter attraktiver Wandergebiete auf der Messe präsentieren.

Als Kontakt- und Informationsplattform für Wissenschaft, Wirtschaft, Politik & Verbraucher macht es sich die Landshuter Umweltmesse auch zur Aufgabe, ihre Besucher durch entsprechende Angebote näher über ausgewählte umweltrelevante Themen zu informieren. Das Thema „Licht im öffentlichen Raum – Schwerpunkt: LED-Beleuchtung im Sport“

wird von der Firma Hörmann Kommunikation & Netze GmbH vertreten, die im öffentlichen Raum (Innenstädte, Straßenbeleuchtung, Sportstätten) herkömmliche Beleuchtung auf LED umbaut.

Umweltbildung für Schulen

Vielfältig ist auch heuer wieder das Umweltbildungsprogramm für Schulen: Für Grundschulen werden die Module „Abfallwirtschaft“ durch den Zweckverband Müllverwertung Schwandorf (ZMS) und „Tiere erleben / Naturmaterialien verarbeiten“ (Alpakahof Holzner) angeboten. Das Bildungsangebot für mittlere Jahrgangsstufen besteht wiederum aus einem Elektromobilitäts-Quiz und der Fahrt auf einem eigens für Kinder auf dem Freigelände angelegten Parcours.

Neben Ausstellung, Vorträgen und Vorführungen beinhaltet das vielfältige Rahmenprogramm Kunst- und Kulturbeiträge. Ein breites Angebot an ökologischen Schmankerln aus der Region und eine unentgeltliche umweltpädagogische Kinderbetreuung runden das Programm ab. Der Eintritt ist frei.

Messe-Schirmherr Oberbürgermeister Alexander Putz betonte, die Landshuter Umweltmesse sei aus dem Veranstaltungskalender der Stadt nicht mehr wegzudenken. Zum einen sei das Messegelände belegt und zum anderen könne die Veranstaltung als Leistungsschau der heimischen Wirtschaft betrachtet werden. Bei derartigen Veranstaltungen zeige sich immer überdeutlicher, dass nachhaltiger Lebensstil auch zum Lifestyl gehören kann. Der Praxisbezug spiele hier eine enorme Rolle, so der Landshuter OB. DK



Thomas Nieborowsky (KUMAS e. V.), Lena Kostyurets (SKM Augsburg), Dr. Matthias Köppel (IHK Schwaben) und Heinz Mergel (MVV Industriepark Gersthofen) im Schulungsraum des Zukunftskollegs (ZuKo) in Augsburg. Bild: Annette Zoepf

Ressourceneffizienz für den guten Zweck

KUMAS-Mitglieder statten das „Zukunftskolleg“ des SKM Augsburg mit EDV-Geräten aus

Die KUMAS-Mitglieder MVV Industriepark Gersthofen und IHK Schwaben haben gebrauchte EDV-Geräte – sieben PCs und sieben Laptops – für das Zukunftskolleg (ZuKo) gespendet. ZuKo – eine von mehreren Maßnahmen für Arbeitslose des SKM Augsburg – nutzt die PCs für Schulungen, um die Chancen der TeilnehmerInnen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Dank dieser Sachspende konnten ZuKo-TeilnehmerInnen, die privat über kein EDV-Gerät verfügen, mit den gespendeten Laptops ausgestattet werden, um auch von zuhause aus Stellen zu suchen und Bewerbungen zu schreiben.

Die Innovationszyklen bei PCs und Laptops werden immer kürzer und die zu verarbeitenden Datenmengen nehmen in rasantem Tempo zu. Unternehmen müssen deshalb oft schon nach wenigen Jahren ihre Hardware austauschen, obwohl die Geräte noch lange ihren Dienst versehen könnten. Eine echte Verschwendung von Rohstoffen und Energie, die für die Produktion von EDV-Geräten eingesetzt werden.

Neues Leben für PC und Laptop

Mit der ReUse-Aktion zeigt KUMAS, dass EDV-Geräten wie PC oder Laptop neues Leben eingehaucht werden kann. Umweltschutz und soziales Engagement gehen in der Kooperation von KUMAS und SKM Augsburg / Kath. Verband für soziale Dienste e. V., gut zusammen.

KUMAS-Geschäftsführer Thomas Nieborowsky, Heinz Mergel von der Industriepark Gersthofen GmbH und Dr. Matthias Köppel von der IHK Schwaben erkundigten sich nun vor Ort über den Einsatz der gespendeten Geräte und über die weiteren Aktivitäten des Projektes ZuKo. Dr. Pia Haertinger, Lena Kostyurets und Richard Wildegger vom ZuKo erläuterten auch andere Leistungen und Angebote der Sozialeinrichtung wie die Wärmestube, die Kleiderkammer oder den besonderen Flohmarktladen collage.

Als Leiterin des Zukunftskollegs freut sich Olena Kostyurets, mit den PCs des Industriepark Gersthofen und den Laptops der IHK Schwaben Bedürftigen die einmalige Möglichkeit geben zu können, an technisch einwandfreien Geräten EDV-Kenntnisse zu erwerben und zu vertiefen. □

Hochwasserschutz am Bildschirm, Käuferrechte in der virtuellen Welt

Die Vorteile der digitalen Welt für die Bürger und die bayerische Heimat werden 2018 ein Schwerpunktthema des Bayerischen Umwelt- und Verbraucherschutzministeriums sein. Das bekräftigte Ministerin Ulrike Scharf in München: „Die Digitalisierung wird eines unserer Top-Themen für 2018. Wir haben einen digitalen Werkzeugkasten für Mensch, Natur und Heimat entwickelt. Damit stellen wir uns für die Herausforderungen der virtuellen Welt breit auf. Bayern soll von den digitalen Möglichkeiten profitieren.“

Insbesondere zum Schutz der Bevölkerung vor Naturkatastrophen werden neue technische Voraussetzungen geschaffen. Ziel ist es, zukünftig Krisenszenarien wie große Hochwässer zu modellieren, um im Vorfeld die Wirkung von Vorsorgemaßnahmen zu simulieren. Große Hochwässer können mit dem Klimawandel verstärkt auftreten. Auf diese Weise werden erstmals überregionale und sogar bayernweite Lösungsansätze auf dem Bildschirm darstellbar.

Virtuelles Verstehen

Scharf: „Wir schaffen die Möglichkeiten für virtuelles Verstehen. Das ist ein weiterer Schritt auf dem Weg zu noch mehr Sicherheit für die Menschen in Bayern. Jeder Blick auf den Bildschirm soll Bayern ein Stück sicherer machen.“ Ergänzend wird ein bayerisches Klima-Informationssystem geschaffen, um der Öffentlichkeit aktuelle Daten aus über 200 regionalen Klimaprojektionen zur Verfügung zu stellen. Die Projek-

te finden in enger Zusammenarbeit mit dem Leibniz-Rechenzentrum der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und bayerischen Universitäten statt.

Auch im Umwelt- und Naturschutz wird die Digitalisierung zukünftig eine stärkere Rolle spielen. Mit einem „Natur-Explorer“ der die Naturschätze Bayerns zusammenfassend darstellt, soll der naturnahe Tourismus im Freistaat gestärkt werden. Dazu gehören auch Tourenvorschläge für Wanderungen mit Karten im 3-D-Reality Format.

Bayerische Pläne

Für die technischen Neuerungen im Alltag hat das Ministerium für 2018 unter dem Motto „Lebensqualität – aber sicher“ verschiedene Initiativen geplant. Sie haben eine frühzeitige Berücksichtigung der Verbraucherbelange bei der Entwicklung von Produkten und Geschäftsmodellen sowie mehr Rechtssicherheit im Internet zum Ziel. Scharf: „Die Digitalisierung hat den All-

UBA-Auswertung zur Luftqualität 2017:

Weniger Grenzwertüberschreitungen in Kommunen

Die Auswertung vorläufiger Messdaten der Länder und des Umweltbundesamtes (UBA) zeigt: Im Vergleich zu 2016 ist die Belastung der Luft mit Stickstoffdioxid (NO₂) 2017 zurückgegangen. Die Zahl der Kommunen mit Grenzwertüberschreitungen nahm nach erster Schätzung von 90 auf 70 ab. Die höchste Belastung mit Stickstoffdioxid (NO₂) gab es in München, Stuttgart und Köln.

An rund 46 Prozent der verkehrsnahen Messstationen wurde der Grenzwert von 40 Mikrogramm NO₂ pro Kubikmeter Luft im Jahresmittel überschritten, an zwei Drittel dieser Stationen mit Werten von mehr als 45 µg/m³ sogar deutlich. In München wurden im Jahresmittel 78 Mikrogramm gemessen.

Laut UBA-Präsidentin Maria Krautzberger „werden die Maßnahmen des Diesel-Gipfels mit Software-Updates und Umtauschprämien nicht ausreichen, um die Luft in den Städten so zu verbessern, dass die Grenzwerte überall eingehalten werden“. Dringend benötigt würden die Hardware-Nachrüstung der Autos und leichten Nutzfahrzeuge. Nur so seien die Gesundheitsbelastungen durch Stickstoffoxide schnell und vor allem dauerhaft zu senken.

Stickstoffdioxidbelastung

Das Umweltbundesamt wertet den Rückgang der mittleren Stickstoffdioxidbelastung an verkehrsnahen Messstationen im Jahr 2017 um zirka zwei Mikrogramm pro Kubikmeter im Jahresmittel als Indiz dafür, dass die durch die Dieseldebatte angestoßenen Maßnahmen in den Städten anfangen zu wirken. So wurden beispielsweise örtlich Tempolimits eingeführt sowie durch Straßenverengung der Verkehr reduziert, zudem wurden öffentliche Verkehre gefördert und Busse nachgerüstet.

Fahrzeugflotte

Bundesweit wurden Autos mit hohen Realemissionen durch Software-Updates hinsichtlich

ihrer NOx-Emission leicht verbessert. Außerdem erneuerte und veränderte sich die Fahrzeugflotte hin zu weniger Dieseln: Das Kraftfahrbundesamt (KBA) zeigt in seinen Neuzulassungszahlen 2017 eine Verschiebung hin zu benzinbetriebenen PKW. Ihr Anteil steigt um über elf Prozent gegenüber 2016, Diesel verlieren über 15 Prozent.

Feinstaubbelastung

Neben Stickstoffdioxid werden in der Jahresauswertung auch Feinstaub und Ozon betrachtet. Im Vergleich zum Zeitraum 2005 bis 2016 war die Feinstaubbelastung 2017 geringer. Außer zu Beginn des Jahres blieben besonders feinstaubbegünstigende Wetterlagen aus. Das vergangene Jahr gehörte mit den beiden Vorjahren zu den am geringsten mit Feinstaub belasteten Jahren. Nur an der verkehrsnahen Messstation am Stuttgarter Neckartor wurde mit 45 Tagen erneut der Grenzwert überschritten (PM₁₀-Tagesmittelwerte über 50 µg/m³ an mehr als 35 Tagen im Jahr). Allerdings sollen laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) die Werte an höchstens drei Tagen pro Jahr über 50 µg/m³ liegen. Dieses Ziel überschreiten 87 % aller Messstationen in Deutschland.

Ozonbildung

Niedrig waren die Ozonkonzentrationen 2017 im Vergleich zu den vergangenen 20 Jahren. Anders als der Hitzesommer 2015 war der Sommer 2017 eher wechselhaft und es traten keine lang anhaltenden Schönwetterperioden auf, die die Ozonbildung hätten begünstigen können. Dennoch kam es an 17 Prozent aller Messstationen zu Zielwert-Überschreitungen (der maximale Ozon-8-Stunden-Wert eines Tages darf an höchstens 25 Tagen pro Kalenderjahr – gemittelt über 3 Jahre – den Wert von 120 µg/m³ überschreiten).

Wie Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, gegenüber der „Rheinischen Post“ darlegte, zeigten die Zahlen des Umweltbundesamtes für das Jahr 2017, dass es keinerlei Grund zur Entwarnung gebe. Zwar gingen die Stickstoffdioxid-Werte in Städten leicht zurück, doch komme die Stunde der Wahrheit, wenn Gerichte entscheiden, ob ausreichend, was bisher passiert ist.

Plädoyer für Masterplan

Dedy zufolge „wollen die Städte keine Fahrverbote, aber wir müssen befürchten, dass Gerichte solche Verbote für einzelne Städte anordnen. Der Bund sollte einen Masterplan vorlegen, damit mehr geschieht, als bisher bei den Diesel-Gipfeln verabredet wurde. Die zentrale Aufgabe kommt der Automobilindustrie zu, denn im Verkehr in der Stadt verursachen Diesel-PKW bis zu drei Viertel der Stickoxide. Die Automobilindustrie muss endlich beantworten, was die Software-Updates bringen und wenn das nicht reicht, muss es eine Hardware-Nachrüstung geben.“ DK

Start des Bundeswettbewerbs:

„Klimaaktive Kommune 2018“

Der Bundeswettbewerb „Klimaaktive Kommune 2018“ läuft. Kommunen und Regionen sind deutschlandweit aufgerufen, sich mit ihren vorbildlichen Projekten zum Klimaschutz und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels zu beteiligen. Bewerbungsschluss ist der 6. April 2018.

250.000 Euro Preisgeld

Für die Auszeichnung der Gewinner stehen insgesamt 250.000 Euro Preisgeld und damit 25.000 Euro je Preisträger zur Verfügung. Denn in diesem Jahr prämiiert die Jury zehn Gewinnerprojekte. Die gesuchten Klimaprojekte sollen andere Kommunen und Regionen anregen, neue Ideen auf ihre eigenen Situationen zu übertragen und zu realisieren.

Initiatoren sind das Bundesumweltministerium und das Deutsche Institut für Urbanistik. Kooperationspartner sind der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund. Die Gewinner werden im Rahmen einer öffentlichen Preisverleihung auf der 11. Kommunalen Klimakonferenz voraussichtlich am 6. Dezember 2018 in Berlin bekannt gegeben und ausgezeichnet.

Bewerbungen sind in vier Kategorien möglich

Kategorie 1 „Ressourcen- und Energieeffizienz in der Kommune“
Kategorie 2 „Klimaanpassung in der Kommune“
Kategorie 3 „Kommunale Klimaaktivitäten zum Mitmachen“
Sonderpreis „Kommunale Klimaaktivitäten und Ernährung“.

Bewerbungsformulare sowie detaillierte Informationen zu den einzelnen Kategorien stehen unter www.klimaschutz.de/wettbewerb2018 bereit.

Teilnahmeberechtigt sind Städte, Gemeinden und Landkreise sowie Regionen. Es gibt keinen Ausschluss für Teilnehmende oder Projekte vorheriger Wettbewerbsrunden. Gewinnerkommunen der Vorjahre können sich mit neuen Projekten bewerben. □

Bayerischer Städtetag / Bezirksversammlung Oberpfalz:

Wohnungsnot lindern

Die Themen Wohnungsbau und Digitalisierung in Schulen standen auf der Agenda der diesjährigen ersten Bezirksversammlung Oberpfalz des Bayerischen Städtetages in Regensburg. Bürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer konnte hierzu neben dem Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags Bernd Buckenhofer unter anderem den Weidener Oberbürgermeister Kurt Seggewiß, Bezirksvorsitzender der kreisfreien Verbandsmitglieder in der Oberpfalz sowie den Wiesauer Bürgermeister Toni Dutz, Bezirksvorsitzender der kreisangehörigen Verbandsmitglieder der Oberpfalz, begrüßen.

In vielen Regionen Bayerns sind bezahlbare Wohnungen Mangelware – so auch in Regensburg. Wie Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer betonte, stoße die Stadt zunehmend an ihre räumlichen und finanziellen Grenzen. Gemessen an der Einwohnerzahl sei Regensburg zwar derzeit die Kommune mit der höchsten Fertigstellungs- und Genehmigungsrate für Wohnungsbau, laufe aber praktisch immer ihrer Entwicklung hinterher.

Kräfte bündeln

„Bund, Freistaat und Kommunen müssen ihre Kräfte bündeln, um Wohnungsnot zu lindern. Der Bund muss Anreize schaffen für Investitionen zum Bau neuer Wohnungen und zur Sanierung des Wohnungsbestandes“, forderte deshalb Städtetags-Geschäftsführer Bernd Buckenhofer in Vertretung des Städtetagsvorsitzenden Dr. Kurt Gribl, der sich zum Sitzungszeitpunkt bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin befand. Aus Sicht des Kommunalver-

bandes muss die staatliche Wohnraumförderung weiter intensiviert, optimiert und vereinfacht werden. Der Bund und besonders der Freistaat müssen ihre Mittel erhöhen. Die Entflechtungsmittel des Bundes für soziale Wohnraumförderung laufen 2019 aus. Städte und Wohnungswirtschaft brauchen ein klares Signal, wie es mit der Förderung weiter geht, denn sonst droht ein Stillstand bei notwendigen Investitionen.

Bund muss mehr Augenmaß zeigen

Buckenhofer verwies auf ein weiteres Problem: „Der Wohnungsbau wird teurer wegen der hohen Anforderungen an Wohnungen bei Barrierefreiheit und energetischen Standards – hier sollte der Bund mehr Augenmaß zeigen.“ Der Bund müsse den Kommunen mehr Instrumente an die Hand geben, um mehr Bauland auszuweisen. Buckenhofer: „In den Städten wird der Raum knapp: In verdichteten Räumen

ist die Mobilisierung von Bauland schwierig.“ Die Möglichkeiten des Baugesetzbuches allein – etwa mit der kürzlich neu geschaffenen Kategorie des „urbanen Mischgebiets“ – helfen Städten und Gemeinden nicht ausreichend, um schnell Bauland für Wohnungen zu gewinnen. Darum müssen weitere Anreize zur Flächenmobilisierung geschaffen werden.

Buckenhofer zufolge wollen Städte bauen, aber die Flächen für Bauland fehlen: Städte und Gemeinden brauchen Handlungsspielräume für eine vorausschauende Bevorratung von Flächen. Sie müssen bereits im Vorfeld formeller städtebaulicher Maßnahmen ein Vorkaufsrecht für Grundstücke auf eigenem Gebiet bekommen, um rechtzeitig Baugrund, Tauschflächen oder Ausgleichsflächen für den Neubau von Wohnungen erwerben zu können.

Steuerliche Anreize schaffen

Der Bund muss nach Auffassung des Städtetags steuerliche Anreize schaffen, damit brach liegende Flächen einer sozialen Nutzung zugeführt werden. Der Verkauf von landwirtschaftlichen Flächen an Kommunen sollte steuerlich begünstigt werden, um dort Wohnungen zu bauen – samt der dafür nötigen Infrastruktur für Verkehrserschließung mit Straßen und öffentlichem Nahverkehr, mit Schulen und Kitas, mit Einkaufsmög-

lichkeiten für die Nahversorgung. Dies könnte über die Einführung eines Freibetrags im Einkommensteuergesetz bei Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft und Erweiterung der Reinvestitionsmöglichkeiten auf bewegliche Wirtschaftsgüter geschehen. Darüber hinaus müsse endlich eine Einigung gefunden werden, die degressive AfA (Absetzung für Abnutzung) für Wohnungsbau wieder einzuführen. Hilfsweise könnten Investitionszulagen Private motivieren, Bauland für den Wohnungsmarkt zur Verfügung zu stellen.

Auch Bund und Freistaat müssten ihren Grundstücksbestand nach geeigneten Bauplätzen durchsuchen und Baulücken systematisch erfassen; dazu gehörten ehemalige Kasernengelände und Militärfächen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) und Flächen der Immobilien Freistaat Bayern (IMBY). Wie Buckenhofer darlegte, „müssen Liegenschaften und Freiflächen des Bundes bevorzugt und vergünstigt an Kommunen abgegeben werden. Der Bund muss seiner strukturpolitischen und sozialpolitischen Verantwortung gerecht werden. Der Bund muss einen Rechtsrahmen schaffen, damit die BImA bei strukturpolitisch und sozial wichtigen Projekten Grundstücke billiger abgeben kann, um dort günstige Wohnungen zu bauen.“

Städtebauförderung dauerhaft sichern

Freie Kasernengelände und ehemalige militärische Liegenschaften böten Raum für Städtebau und Stadtentwicklung, um Wohnungen, Schulen, Kindergärten und Infrastruktur zu errichten. Buckenhofer: „Die Städtebauförderung muss dem Bedarf angepasst werden und muss dauerhaft gesichert sein. Nötig ist eine Quartiersentwicklung, die für eine ausgewogene Durchmischung und einen sozialen Austausch in der Stadt sorgt. Schieflagen müssen früh erkannt werden, um bei Problemen oder bei sozialen Spannungen gegenzusteuern. Das Baugesetzbuch muss ergänzt werden, damit die Städtebauförderung auch zur Prävention von sozialen Missständen in neuen Wohnquartieren eingesetzt werden können.“

Städte und Gemeinden benötigten in der Städtebauförderung verlässliche und dauerhafte Rahmenbedingungen. Anstatt eine Vielzahl an thematischen Einzelprogrammen mit unterschiedlichen Laufzeiten zu konzipieren, sei eine Konzentration der Städtebauförderung auf ein langfristiges und inhaltlich flexibles Programm nötig. Der Bund müsse die Mittelausstattung für Städtebauförderung auf hohem Niveau halten, um den Herausforderungen der Stadtentwicklung gerecht zu werden.

Digitalisierung der Schulen

Nachholbedarf gibt es auch beim Thema Digitalisierung der Schulen. Zwar sind zahlreiche Lehrgebäude inzwischen technisch sehr gut ausgestattet, allerdings fehlt es nach Ansicht der Städtetagsvertreter an einem einheitlichen Konzept. Laut Kurt Seggewiß, Oberbürgermeister von Weiden, benötige Digitalisierungs Standards: „Wir haben den Anspruch, dass die Realschule in Waldsassen und Realschulen in Regensburg den gleichen Standard eines ‚digitalisierten Klassenzimmers‘ haben.“ Es könne nicht sein, dass die Finanzkraft einer Kommune einen Unterschied macht.

Nach den Worten von Geschäftsführer Buckenhofer muss der Freistaat die digitale Infrastruktur an Schulen mitfinanzieren. Er stehe besonders in der Pflicht. Das Bayerische Schulfinanzierungsgesetz stamme schließlich noch aus dem ‚Kreidezeitalter‘, als Kreide und grüne Tafel die Grundausstattung in Schulen waren, so Buckenhofer. **DK**



V. l.: Dr. Hermann Hage, Referent für Bildung, Sport und Freizeit der Stadt Regensburg; Andreas Altmann, Bildungskordinator Stadt Regensburg; Bürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer, Landrätin Tanja Schweiger; Maximilian Sedlmaier, Leiter der Sozialabteilung im Landratsamt und Susanne Unger, Bildungskordinatorin Landkreis Regensburg.
Bild: Stadt Regensburg/Peter Ferstl

Stadt und Landkreis Regensburg:

Bildungspass für Neuzugewanderte

Stadt und Landkreis Regensburg führen mit Beginn des neuen Jahres einen „kommunalen Bildungspass für Neuzugewanderte“ ein. Dieser wurde von den Bildungskordinatoren für Neuzugewanderte, Susanne Unger vom Landkreis Regensburg, und Andreas Altmann von der Stadt Regensburg, in Zusammenarbeit mit der Stadt Amberg und dem Landkreis Amberg-Weizbach entwickelt. Der Bildungspass ist eine Mappe, in der alle bildungs- und berufsrelevanten Dokumente wie Zeugnisse, Qualifikations-, Weiterbildungs- und Praktikumsnachweise gesammelt und strukturiert gebündelt werden. Im Bildungspass sind zudem regional relevante Anlaufstellen für Beratung, Bildung und Arbeitsmarktintegration aufgelistet.

Bei einem Pressetermin im Regensburger Landratsamt stellten Landrätin Tanja Schweiger und Bürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer das Gemeinschaftsprojekt von Stadt und Landkreis Regensburg vor. „Der Bildungspass stellt ein hilfreiches Instrument dar, um die Integration erfolgreicher und den Eintritt in den Arbeitsmarkt einfacher zu gestalten. Wir hoffen, dass dieses kostenlose Angebot gut angenommen wird“, sind sich die beiden Spitzen aus Stadt und Landkreis einig.

Praktische Integrationshilfe

Der Leiter der Sozialabteilung im Landratsamt, Maximilian Sedlmaier, und der Referent für Bildung, Sport und Freizeit der Stadt Regensburg, Dr. Hermann Hage, sind überzeugt, dass mit dem Bildungspass ein niederschwelliges Werkzeug geschaffen wurde, mit dem ein Bewusstsein für einen verantwortungsvollen Umgang mit Dokumenten geschult sowie praktische Integrationshilfe für den deutschen Arbeitsmarkt geleistet werden kann.

Zielgruppe

Zielgruppe des Passes sind alle neuzugewanderten Migrantinnen und Migranten. Die Nutzung des Passes wird ab einem Alter von 16 Jahren empfohlen. Ausgabestelle des Passes sind zunächst die verschiedenen Erstberatungsstellen, die Berufsschulen sowie ausgewählte Bildungsträger. Er hilft beratenden Stellen, einen schnellen und umfassenden Überblick über die Bildungshistorie des Bildungspass-Inhabers zu bekommen. Im Idealfall wird die Bildungshistorie vor und nach der Einreise nach Deutschland vollständig abgebildet.

„Dies kann als gute Grundlage für eine professionelle Vorstellung bei potenziellen Arbeitgebern, Bildungsträgern und Praktikumsbetrieben oder für Beratungsgespräche bei der Agentur für Arbeit und den Jobcentern gesehen werden“, so die Bildungskordinatoren Susanne Unger und Andreas Altmann.

Seit Ende 2016 sind die Bildungskordinatoren für Neuzugewanderte in Stadt und Landkreis tätig. Deren Kernaufgabe ist es, Transparenz bei den Bildungsangeboten zu schaffen, Handlungsfelder und Bedürfnisse zu erkennen und diese sowie ver-

schiedene Bildungsakteure aufeinander abzustimmen. **□**

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Jakob Döring
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertriebs:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 52 vom 01.01.2018
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Familienbildung in Altmühlfranken

Das Sachgebiet „Jugend und Familie“ und die Zukunftsinitiative altmühlfranken haben gemeinsam mit dem Zentralinstitut für Ehe und Familie in der Gesellschaft der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt eine groß angelegte Studie über Familienbildungsangebote im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen durchgeführt. Die Ergebnisse der Umfrage wurden nun vorgestellt und sollen künftig als Grundlage für Handlungsempfehlungen und Projekte dienen.

Die Studie bestand aus zwei Teilen. Zum einen aus der Bestandsaufnahme, bei der 112 Träger von Familienbildungsangeboten zu ihren jeweiligen Veranstaltungen befragt wurden. Zum anderen aus einer Bedarfsanalyse, bei der 4.418 Eltern von Kindern unter 18 Jahren Fragen über die Inanspruchnahme und die Zufriedenheit eben dieser Veranstaltungen beantwortet haben.

Im Rahmen der Bestandsaufnahme der Träger war das Ziel zu erfahren, welche Angebote zur Familienbildung bereits bestehen, an wen sie sich richten und wie sich diese gestalten. Von den 112 Anbietern gaben 95 an, dass sie im Jahr 2016 Veranstaltungen angeboten haben. Die Familienbildungsangebote richteten sich an unterschiedliche Familienformen. Sie beziehen sich mehrheitlich auf Eltern mit Säuglingen und Kleinkindern (74,2%) sowie auf Eltern mit Vorschulkindern (75,3 %). Der Fokus der angebotenen Veranstaltungen liegt auf dem Themenbereich „Entwicklung und/oder Verhalten des Kindes“.

Die Befragung der Eltern ergab, dass bereits 32% Familienbildungsangebote in Anspruch genommen haben, 65,9% planen eine Teilnahme in der Zukunft oder ziehen diese in Erwägung. 63,8% der befragten Eltern gaben an, dass sie bisher an keinen Veranstaltungen teilgenommen haben, da sie über das Angebot nicht informiert waren. Es sollte deshalb überlegt werden, wie ein größerer Teil der Elternschaft über die Angebote informiert und dafür gewonnen werden kann. Die Studie zeigt: Je mehr Eltern an Familienbildungsangeboten teilnehmen, desto besser sind sie rechtzeitig über bevorstehende Angebote informiert. Als wichtigste Informationsquelle für Familien- und Erziehungsthemen (46,1%)

dient das Internet. Das Themenfeld „Schule/Lernen“ ist mit 41,6% das wichtigste Themenfeld für die Eltern. Darüber hinaus wünschen sich viele Eltern ein größeres Angebot in den Bereichen „Freizeit“ und „Umgang mit Medien“.

Aus den Ergebnissen leiten sich erste Handlungsempfehlungen ab: Eine Möglichkeit wäre, dass die Veranstaltungen der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen in Absprache mit den Trägern und Leitungen für eine größere Zielgruppe geöffnet werden. Außerdem sollten Familien mit Migrationshintergrund bei der Planung von Familienbildungsangeboten besser berücksichtigt werden. Dies wäre mit einem höheren Planungsaufwand verbunden und könnte erst innerhalb der nächsten Jahre realisiert werden. Als eine langfristige Maßnahme wäre eine Internetplattform mit allen Anbietern von Familienbildungsangeboten anzustreben.

Bayern ist Familienland Nr. 1

„Junge Familien sind der Grundpfeiler unserer Zukunft und einer gelingenden Gesellschaft. Gute Startbedingungen sind dabei wichtig. Hierzu leistet die Familienbildung einen wichtigen Beitrag, in dem sie Eltern informiert, unterstützt und begleitet – sofern sie es wünschen.“, so Landrat Gerhard Wägemann bei der Vorstellung der Evaluationsergebnisse an der auch Bayerns Familienstaatssekretär Johannes Hintersberger teilgenommen hat. Er betonte: „Die Familie ist die erste und ursprünglichste Einheit für die soziale und emotionale Entwicklung unserer Kinder. Familien zu unterstützen ist uns in Bayern deshalb ein Herzensanliegen. Bayern ist Familienland Nr. 1! Der Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen hat diese Erfolgsgeschichte ganz

entschieden mitgeschrieben. Denn hier werden die Bedürfnisse von Familien nicht nur wahrgenommen, sondern auch ernst genommen.“

Stefan Lahner der Leiter des Sachgebietes „Jugend und Familie“ des Landratsamtes Weißenburg-Gunzenhausen macht deutlich, dass die Kinder- und Jugendhilfe viel mehr präventiv tätig sein muss: „Immer erst als ‚Feuerwehr‘ reaktiv auf den Plan zu treten, wenn es Probleme gibt, ist zu wenig und zu spät.“ Die Studie bildet für ihn einen Einstieg in einen vertieften strategischen Umgang mit dem Thema Familienbildung, um sich in Zukunft der Gesamtverantwortung stellen zu können.

Die Durchführung und die wissenschaftliche Begleitung erfolgten durch das Zentralinstitut für Ehe und Familie in der Gesellschaft (ZFG) der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. „Mit diesem Projekt wurde der Forschungsstand im Bereich von Familienbildung weiter verbessert und auf eine breite empirische Grundlage gestellt. Gleichzeitig gelang durch die Kooperationspartnerschaft unserer Universität mit dem Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen ein anwendungsorientierter Transfer wissenschaftlicher Expertise in die Praxis“, erklärt ZFG-Direktor Prof. Dr. Klaus Stüwe.

An die Eltern wurden insgesamt 12.311 Fragebögen ausgegeben. Davon wurden 4.418 Fragebögen zurückgeschickt und ausgewertet. Dies entspricht einer Rücklaufquote von 35,9 %. An die Anbieter wurden 246 Fragebögen verschickt. Zurückgesandt und ausgewertet wurden 112. Die Rücklaufquote von 45,5% ist auch hier sehr gut. Die Umfrage basiert damit auf einer sehr aussagekräftigen Datengrundlage und liefert für den Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen repräsentative Ergebnisse. Es handelt sich in diesem Bereich um eine der größten Studien bayernweit. Dies ist vor allem den Eltern und den Trägern von Familienbildungsangeboten zu verdanken, die eine große Bereitschaft zum Ausfüllen der Fragebögen gezeigt haben. **□**

Deutliches Bekenntnis zum ländlichen Raum

Staatssekretär Füracker beim CSU-Jahresempfang in Scheinfeld

„Die Kommunen wissen am besten, was vor Ort wie zu entwickeln ist“. Mit diesen Worten brach Staatssekretär Albert Füracker beim Jahresempfang der CSU in Scheinfeld eine Lanze für die Städte, Gemeinden und Landkreise und deren Recht auf Selbstverwaltung. Dem von einigen Protagonisten immer wieder beschriebenen „Flächenfraß“ mit Forderung nach gesetzlichen Begrenzungen trat Füracker entgegen: Der Freistaat Bayern habe in den letzten 20 Jahren um zwei Millionen Menschen zugenommen, „und diese brauchen Straßen, Arbeitsplätze, Wohnungen, Kindergärten und Schulen“.

Es sei unredlich, im gleichen Atemzug eine Begrenzung des Flächenverbrauchs und Wohnraum für Flüchtlinge und Großfamilien zu fordern. Als Alternative käme ja nur das Bauen in die Höhe in Frage, was auch nicht gewollt und zum Beispiel bei Industrieansiedlungen oft nicht realisierbar sei. „Auch um unnötiges Pendeln zu verhindern brauchen wir Arbeitsplätze nicht nur in den großen Städten“.

Der für Finanzen, Landesentwicklung und Heimat zuständige Staatssekretär hatte auch Zahlen parat: Besiedlungs- und Verkehrsflächen umfassten in Deutschland 13,7 und in Bayern 11,9 Prozent, „aber inklusive Hausgärten Parkanlagen und Fußballplätze“. Wirklich zugebaut seien 6,1 Prozent. Unabhängig davon sei auch er stark daran interessiert, dass nicht unnötig Flächen verbraucht werden: „Aber die Diskussion darüber muss ehrlich sein“ und sollte auf eine intelligente Flächennutzung hinwirken, die Wertschöpfung und wirtschaftlichen Erfolg ermögliche und gleichzeitig die Natur nachhaltig schütze.

„Problembeschreiber“ und „Benachteiligungsgewächs“

Mit einem Seitenhieb auf die politische Konkurrenz meinte Albert Füracker: „Wir brauchen Problemlöser und nicht Problembeschreiber oder gar Problembeschaffer“. Und mit Blick auf die Landtagswahl im Herbst: „Wer in Berlin vor der Verantwortung da-

vonläuft, den brauchen wir auch in Bayern nicht als Partner“. Unredlich seien zudem die immer wieder von den Freien Wählern („Partei der Nichtpartei“) aufgestellten finanzträchtigen Forderungen. „Wir sind nicht der Billige Jakob“ und es werde vergessen, dass der Staat, der alles kostenneutral zur Verfügung stellen soll, aus allen Bürgern bestehe.

Für ihn sei die Steuerentlastung der bessere Weg. Leistung müsse sich auch lohnen und die Staaten müssten endlich lernen, mit dem auszukommen, was sie einnehmen. „Der Soli muss weg“ rief Füracker aus, denn die Aufgabenstellungen in den neuen Ländern hätten sich inzwischen erledigt.

Vehement wandte sich der aus der Oberpfalz stammende Staatssekretär gegen das „Benachteiligungsgewächs“: Der ländliche Raum nehme für die gesamte Staatsregierung einen hohen Stellenwert ein und werde vielfach gefördert, nicht nur mit Mitteln für schnelle Leitungen, mit Behördenverlagerungen und dem Bau von Straßen und Schulen.

„Wir können nicht die ganze Welt alleine retten“

Mit Blick auf die vor allem durch Flüchtlinge gestiegenen Sozialleistungen meinte Füracker: „Wir können nicht die ganze Welt alleine retten“ und wollte die Europäische Union als Ganzes in die Pflicht genommen wissen. Unabhängig davon nehme die Staatsregierung ihre Verantwortung für das Soziale ausgespro-

chen ernst. Als Beispiel nannte er das eigene Betreuungsgeld, welches von manchen politischen Mitbewerbern als „Herdprämie“ diffamiert werde. Für ihn stehe die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Perspektiven für Familien in jeder Lebensphase im Fokus.

Landkreis profitiert von Behördenverlagerung

CSU-Kreisvorsitzender und Landtagsabgeordneter Hans Herold, zwischen den Haushaltsberatungen in München nach Scheinfeld geeilt, zeigte sich ausgesprochen erfreut über die „de facto Vollbeschäftigung“ im Landkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim und über die von Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder initiierte Behördenverlagerung, von welcher „der Landkreis ganz erheblich profitiert“. Dass das ‚BayernLab‘ nach Neustadt kommt, sei „eine großartige strukturelle Entscheidung“. Hier würden regionale IT-Zentren geschaffen, die Schulen und Firmen eine Plattform für neue digitale Trends und Produkte böten.

Hans Herold dankte besonders den Staatsministern Joachim Herrmann und Dr. Markus Söder wie auch Staatssekretär Albert Füracker für die permanente Unterstützung auch am Beispiel der „Schlüsselzuweisungen auf Rekordhöhe. Insgesamt können wir mit Optimismus die Herausforderungen des Jahres anpacken“. Dass Herold die Interessen der Region mit Nachdruck und manchmal auch penetrant vertritt, sei in München bekannt. Füracker launig: „Das, was zum Beispiel in Neustadt geschaffen wird, müsste eigentlich ‚Hans-Herold-Behördenzentrum‘ benannt werden“.

Landrat Helmut Weiß nutzte die Gelegenheit, sich für die vielfältigen Förderungen des Freistaates zu bedanken, von welchen zum Beispiel auch der Neubau des Gymnasiums in Scheinfeld erheblich profitiere. „So können Zukunftschancen genutzt werden und gemeinsam werden wir weiter daran arbeiten, attraktive Lebensbedingungen in unserer Heimat zu erhalten und auszubauen“.

Nachwuchstalente vorgestellt

Zahlreiche Repräsentanten des Öffentlichen Lebens aus Scheinfeld und Umgebung waren der Einladung des CSU-Kreisverbandes und des Ortsverbandes Scheinfeld zum Jahresempfang gefolgt. Die bereits nominierten bzw. designierten Kandidaten für die Landtags- und Bezirkstagswahlen am 14. Oktober nutzten die Gelegenheit, sich kurz vorzustellen: Das „Nachwuchstalente“ Bastian Gebhardt aus Stein soll einen guten Platz auf der Mittelfrankenliste für den Bayerischen Landtag bekommen, während Thomas Zehmeister aus Großhabersdorf als Stimmkreisbewerber für den mittelfränkischen Bezirkstag bereits nominiert ist, wie auch Hans Herold wieder als Landtags-Direktbewerber im Stimmkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim / Fürth-Land.

CSU-Ortsvorsitzender Martin Jendert und die anwesenden Mandatsträger nutzten den Jahresempfang zur Ehrung langjähriger Mitglieder aus Scheinfeld. „Die Treue zur CSU ist ein wichtiger Baustein, um unterschiedliche Interessen bündeln und gemeinsam eine gute Zukunft entwickeln zu können“.



„Wer hätte das gedacht, dass ein harmloser Witz auf Kosten einer Frau heutzutage noch ein solches Ungewitter der Gendertönnin auslösen würde.“ Nein, mein Chef, der Bürgermeister, bezog sich nicht auf die Altneihäuser Feuerwehrkapell’n, die in der Fränkischen Fastnacht ein paar eindeutig-drastische Wirtshauswitze über Brigitte Macron gerissen hat.

Die Rede ist von Justin Trudeau, dem Premierminister von Kanada, der sich selbst als Feminist bezeichnet und dessen Land erst kürzlich in seiner Nationalhymne den Hinweis auf die Söhne des Vaterlandes gestrichen hat, um inklusiv zu wirken und auch die Töchter und das dritte Geschlecht zu ihrem patriotischen Recht

Geschlechterneutralität in der Sprache

kommen zu lassen. Er hat bei einer Diskussion eine Frau dafür gerügt, dass sie den Begriff mankind (Menschheit) verwendet hat, in dem eben man (Mann) vorkommt. Als alternativen Begriff schlug er peoplekind (Menschenheit) vor, den es als Begriff nicht gibt und der natürlich nur dazu diene, eine suadernde Fundamentalfeministin auf die Rolle zu nehmen.

Hui, da hieß es in Deckung gehen vor all den Posts und Kommentaren, die Trudeau entweder selbst einen feministisch gehirnverseuchten Spinner nannten oder – so vielgestaltig ist heutzutage die Community der Politikerbeleidiger – einen ewig gestrigen Betonmacho. Da blieb dem nach dem Abgang Barack Obamas einzig verbliebenen Sonnyboy der angelsächsischen Politwelt nur die zerknirschte Feststellung, dass ihn das Witzlemachen unter Umgehung des Regens direkt in die Traufe der politischen Inkorrektheit beförderte hat.

Auch bei uns treibt ja die Frage, wie weit die Geschlechterneutralität in der Sprache getrieben werden soll, immer mal wieder das Diskussionsthermometer bis zum Siedepunkt. Legendar sind Versuche, die Frage der Geschlechtergerechtigkeit mit einem Federstrich zu erledigen, indem Hochschulen zum Beispiel anregen, männliches wie weibliches Lehrpersonal mit Frau Professor anzureden. Dazu kom-

men ständige Neuerungen in dem Bestreben, geschriebene Texte unlesbar zu machen. Berühmt das Binnen-I in BürgermeisterIn, das den Begriff für weibliche Amtsträgerinnen wie männliche Amtsträger verwendbar machen sollte, ebenso wie das in Kreisen eher konservativer Schreiber bis heute weit verbreitete Zeichen /- wie in Bürgermeister/-in. Da

nicht nur LGBT-Aktivisten, sondern mittlerweile auch das Bundesverfassungsgericht an das dritte Geschlecht glaubt, ist aber heutzutage das * der politisch korrekte Hit, also Bürgermeister*in für alle, die berechtigterweise das größte Amtszimmer im Rathaus haben.

Wie oben schon gezeigt, bleibt auch die Doppelung, also Bürgermeisterin und Bürgermeister, sehr beliebt bei Verfassern von Texten, die diese künstlich verlängern wollen. Hier muss man nur höllisch aufpassen, nicht in eine andere Form der Genderfalle zu tappen. Und damit meine ich nicht die satirische Anführung Telefonhörer und TelefonhörerIn, die Spötter gerne benutzten, als man noch mit Zweikomponentengeräten telefonierte. Linguisten haben nämlich nachgewiesen, dass meist nur positiv oder neutral besetzte Begriffe durchgegendert werden. Begriffspaare wie Mörderin und Mörder, Diebin und Dieb oder Psychopathinnen und Psychopathen findet man praktisch nie in geschriebenen oder gesprochenen Texten.

Mein Chef, der Bürgermeister, macht bei seiner Tochter im Übrigen eine interessante Beobachtung: Junge Frauen legen immer häufiger gar keinen Wert auf das ewige Gendern. Sie sind in eine Welt hineingewachsen, in der Gleichberechtigung der Geschlechter akzeptierte und – wenngleich nicht durchgehend, wenn ich an das gender-pay-gap denke – gelebte Realität ist. Sie fühlen sich nicht mehr so im Kampf wie ihre Mütter.

Zum Schluss noch ein tröstendes Wort von Christian Morgenstern für meinen Chef und alle politisch tätigen oder ein politisches Amt bekleidenden Menschen, denen mal ein Witz misslingt: „Den Charakter eines Menschen erkennt man an den Scherzen, die er übel nimmt.“

ihre
Sabrina

Fachakademie Krumbach wird privatisiert

Nach Zustimmung von Stiftungsvorstand und –beirat der Günzburger Bürgerstiftung sowie Information der Fraktionsvorsitzenden stellte Landrat Hubert Hafner den Beschäftigten und der Öffentlichkeit das Konzept für die künftige Entwicklung der Joseph-Bernhart-Fachakademie Krumbach vor. Der Vorschlag beinhaltet, die Schulträgerschaft auf eine noch zu gründende Schulträger gGmbH zu übertragen. Dabei soll die Bürgerstiftung des Landkreises Günzburg – eine rechtsfähige öffentliche Stiftung des bürgerlichen Rechts – Alleingesellschafter der Schulträger gGmbH werden. Diese Lösung würde eine Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen für die Fachakademie bedeuten.

Der Landkreis Günzburg als kommunaler Träger der Schule erhält im Vergleich zu privaten Schulträgern deutlich geringere staatliche Zuschüsse. Mehrere Vorstöße und konkrete Änderungsvorschläge gegenüber dem Bayerischen Kultusministerium führten bisher zu keiner Verbesserung der Situation. Hafner betonte ausdrücklich, dass der Landkreis Günzburg weiterhin zur Fachakademie Krumbach steht und deren Fortbestand sichern möchte.

Vorbehaltlich der Zustimmung des Kreistages des Landkreises Günzburg soll der Schulträgerwechsel bereits zum Schuljahresbeginn 2018/2019 realisiert werden. Hierzu hätte die künftige Schulträger gGmbH bis Ende März einen Antrag auf schulaufsichtliche Genehmigung sowie einen Antrag auf eine staatliche Anerkennung bei der Regierung von Schwaben einzureichen. Voraussetzung für die Antragstellung ist, dass der Kreistag in einer Sondersitzung am 20. Februar seine Zustimmung zum Schulträgerwechsel in der geplanten

Form erteilt. Zuvor würden sich noch die zuständigen Fachausschüsse des Kreistages mit dem Vorhaben befassen. Die Bürgerstiftung hat bereits grünes Licht gegeben und die Gründung einer Schulträgergesellschaft beschlossen.

Der Landkreis Günzburg betreibt seit vielen Jahren die Joseph-Bernhart-Fachakademie für Sozialpädagogik in Krumbach als kommunale Schule. Für den laufenden Betrieb der Fachakademie erhält der Landkreis einen staatlichen Lehrpersonalzuschuss und kommunale Gastschulbeiträge für den anteiligen laufenden Schulaufwand. Der finanzielle Nettoaufwand für den Landkreis in Höhe von derzeit jährlich ca. 700.000 Euro ließe sich erheblich verringern, wenn die Fachakademie in private Trägerschaft übergeführt würde. Zuvor hatte der Landkreis über mehrere Jahre vergeblich versucht, eine Gleichstellung der staatlichen Zuschüsse für die kommunale Schule mit den Zuschüssen für Fachakademie in privater Trägerschaft zu erreichen. **Hajo**

Starkes Franken in einem starken Bayern

Finanz- und Heimatempfang in Nürnberg

„Deutschland ist so stark wie nie und Bayern noch viel stärker“, so skizzierte der designierte Bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder beim „Finanz- und Heimatempfang“ in Nürnberg die Ausgangslage im Jahr 2018. Als noch amtierender Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat schlug er in einer launigen Rede einen Bogen von Berlin über Bayern nach Franken: „Ich wünsche mir anders als in Berlin zügig nach der Landtags- und Bezirkstagswahl im Herbst eine stabile Regierung in Bayern und Franken“.

Die Stärke Bayerns stütze sich auf eine Million neuer Arbeitsplätze, die in den letzten zehn Jahren im Freistaat entstanden seien. Und dass es auch starke Kommunen gibt, läge unter anderem an der im Ländervergleich einmaligen Förderung der Landkreise, Städte und Gemeinden durch den Freistaat: „Mit 9,5 Milliarden Euro haben wir aktuell den höchsten Finanzausgleich aller Zeiten.“

Kommunen unterstützen

Die Kommunen, deren Wohlergehen ihm sehr am Herzen läge, würden auch in Zukunft verstärkt unterstützt. Dazu zählten die „ausgesprochen erfolgreichen Behördenverlagerung“ ebenso wie die flächendeckende Breitbandversorgung und eine weitere Digitalisierung mit entsprechender Vernetzung auch mit dem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sowie WLAN in allen öffentlichen Verkehrsmitteln und an Schulen.

„Leistung muss sich lohnen“, meinte Dr. Markus Söder. In diesem Zusammenhang sprach er sich für baldige Steuerentlastungen und den raschen Einstieg aus dem Ausstieg des „Soli“ aus: „Diese sachgrundlose Befristung gehört abgeschafft“. Und er wolle das Eigentum stärken. „Wir brauchen auch mehr Wohnungen“; dazu würden neben gezielten Fördermaßnahmen für Familien zum Beispiel mit dem Baukindergeld auch flexiblere Bauverordnungen entwickelt werden. Der Zielkonflikt im Zusammenhang mit dem Flächenverbrauch sei ihm durchaus bewusst, er setze aber mehr auf Anreize statt Verbote und die Revitalisierung der Ortskerne.

Probleme der Bürger im Vordergrund

„Meine Heimatstrategie fußt auf dem Miteinander aller politischen Ebenen“ und dem Respekt und der Würde für alle

Menschen, die auch das Soziale nicht hintanstelle. In diesem Zusammenhang wolle er auch ein Pflegegeld für diejenigen einführen, die sich zu Hause um ihre pflegebedürftigen Angehörigen kümmern. „Bayern geht es besser als allen anderen, aber nicht allen geht es gleich gut“, so Söder. Deshalb stehen für ihn die Probleme der Menschen im Vordergrund: „Wir müssen konkrete Lösungen bieten, die klar, langfristig und verlässlich sind“.

Sicherheit als höchstes Gut

Söders Wunsch für 2018: „Wir brauchen eine stabile Regierung in Deutschland als wichtigstes Land in Europa“. Und diese müsse Antworten auf die Fragen der Zeit entwickeln. Dazu zählte er einen starken und durchsetzungsfähigen Rechtsstaat: „Die Sicherheit ist das höchste Gut“. Er wolle die Polizei massiv verstärken und für „mehr Präsenz auf der Straße“ sorgen. Und es könne nicht sein, dass man zwar ohne Pass nach Deutschland reinkommt, aber nicht mehr raus“. Fremden werde in Bayern und Deutschland in einem Ausmaß geholfen, wie in wohl keinem anderen Land: „Dabei darf die einheimische Bevölkerung aber nicht vergessen werden“. **pmw**

Landkreise München und Dachau:

Mehr MINT-Bildung für alle

Jetzt ist es offiziell: Ende Januar unterzeichneten die Landräte Christoph Göbel (München) und Stefan Löwl (Dachau) beim ersten MINT-Forum in Anwesenheit von über 100 Gästen im Landratsamt München die Kooperationsvereinbarung, die das gemeinschaftliche Engagement für die MINT-Region Münchner Umland besiegelt.

In der Praxis arbeiten die beiden Landkreise und 26 Kooperationspartner aus dem Schul- und Wissenschaftsbereich aber schon über mehrere Monate intensiv daran, wie man junge und erwachsene Menschen für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (=MINT) begeistern kann. Im April letzten Jahres wurde die gemeinsame Bewerbung beim Bayerischen Kultusministerium um eine von acht MINT-Regionen im Freistaat erfolgreich abgeschlossen. Seitdem hat sich in den beiden Landkreisen schon vieles getan.

Wer durch den Klostertrakt des Landratsamts ging, staunte nicht schlecht, konnte man

doch dort MINT-Bildung aus erster Hand kennenlernen.

Werkstücke aus dem 3-D-Drucker

Von Kindern programmierte Rennwagen brausten durch die Gänge, man konnte Werkstücke aus dem 3-D-Drucker, Bienenwaben und Honig, Kristalle oder eine automatische Seifenblasenpustemaschine bestaunen, die neue App des Schullabor PhotonLab testen oder sich bei Ackerdemia über Gemüsebauprojekte informieren lassen. Ein echter Hingucker waren auch die kleinen humanoiden NaoRoboter, die sich schon mal beklagten, wenn es ihnen

zu langweilig wurde. Programmiert wurden sie von der Roboter Gruppe am Gymnasium Grünwald.

Wissen schafft Antworten

„Ohne das Wissen aus den MINT-Fächern können wir auf wesentliche Herausforderungen für unsere Gesellschaft keine zukunftsweisenden Antworten geben und Lösungen finden“, so Landrat Christoph Göbel in seiner Begrüßung. „Wir müssen Bewusstsein für die Bedeutung dieser Themen schaffen, auch vor dem Hintergrund, dass es schon heute in großem Stil an Fachkräften in den technischen Berufen mangelt.“ Landrat Stefan Löwl gab seiner Freude darüber Ausdruck, dass man sich dieses wichtigen Themas jetzt gemeinsam annimmt, denn dies sei entscheidend für die zukünftige Entwicklung des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorts der gesamten Region.

Nur wer versteht warum, wird sein Verhalten ändern

Der im Kultusministerium zuständige Ministerialrat Wolfgang Ellegast bekräftigte die Bedeutung der MINT-Förderung außerhalb des schulischen Umfelds und der Methoden,

die nicht zum regulären Unterrichtswerkzeug gehören. „Wie sollen wir uns dem Klimawandel stellen? Wie der Globalisierung? Der Ressourcenknappheit? Der Energie- und Mobilitätswende?“ Ohne Kenntnisse im MINT-Bereich sei das schier unmöglich, so Ellegast. „Wenn man nicht nachvollziehen kann, warum man sein Verhalten ändern soll, wird man es nicht tun“, setzte der Ministerialrat mit Nachdruck hinzu.

Das MINT-Konzept zielt ganz bewusst nicht allein auf die Gruppe der Gymnasiasten ab, sondern auf Schülerinnen und Schüler sämtlicher Schularten. Es gehe nicht in erster Linie darum, Nachwuchs für die Wissenschaft zu gewinnen, sondern genauso um den Fachkräftenachwuchs im Bereich Naturwissenschaften und Technik.

Integration, Inklusion und Gleichstellung

Eine große Chance sieht Wolfgang Ellegast in der Nutzung von außerschulischen Lernorten wie Schülerlaboren und Schülerzentren, von denen es in der MINT-Region Münchner Umland künftig mehr geben sollte. MINT-Bildung berge ferner auch für ausländische Kinder, Jugendliche, aber auch Erwachsene eine große Chance, da hier den sprachlichen Fähigkeiten eine weniger hohe Bedeutung zukäme.

Die MINT-Managerin Renate Heese, die das Projekt für bei-

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage der Schultz GmbH & Co. KG, Wiesbaden bei. Bitte beachten Sie auch deren Online-shop www.schultz.de

die Landkreise federführend steuert, betont: „Wir legen im Projekt MINT-Region Münchner Umland einen Schwerpunkt auf die Themen Integration, Inklusion und Gleichstellung.“ Frauen seien beispielsweise in den naturwissenschaftlich-technischen Berufen nach wie vor unterrepräsentiert. Hier soll in der MINT-Region mit einem Konzept der Berufsorientierung und einem Mentoring-Programm gegengesteuert werden.

Frühförderung im Fokus

Der Wandel in der Arbeitswelt eröffnet vielen Zielgruppen Möglichkeiten, sich in Bereichen zu engagieren, an die sie vorher nie gedacht hätten. Eine besondere Bedeutung nimmt die Frühförderung ein. Die Begeisterung für die MINT-Fächer muss so früh wie möglich geweckt werden. Lernen mit Lust, vor allem bei Fächern wie Mathematik, ist ein erklärtes Ziel der MINT-Initiative, ebenso wie die Förderung selbstentdeckenden und forschenden Lernens in Schule und außerschulischen Lernorten. Grundlage motivierten Lernens ist eine Orientierung an lebensnahen Proble-

men, so Heese.

Entsprechend orientiert sich die Arbeit im Projekt an Zukunftsklustern wie z. B. Nachhaltigkeit und Mobilität. Ein wichtiger Baustein ist die Cross-disciplinarity. Entsprechend sollen Projekte gefördert werden, die MINT-Bildung mit Kunst, Musik und Philosophie verknüpfen und hierüber zur zukunftsorientierten Gestaltung der MINT-Bildung und der MINT-Region beitragen.

Neben der Initiierung neuer Angebote sollen auch bereits bestehende gefördert und gemeinsam mit den Kooperationspartnern weiterentwickelt werden. Hierzu zählen u. a. der Ausbau des MINT-Campus Dachau, die Einrichtung weiterer Schullabore und Schülerforschungszentren sowie die Entwicklung von Schulprogrammen oder Unterrichtskonzepten.

Im Anschluss an die Tagung fand die konstituierende Sitzung des Fachbeirats mit 22 Mitgliedern aus unterschiedlichen Bereichen der MINT-Bildung statt. Dieser wird die Entwicklung der MINT-Region Münchner Umland mit seiner vielfältigen Fachexpertise und Erfahrung engagiert begleiten.

LIEFERANTEN -



NACHWEIS

Absperrpfosten



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@knoedler.de
Internet: www.knoedler.de

Abzeichen



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

AVA-Software



ORCA
orca-software.com

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Energiedienstleistung



erdgas schwaben

Fahnenmaste + Fahnen



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@knoedler.de
Internet: www.knoedler.de



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Fahnenmaste + Fahnen



Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Gebäudedienstleistungen



**Ihr zuverlässiger Partner
für die Gebäudereinigung**

seit 1910



Prior & Peußner
Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß • 90427 Nürnberg

www.pp-service.com

Gewerbebau



Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de



Hydraulik Anbaukomponenten



POWERED BY
HYDRAULICS

Hydraulische Generatoren, Hochdruckwasserpumpen, Kompressoren, Schweißgeräte, Magnetanlagen, Straßen- und Rohrreinigungsanlagen, Vibrationspumpen, Staubbindungssysteme, Tauchpumpen, Bohrflüssigkeitspumpen

PT-Hydraulik Vertrieb OHG

Untereggstr. 15 · 86971 Peiting · Tel. +49 88 61/24 69-100
info@pt-dynaset.de · www.pt-dynaset.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de



Multifunktionale Wärmerückgewinnung

Kostendämpfung für Ihre Lüftungs- und Klimaanlage

Mit Einsatz multifunktionaler Wärme- / Kälterückgewinnungssysteme

- Nachrüstung / Sanierung im Bestand
- Hochrentabel und betriebssicher
- Absolut keim- und schadstoffübertragungsfreie Rückgewinnung
- Wegfall von Rückkühlwerken möglich (siehe 42. BImSchV)

Clever investieren - doppelt sparen!

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):

Augsburg: Klinikum; Aschaffenburg: Fachhochschule; Bamberg: Klinikum; Bayreuth: Klinikum; Ingolstadt: Saturn Arena; München: Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck; Regensburg: Universität; Schweinfurt: Leopoldina-Krankenhaus; Würzburg: Universität u.v.a.m.

SEW® GmbH
47906 Kempen
Tel.: 02152 / 91560



Nutzfahrzeuge



Inserieren bringt Erfolg!

www.gemeindezeitung.de

Schacht-Ausrüstungen

**Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme**



Hailo-Werk GmbH & Co. KG · Daimlerstr. 2 · 35702 Haiger
Telefon: 02773 821256 · Fax: 02773 8212-18
professional@hailo.de · www.hailo-professional.de

Sitzmöbelhersteller



KRENZER

Wir gestalten Räume.

Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Straßenbeleuchtung



LEDIKIT® Streetlight

Digital LED-Upgrade
bestehender Straßenleuchten
mit Verstand und Verantwortung.



Weitere Informationen:

T 0861 90992040 www.laternix.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

CONSTANCE VON HASSEL

Telefon 08171.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL

Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Wir bauen und liefern Ihre Möbel direkt ab Werk

12€
Gutscheincode*
12E17



Frachtfrei ab 300 €

Sofort lieferbar

Bis zu 10 Jahre Garantie

Made in Germany



Sonderangebot!



19,20 €

E- 11NB1920 - FORMSCHALENSTUHL

stabil, bequem und leicht zu reinigen. Ideal für Pausen- und Aufenthaltsräume. Bis 110 kg, 2 Jahre Garantie.

E- 11KDO - KONFERENZDREHSTUHL

Eleganz und Komfort vereint in einem zeitlosen Besprechungsstuhl. Option: Wippmechanik. TÜV. Bis 120 kg, 5 Jahre Garantie.



ab 274,- €

Neuheit!

Topseller!



E- 7K - KLAPPTISCH

ab 225,- €

unverwundlich und für jeden Einsatz geeignet. Bis zu 350 kg belastbar. TÜV, 10 Jahre Garantie. In vielen Größen und Farben.

Jetzt bei SCHULTZ.DE bestellen:



Willkommen bei SCHULTZ,

wir bieten Ihnen solide und praktische Möbel direkt ab Werk - made in Germany.

In unserem Familienunternehmen in der vierten Generation arbeiten nur geschulte Fachkräfte.

Ein zeitloses Design und die Langlebigkeit unserer Produkte prägen unsere Firmenphilosophie seit 1898.

Unser Onlineshop bietet Ihnen hochwertige Möbel in den Bereichen: Büro, Betrieb, Schulung, Konferenz, Messe, Sozialraum und Unterkunft.

In dieser Broschüre finden Sie eine Auswahl von Topsellern, Neuheiten sowie Sonderangeboten.

Suchen Sie eine Sonderanfertigung oder wünschen Sie eine umfassende Fachberatung, dann helfen wir Ihnen gerne telefonisch weiter.

Ihre SCHULTZ Geschäftsführung

Nicolas Schultz und die 5. Generation

www.schultz.de

0611 - 18 55 180

service@schultz.de

Unserer Neuheiten und Topseller

Netto-Angebot (alle Preise zzgl. gesetzl. MwSt.)



E- 11D247 - EINSATZDREHSTUHL

für die 24 Stundennutzung, 7 Tage in der Woche.
Option: Lordosenstütze und Sitztiefeverstellung.
Bis 120 kg. TÜV. 3 Jahre Garantie

ab 580,- €



E- 7E - SCHREIBTISCH

elektrisch höhenverstellbar von 64 - 130 cm. Bis 100 kg. Entlastung für Ihren Nacken, mehr Schonung für Ihren Rücken. TÜV. 5 Jahre Garantie

ab 780,- €

ab 128,- €

E- HOLZSCHRÄNKE

für Büros und Archive. Ideal auch als Raumteiler.
Frei kombinierbare Elemente, bereits fertig zusammengebaut. 10 Jahre Garantie



231,- €



E- 11TR - STUHLKARRE

universal für alle Stuhlmodelle geeignet. Tragbügel stufenlos verstellbar, mit extra breitem Radschutz. Bis 250 kg. 2 Jahre Garantie



ab 538,- €

E- S - SCHLIESSFÄCHER

mehr Sicherheit für Ihre Mitarbeiter. Türen bis zu dreifach stabilisiert. Mit Garderobenschranken kombinierbar. 10 Jahre Garantie

Unsere Qualitäts- & Serviceversprechen



Frachtfrei ab 300 €

Ab einem Nettowarenwert von 300,00 € liefern wir unsere Produkte frachtfrei/Bordstein. Auf Anfrage können Sendungen avisiert und vertragen werden.



Sofort lieferbar

Direkt ab Werk liefern wir innerhalb von 3-10 Werktagen. Sonderanfertigungen benötigen eine Lieferzeit von 14 Tagen bis 4 Wochen.



Bis zu 10 Jahre Garantie

Auf die Qualität unserer Produkte geben wir bis zu 10 Jahre Garantie. Genaue Angaben zur Garantiezeit finden Sie am Produkt.



Telefonische Fachberatung

Gerne beraten wir Sie kompetent und umfassend, so lassen sich auch spezielle Lieferwünsche oder Sonderanfertigungen schnell und gut besprechen.



Sicher Einkaufen

Unser Onlineshop ist von Trusted Shops zertifiziert und auf über 100 Qualitätsmerkmale hin getestet. Alle Daten werden SSL-verschlüsselt gesendet.



Made in Germany

Seit 1971 fertigen wir unsere Produkte in Neuhoof bei Fulda (Hessen). Ihre Ansprechpartner für alle Fragen freuen sich in Wiesbaden (Sitz) auf Ihren Anruf.

★★★★★ Sehr gut 4.80/5.00**

Bestellen Sie sicher und einfach online

Entdecken Sie unser gesamtes Produktprogramm in unserem zertifizierten Onlineshop: www.schultz.de

** Durchschnittliche Kundenbewertung, ermittelt aus allen Bewertungen innerhalb der letzten 12 Monate (www.trustedshops.de) Stand 27.09.2017



Über 90.000 Kunden schenken uns Ihr Vertrauen:

Aboutyou, AEG, ALDI, Alnatura, Allianz, AOK, AOL, AWO, ASB, Audi, BMW, BASF, Bauknecht, Bayer, Behinderten Werkstätten, Bertelsmann, BfA, Bilfinger-Berger, Bosch, BOSS, BP, Brauereien, Braun, BKA, Buena Vista, Bundesbank, Bundesministerium Umwelt und Naturschutz, Bundestag, Caritas, Cargolux, Cäsar's Palace, Charité, CinemaxX, Condor, Continental Reifen, DAG, Degussa, Gewerkschaftsbund, DFB, DHL, DPD, DRK, Dornier, Diakonie, Post, Lufthansa, Dresdner Philharmonie, Egger Industrie, Euronics, Ford, Fraport, Fraunhofer, Fresenius, Fuggerhaus, GreenPeace, Goodyear, Hammer, Harley-Davidson, Henkel, Hoechst, IBM, IKEA, Kali & Salz, Kinder u. Jugendheime, KSZE, Kloster Hiddensee, Konsulate, Kühne & Nagel, Lebenshilfe, Leipziger Messe, Leitz, Malteser, MAN, Marc O' Polo, Mc Donalds, Media Markt, Mercedes, Metro, NATO, Nikon, Oberfinanzdirektionen, OBI, Opel, Philipps, Physikalisch-Technische Bundesanstalt, Pioneer, Pirelli, Pixelpark, Pfeiderer, Polizeiämter, Preussag, Pro Natura, Raab Karcher, RWE, Schott, Siemens, Stihl, Subway, Swatch, THW, Thyssen, UFA, United Nations, UPS, ver.di, VW, Wiener Staatsoper, Zalando ...

20 JAHRE
ONLINE



Topseller!

44,- €**E- 11P - POLSTERSTUHL**

stabil und bequem. Ideal für Schulungen oder Aufenthaltsräume mit wechselndem Publikum. H/B/T: 80 x 54 x 59 cm. Sitzhöhe 46 cm. 15 Stück stapelbar. Gewicht 6 kg. TÜV. Bis 110 kg. 2 Jahre Garantie.

**88,- €****E- 11CL BISTROSTUHL**

mit angenehm federnder Buchenschichtholzschaale und praktischem Griffloch. H/B/T: 80 x 51 x 52 cm. Sitzhöhe 45 cm. 4 Stück stapelbar. Gewicht 6 kg. TÜV. Bis 110 kg. 2 Jahre Garantie.

84,- €**E- 11CA KANTINENSTUHL**

mit formschöner Holzschaale, ideal für Kantinen, Cafés oder Bistros und Besprechungen. H/B/T: 85 x 52 x 49 cm. Sitzhöhe 45 cm. 4 Stück stapelbar. Gewicht 6 kg. TÜV. Bis 110 kg. 2 Jahre Garantie.

**65,- €****E- 11PAF ARMLEHNENSTUHL**

für noch entspannteres Sitzen, mit festen Armlehnen aus Stahlrohr (Aufstehhilfe). H/B/T: 80 x 54 x 59 cm. Sitzhöhe 46 cm. 15 Stück stapelbar. Gewicht 6,5 kg. TÜV. Bis 110 kg. 2 Jahre Garantie.

**71,- €****E- 11PEN NETZRÜCKENSTUHL**

mit guter Rückenbelüftung und extra dickem Ergositz für langes Sitzen. XR-Stoff. H/B/T: 80 x 54 x 59 cm. Sitzhöhe 47 cm. 12 Stück stapelbar. Gewicht 6 kg. TÜV. Bis 110 kg. 2 Jahre Garantie.

**76,- €****E- 11PEP KONFERENZSTUHL**

mit gepolstertem Rücken und extra dickem Ergositz für langes Sitzen. XR-Stoff. H/B/T: 80 x 54 x 59 cm. Sitzhöhe 47 cm. 12 Stück stapelbar. Gewicht 6 kg. TÜV. Bis 110 kg. 2 Jahre Garantie.

**78,- €****E- 11PEPK KUNSTLEDERSTUHL**

Ergositz mit leicht zu reinigendem Kunstleder, beständig gegen: Blut, Öl, Speichel, Urin. H/B/T: 80 x 54 x 59 cm. Sitzhöhe 47 cm. 12 Stück stapelbar. Gewicht 6 kg. TÜV. Bis 110 kg. 2 Jahre Garantie.

**96,- €****E- 11PEF FREISCHWINGER**

ideal für längere Besprechungen, passend zur Serie mit extra dickem Ergositz. XR-Stoff. H/B/T: 81 x 50 x 55 cm. Sitzhöhe 48 cm. 4 Stück stapelbar. Gewicht 7 kg. TÜV. Bis 110 kg. 2 Jahre Garantie.

MENGENSTAFFEL:

ab 6 Stück	5% Rabatt
ab 12 Stück	7% Rabatt
ab 24 Stück	10% Rabatt
ab 50 Stück	15% Rabatt
ab 100 Stück	20% Rabatt
ab 250 Stück	25% Rabatt



Standard-Kunststoffschaale mit Stapelhilfe (Kunststoff). Neu: mit XR Stoff Aufpreis **€ 16,-**

XR-Stoff: 100.000 Scheuertouren, feuersicher nach B1 und EN 1021/1-2.



Neuheit!

168,- €**E- 11FT - FREISCHWINGER**

geben Sie Ihrer Besprechung noch mehr Schwung und genießen Sie den besonderen Komfort des bis 120 kg belastbaren Stuhls. H/B/T: 84 x 56 x 61 cm. Sitzhöhe 45 cm. 5 Stück stapelbar. TÜV. Bis 120 kg. 4 Jahre Garantie.

**88,- €****E- 11CL BISTROSTUHL**

mit angenehm federnder Buchenschichtholzschaale und praktischem Griffloch. H/B/T: 80 x 51 x 52 cm. Sitzhöhe 45 cm. 4 Stück stapelbar. Gewicht 6 kg. TÜV. Bis 110 kg. 2 Jahre Garantie.

84,- €**E- 11CA KANTINENSTUHL**

mit formschöner Holzschaale, ideal für Kantinen, Cafés oder Bistros und Besprechungen. H/B/T: 85 x 52 x 49 cm. Sitzhöhe 45 cm. 4 Stück stapelbar. Gewicht 6 kg. TÜV. Bis 110 kg. 2 Jahre Garantie.

**38,- €****E- 11HL STAPELSTUHL**

der Klassiker im Objektbereich. H/B/T: 77 x 47 x 54 cm. Sitzhöhe 47 cm. 15 Stück stapelbar. Gewicht 6 kg. Bis 110 kg. 2 Jahre Garantie. Verchromt „11HC“ Sitzkissen **48,- € 6,- €**

**86,- €****E- 11W STAHLROHRSTUHL**

mit Stapelsteg für perfektes Lagern. Option: Sitz- u. Rückenpolster Aufpreis 12,- €/Stück. H/B/T: 84,5 x 50 x 49 cm. Sitzhöhe 46 cm. 12 Stück stapelbar. Gewicht 6 kg. TÜV. Bis 110 kg. 2 Jahre Garantie.

**123,- €****E- 11BA BESPRECHUNGSSTUHL**

mit stark taillierter Rückenlehne für eine angenehme Federung. H/B/T: 82 x 63 x 52 cm. Sitzhöhe 46 cm. 4 Stück stapelbar. Gewicht 8 kg. TÜV. Bis 110 kg. 2 Jahre Garantie. Ohne Arml. B: 50 cm **109,- €**

**95,- €****E- 11CB HOLZSCHALENSTUHL**

der Elefant unter den Stapelstühlen, bis 130 kg belastbar. H/B/T: 90 x 50 x 49 cm. Sitzhöhe 48 cm. 10 Stück stapelbar. Gewicht 6 kg. TÜV. Bis 130 kg. 5 Jahre Garantie. Lichtgrau „11SL“ **88,- €**

**94,- €****E- 11K KLAPPSTUHL**

ästhetischer Beistellstuhl. Stabil und praktisch. Stahlrohrgestell mit Kunststoffsitz und -rücken. H/B/T: 81 x 48 x 50 cm. Sitzhöhe 46 cm. Gewicht 5 kg. Bis 100 kg. 2 Jahre Garantie. Trolley für 10 Stühle **128,- €**

**59,- €****E- 11Y BESUCHERSTUHL**

elegant und stabil, auch mit Armlehnen erhältlich. H/B/T: 83 x 50 x 55 cm. Sitzhöhe 48 cm. 6 Stück stapelbar. Gewicht 6 kg. TÜV. Bis 110 kg. 2 Jahre Garantie. Mit Armlehnen „11YA“ **69,- €**



Neuheit!

208,- €**E- 11FO - SCHWINGERSTUHL**

der optisch anspruchsvolle Konferenzstuhl gewährleistet ein völlig entspanntes Sitzen (passend zum Drehsessel S. 1). H/B/T: 88 x 56 x 59 cm. Sitzhöhe 43 cm. 4 Stück stapelbar. TÜV. Bis 120 kg. 5 Jahre Garantie.



VERANSTALTUNG & ARBEITSPLATZ

0611 - 18 55 180

service@schultz.de

12€
Gutscheincode*
12E17

SCHULTZ.DE



Topseller!

E- 7K - Klapptisch

Kurzbeschreibung: stabil, praktisch, unkaputtbar.

Eine Entwicklung aus dem alten Jahrtausend, seit 20 Jahren bewährt, doch im Detail noch verbessert. Wenn der schnelle Auf- und Abbau regelmäßig eine Anforderung ist, dann ist das der richtige Tisch. Bis 350 kg belastbar mit Niveaueingleich und sicherem Klappmechanismus. Das Gestell mit umlaufendem Rahmen liefern wir standardmäßig in der Farbe Lichtgrau oder verchromt (auch als 4-Fußgestell s. Abb. oben rechts).

Die Tischplatten sind zigarettenglutfest und in vielen Farben sofort lieferbar. Vulkanschwarz und Merano-Nachbildung haben einen Aufpreis von 10,- €.

Die Tischhöhe beträgt 75 cm. Tellerfüße mit Filz für Parkett 8,- €/Tisch Aufpreis. TÜV. 10 Jahre Garantie.

ab 225,- €



Länge/Breite	Tischhöhe 75 cm	Gestell	€ Grau	€ Chrom
130 x 50 cm	für 2 Personen	17 kg	225,-	244,-
130 x 65 cm	für 2 Person	18 kg	240,-	259,-
110 x 60 cm	für 1 Person	17 kg	227,-	246,-
120 x 60 cm	für 4 Personen	20 kg	231,-	250,-
110 x 70 cm	für 4 Personen	19 kg	229,-	248,-
140 x 70 cm	für 6 Personen	27 kg	250,-	269,-
150 x 70 cm	für 6 Personen	28 kg	271,-	290,-
120 x 80 cm	für 4 Personen	23 kg	235,-	254,-
140 x 80 cm	für 6 Personen	29 kg	252,-	271,-
160 x 80 cm	für 6 Personen	32 kg	282,-	301,-
180 x 80 cm	für 8 Personen	35 kg	313,-	332,-
200 x 80 cm	für 10 Personen	40 kg	343,-	362,-

E- 7SW SCHIEBEGRIFFWAGEN

mit Bügelgriff und Zentralfußbremse, Ladefläche 160 x 80 cm. Vollgummibereifung, bis 500 kg belastbar. € 342,-



E- 11LHE - LOUNGESESSL

ein schöner und bequemer Club-sessel für den Wartebereich oder Besprechungen. Vollgepolstert mit Drehmechanismus.

324,- €



Länge/Breite	Tischhöhe 75 cm	Gestell	€ Grau	€ Chrom
130 x 50 cm	für 2 Personen	21 kg	143,-	162,-
80 x 60 cm	für 1 Person	18 kg	132,-	151,-
110 x 60 cm	für 1 Person	21 kg	145,-	164,-
120 x 60 cm	für 4 Personen	23 kg	147,-	166,-
110 x 70 cm	für 4 Personen	23 kg	151,-	170,-
140 x 70 cm	für 6 Personen	27 kg	153,-	172,-
150 x 70 cm	für 6 Personen	28 kg	160,-	179,-
80 x 80 cm	für 2 Personen	21 kg	139,-	158,-
120 x 80 cm	für 4 Personen	26 kg	158,-	177,-
140 x 80 cm	für 6 Personen	29 kg	170,-	189,-
160 x 80 cm	für 6 Personen	33 kg	183,-	202,-
180 x 80 cm	für 8 Personen	35 kg	217,-	236,-
200 x 80 cm	für 10 Personen	39 kg	233,-	252,-



ab 132,- €

E- 7 - MEHRZWECKTISCH

unser Klassiker mit abnehmbaren, eckigen Beinen (rund Typ: „7A“) in Ihrer Wunschhöhe.

Dieses Modell läßt sich wirklich vielseitig einsetzen, ob im Büro, bei einer Veranstaltung, als Packtisch oder in der Kantine - er bewährt sich immer und ist mit 350 kg extrem belastbar. Die Beine lassen sich im Handumdrehen befestigen (rund „7A“ Aufpreis 20,- €/Tisch - siehe Abbildung). Das Gestell liefern wir standardmäßig in der Farbe Lichtgrau oder verchromt.

Die Tischplatten sind zigarettenglutfest und in vielen Farben sofort lieferbar. Vulkanschwarz und Merano-Nachbildung haben einen Aufpreis von 10,- €. Die Tischhöhe beträgt 75 cm (Standard).

Zubehör siehe kleine Abbildung: Frontblenden 78,- € | Seitenblenden 62,- € | Thekenaufsatz 208,- € | Kabelführung 29,- € | Kabeldurchlass 19,- € | Container wie Abb. 280,- € für Hängeregister (3 x Schubladen 275,- €)



E- 7TC - TRAPEZTISCH

als Beistelltisch. Gestell 160 x 80 x 80 x 80 cm, Platte: Buche Nachbildung, Lichtgrau oder Weiß auch mit halbrunder Tischplatte. Höhe 75 cm. Verchromt € 279,- Lichtgrau € 259,-



E- 7RC RUNDTISCH

als Beistelltisch. Platte Ø 120 cm: Buche Nachbildung, Lichtgrau oder Weiß. Stahlrohrgestell 80 x 80 cm, mit abnehmbaren Beinen. Höhe 75 cm. Verchromt € 188,- Lichtgrau € 169,-

ab 334,- €



E- 11DYN - KONFERENZSESSL

elegant und komfortabel - auch mit Rollen als Bürodrehstuhl. Mit Netzrücken und Wippmechanik. TÜV. Bis 120 kg. 4 Jahre Garantie.

Topseller!

E- 11DS - BÜRODREHSTUHL

unser Topseller mit Bandscheibensitz, Synchronfederung, extra große Rückenlehne. Farben: Schwarz oder Blau. TÜV. Bis 110 kg. 3 Jahre Garantie.

160,- €



ab 330,- €

E- 11DWN - DREHSTUHL

der Alleskönner mit super anschmiegsamem Netzrücken. Option: Sitzneige und -tiefeverstellung. TÜV. Bis 120 kg. 5 Jahre Garantie.



E- 11DL - BÜROSTUHL

ergonomischer Profistuhl mit integrierter Lendenwirbelstütze. Option: Sitztiefeverstellung. TÜV. Bis 110 kg. 3 Jahre Garantie. In vielen Farben.

ab 233,- €




E- H2
ORDNERSCHRANK

für 20 Ordner, Hängeregister oder z.B. Schallplatten. Option: Mittelstützwand „HMW“ € 6,-
 H/B/T: 772 x 900 x 350 mm.
 Fachmaße H/B/T: 359 x 862 x 330 mm. € 143,-


E- H4
MATERIALSCHRANK

mit fester Mittelwand und zwei losen Fachböden. Fachbreite bis DIN A3.
 H/B/T: 772 x 900 x 350 mm.
 Fachmaße H/B/T: 362 x 422 x 330 mm. € 158,-


E- H6
UNIVERSALSCHRANK

für 18 Ordner. Zwei feste Mittelwände und drei lose Fachböden (weitere sind möglich).
 H/B/T: 772 x 900 x 350 mm.
 Fachmaße H/B/T: 362 x 275 x 330 mm. € 172,-


E- H30
FÄCHERSCHRANK

ideal für Formulare (DIN A4). Inkl. 27 losen Fachböden und Bodenträger (sonst wie „H6“).
 H/B/T: 772 x 900 x 350 mm.
 Fachmaße H/B/T: 68 x 275 x 330 mm. € 223,-


E- H4V
SORTIERSCHRANK

mit fester Mittelwand, je ein Fachboden 1/3 und 2/3.
 H/B/T: 772 x 900 x 350 mm.
 Fachmaße H/B/T: 362 x 275/570 x 330 mm. € 160,-
 Wie Abbildung € 184,-


E- H2V
KLASSENBUCHER

mit festem Querboden und zehn Hochfächern.
 H/B/T: 772 x 900 x 350 mm.
 Fachmaße H/B/T: 362 x 862/79 x 330 mm. € 198,-
 Mit 20 Fächern € 240,-


E- HB
BEISTELLSCHRANK

mit losem Querboden. Option: mit Tür und Untergestell „HU46“ aus Metall, weitere Fachböden HFB 1/2 sind möglich. H/B/T: 772 x 460 x 350 mm. € 96,-


E- H1
AUFSATZSCHRANK

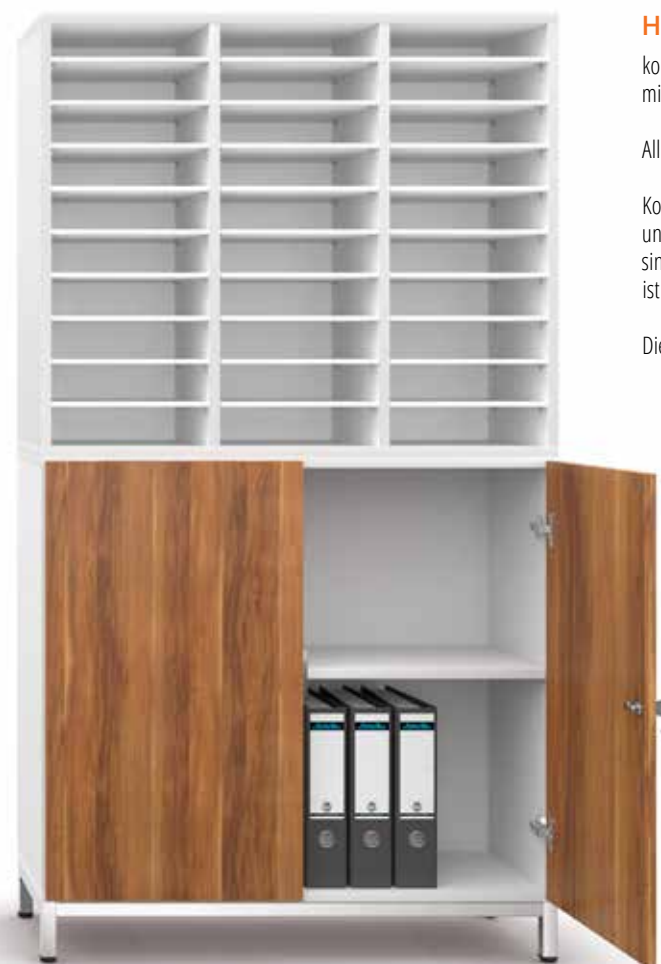
Gesamtmaße H/B/T: 386 x 900 x 350 mm. Gewicht 11 kg. Optional: Wandbefestigungsset. Zusätzliche Querböden oder Türen sind möglich. € 94,-


E- HCD
MEDIENSCHRANK

für mehr als 400 CDs. Fünf Fächer. Fachmaße H/B/T: 132 x 862 x 120/157 mm. € 128,-
 Oder mit drei Fächern für DVDs bzw. Blu-Rays € 136,-


E- HS20
WERTFACHSCHRANK

20 Fächer. Klapptüren wahlweise mit Einwurfschlitzen, nur Lichtgrau. H/B/T: 772 x 900 x 350 mm. Fachmaße H/B/T: 135 x 200 x 300 mm. € 512,-


HOLZSCHRÄNKE IM LEGO-PRINZIP

kombinieren Sie frei nach dem Lego-Prinzip die einzelnen Elemente, nebeneinander und übereinander, mit oder ohne Türen. Die einzelnen Holzschränke kommen bei Ihnen **fertig zusammengebaut** an.

Alle Holzschränke haben dieselben **Außenmaße H/B/T: 772 x 900 x 350 mm.**

Korpus, Mittelwände und Querboden 18 mm stark, Rückwand und Fachböden 8 mm stark. Rahmen und Mittelwände sind miteinander verübelt und verleimt. Zum verdeckten Verbinden der Schränke sind Deckel und Böden gebohrt. Die Rückwand sitzt in einer umlaufenden Nut und ist fest verleimt; sie ist einen Zentimeter nach innen eingerückt (Kassettenrückwand - Schallschutz - ideal als Raumteiler).

Die verwendeten Holzwerkstoffe sind **FSC- bzw. PEFC-zertifiziert**. Im Bild links: H30, H2 + HT, HU.

ZUBEHÖR:

- E- HFB 1/3 FACHBODEN** € 2,-
- E- HFB 1/2 FACHBODEN** € 3,-
- E- HFB 2/3 FACHBODEN** € 4,-
- E- HQB QUERBODEN** € 8,-

E- HT TÜRENPAAR (in acht Farben)

zu allen Schrankmodellen passend. Fix und fertig montiert. Inkl. Schloss und zwei Schlüssel. € 55,-
 Türdämpferpaar (auch nachrüstbar) € 8,-

E- HU - UNTERGESTELL

für alle Modelle, mit Niveauausgleich. Stahlrohr verchromt. H/B/T: 105 x 900 x 350 mm. € 57,-

E- HRU - LENKROLLENSATZ

für den mobilen Einsatz, bis 280 kg. € 50,-



Türgriffe aus Aluminium, gerundet mit Griffmulde € 8,-

Hauptschließanlagen je Schloss: € 2,-
 Hauptschlüssel: € 5,-
 Option für mehrer Türen: gleichschließende Schlösser

Schlossschild (Nummer) € 5,-



Schrank und Türen:
 Weiß



Lichtgrau



Buche Dekor



Vulkan Schwarz



Nur Türen:
 Merano Dekor



Chateau Eiche Dekor



Nussbaum Aida Dekor


E- HRH
HÄNGEREGISTRATUR

ein Doppelauszug - auf Wunsch bereits fertig in den Schränken „H2“ oder „H4“ eingebaut - sonst auch nachträglich zur Selbstmontage. € 9,-


E- HG
GARDEROBENSCHRANK

mit versetzter Mittelwand u. 2 losen Fachböden. Eine ausziehbare Kleiderstange. H/B/T: 772 x 900 x 350 mm. Fachmaße H/B/T: 736 x 275/570 x 330 mm. € 208,-


E- HS4
SCHLIESSFACHSCHRANK

vier separat abschließbare Abteile. Zusätzliche Fachböden sind möglich. H/B/T: 772 x 900 x 350 mm. Fachmaße H/B/T: 359 x 422 x 330 mm. € 248,-


E- 11DYC - BÜRODREHSTUHL

mit extra großer Rückenlehne und Muldensitz. Option: mit Sitztiefenverstellung. TÜV. Bis 120 kg. 4 Jahre Garantie.

ab 248,- €

Topseller!

ab 193,- €

E- 7S - STEHTISCH

mit oder ohne Rollen in Ihrer Wunschhöhe (zw. 90 und 142 cm). Ideal zum Arbeiten im Stehen, als Rednerpult oder als Transporttisch. Mit einem Zwischenboden. Maße: 80 x 60 cm | 110 x 70 cm | 150 x 70 cm | 200 x 80 cm.



Topseller!



**E- G
GARDEROBENSCHRANK**
mit durchgehendem Hutfach und Kleiderstange mit 10 Haken. Die Türen sind gemeinsam verschließbar.
H/B/T: 180 x 60 x 50 cm. Fachmaße H/B/T: 34/144 x 60 x 50 cm. 10 Jahre Garantie. **€ 248,-**



**E- W
KLEIDER-/WÄSCHE**
rechts Garderobe mit großem Oberfach, links fünf große Fächer. Beide Türen sind gemeinsam verschließbar.
H/B/T: 180 x 60 x 50 cm. Fachmaße H/B/T: 34/144 x 30 x 50 cm. 10 Jahre Garantie. **€ 301,-**



**E- SP
SOZIALRAUMSCHRANK**
vier separat abschließbare Garderobenfächer mit viel Platz für Sporttaschen, Kleidung, Helme und Schuhe.
H/B/T: 180 x 60 x 50 cm. Fachmaße H/B/T: 90 x 30 x 50 cm. 10 Jahre Garantie. **€ 380,-**



**E- S20
WERTFACHSCHRANK**
mit 20 Türen aus schlagfestem Kunststoff, nur in Kieselgrau. Wahlweise mit Einwurfschlitten 3 cm oder 1,5 cm hoch.
H/B/T: 180 x 60 x 50 cm. Fachmaße H/B/T: 17 x 30 x 50 cm. 10 Jahre Garantie. **€ 654,-**



**E- S
SCHLISSFÄCHER**
mit 10 doppelwandigen Stahl-türen, zusätzlich stabilisiert und separat abschließbar. Einwurfschlitten möglich (Aufpreis).
H/B/T: 180 x 60 x 50 cm. Fachmaße H/B/T: 34 x 30 x 50 cm. 10 Jahre Garantie. **€ 538,-**



**E- BS
BEISTELLSCHRANK**
mit einem festen Fachboden, weitere Fachböden sind möglich. Lenkrollenuntersatz „RU“ € 46,- Aufpreis (Abbildung mit Abdeckplatte € 22,-).
H/B/T: 90 x 60 x 50 cm. 10 Jahre Garantie. **€ 191,-**



**E- M2
MATERIALSCHRANK**
vier verzinkte Eckwinkel im 42-mm-Raster tragen bis zu 22 Fachböden (15 kg tragfähig), mitgeliefert werden drei verstellbare und ein fest eingebauter Boden. H/B/T: 180 x 60 x 50 cm. 10 Jahre Garantie. **€ 349,-**



**E- B
PUTZSCHRANK**
großer, durchgehender Sockelraum (mit Abfluß) für Staubsauger oder Geräte. Aufhängenvorrichtungen und Haken.
H/B/T: 90 x 60 x 50 cm. Fachmaße H/B/T: 34/180 x 30 x 50 cm. 10 Jahre Garantie. **€ 320,-**

303,- €

E- K2 - UMKLEIDESCHRANK

für zwei Personen. Separat abschließbare Abteile. Hutfach und Garderobenfach mit fünf Haken. Option: Hauptschließanlagen für bis zu 4.000 verschiedene Schlösser.

H/B/T: 180 x 60 x 50 cm. Fachmaße H/B/T: 34/144 x 30 x 50 cm. Im Bild mit zusätzlicher, flexibler Trennwand für Berufs- und Privatkleidung (€ 33,-) und Wertfach im Sockel (€ 44,-).

E- K1 - PERSONALSCHRANK

für eine Person (wie „K2“). Beide Abteile sind mit einem Schloss gemeinsam verschließbar. Die Arbeits- und Straßenkleidung kann getrennt aufbewahrt werden (Trennung von Schwarz/Weiß).

H/B/T: 180 x 60 x 50 cm. Fachmaße H/B/T: 34/144 x 30 x 50 cm. Option: Drehriegel für Vorhängeschlösser. **€ 296,-**



E- AB - ARMBAND
Perlon inkl. Verschluss und nummerierter Schlüsselbox. **€ 5,-**



E- HSA - HAUPTSCHLISSANLAGE
ideal für große Betriebe, Sportanlagen oder Bibliotheken. Mit einem Hauptschlüssel lassen sich bis zu 4.000 Schlösser zentral schließen. Aufpreis **€ 2,-** je Schloss, jeder Hauptschlüssel **€ 5,-/Stück**.

E- ZAS - SCHLOSSCHILD
50 x 35 mm, nummeriert, eloxiertes Aluminium, inkl. nummeriertem Schlüsselanhänger Kunststoff (siehe links). **€ 4,-**



Standardfarbe: Kieselgrau. Die Sonderfarben der Türen haben einen Aufpreis von **€ 9,-/Front**. Wir verarbeiten nur **ThyssenKrupp COLOR-Feinbleche**.

STAHLSTRÄNKE - FERTIG ZUSAMMENGEBAUT

mit perfekten Oberflächen. Bereits fix und fertig zusammengebaut, mit absolut gleichmäßiger Beschichtung, ohne scharfe Kanten (alle um 180° umgelegt). Mit Niveaueausgleich, Thermik-lüftung, Abfluss und dreifach verstärkten Türen, der Sockel ist voll nutzbar.

Alle Stahlstränke haben die selben **Außenmaße H/B/T: 180 x 60 x 50 cm.**

Wir fertigen Stahlstränke seit mehr als 50 Jahren in dem von uns entwickelten Hybridverfahren. Dabei werden fertig beschichtete Stahlbleche der Firma ThyssenKrupp über Rollformer zu Seiten- und Rückenteilen, Böden, Mittelwänden und Türen verformt, mit zusätzlich stabilisierenden Pro-filen zusammengeklebt und verklebt. 10 Jahre Garantie.

Topseller!



142,- €

E- 1E - EINZELBETT

mit komfortablen Holzfederleisten (komplett zerlegbar). Mit Adaptern auch aufstockbar. H/B/L: 54/64 x 90 x 200 cm. TÜV. 2 Jahre Garantie. Das **komplette Bettenprogramm** finden Sie im **Onlineshop**.



E- S20 - WERTFACHSCHRANK

mehr Schutz für Wertsachen im Büro, Betrieb, Schule und Messe.
Praktische Schließfächer in vielen Größen. 10 Jahre Garantie.

654,- €



Sonderangebot!

28,80 €

E- 11NA2880 - KANTINENSTUHL

stabil, bequem und leicht zu reinigen. Ideal für Kantinen, Sozial- und Aufenthaltsräume.
Bis 110 kg. 2 Jahre Garantie.

**Bestellen Sie jetzt mit
diesem Code und
Sie sparen 12 €**

12€
Gutscheincode*

12E17



 Frachtfrei ab 300 €

 Sofort lieferbar

 Bis zu 10 Jahre Garantie

 Made in Germany



20JAHRE
ONLINE

Wir bei SCHULTZ.DE beraten Sie gerne

Schultz GmbH & Co. KG | Rommerzer Straße 42 | 36119 Neuhof



 www.schultz.de

 0611 - 18 55 180

FAX 0611 - 18 55 185

 service@schultz.de